

derrechterand
Das
Antifaschistische
Magazin
Ausgabe 185 Juli / August 2020 31. Jahrgang 3,50 Euro
BLACK
LIVES
MATTER

Inhalt und Editorial

Das Titelbild entstand bei der #BlackLivesMatter-Kundgebung in Hannover. Photo by Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leser*innen,

es sei nicht auszuschließen, dass bis zu 85.000 Schuss Munition und 62 Kilogramm Sprengstoff aus der Bundeswehr »abgezweigt« worden seien, sagte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) Anfang Juli 2020 in ungewohnter Deutlichkeit gegenüber der Presse. Und der Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn – ranghöchster Soldat der Armee und die Stimme der Truppe gegenüber der Regierung – ergänzte: »Das ist wirklich ein Gefährdungspotenzial.«

Hätten wir noch vor wenigen Wochen davor gewarnt, dass deutsche Soldaten Munition und Sprengstoff in diesen Größenordnungen stehlen, um sie heimlich im sächsischen Garten zu bunkern und im Entscheidungsfall möglicherweise gegen Mitglieder einer demokratisch gewählten Regierung, die Opposition oder Linke einzusetzen – kurzum: zu morden, – wäre die Einschätzung für Alarmismus gehalten worden. Doch nun ist das anders – und es folgten sogar politische Konsequenzen: Teile des schon seit Gründung rechts geprägten »Kommandos Spezialkräfte« (KSK) der Bundeswehr wurden aufgelöst, andere Bereiche umstrukturiert. Sollte eine Reform bis Ende Oktober 2020 nicht gelingen, werde die Auflösung der gesamten Truppe erwogen, heißt es aus dem Bundesverteidigungsministerium. Dieser Schritt ist ungewöhnlich. Die Gründe müssen gravierend sein, die Bedrohung akut.

Andere Teile des Staats sprangen der Truppe jedoch sofort bei. So sah zum Beispiel der CDU-Militärpolitiker und Bundestagsabgeordnete Henning Otte (Celle / Uelzen) keinen Grund, das KSK »unter Generalverdacht« zu stellen. Ähnliche Töne sind in diesen Tagen aus der Gewerkschaft und den Berufsverbänden der Polizei sowie Teilen der Politik und der Presse zu hören. Der Vielzahl von rechtsradikalen und rassistischen Vorfällen in der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden dürfte man nicht mit Pauschalvorwürfen begegnen, heißt es. Drohschreiben mit Informationen aus Polizeicomputern, Nazi-Devotionalien bei Beamten oder rassistische Kontrollen – all das kam in den letzten Monaten gehäuft zu Tage. »Einzelfälle« seien das, so wird weiterhin oft betont. Doch nach dem Neonazi-Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke sowie nach den rechten Terror-Anschlägen in Hanau und Halle mit Toten und dem Anstieg rechter Taten und einer zunehmenden Zahl von registrierten Neonazis liegen auch in Teilen der Behörden und der Politik die Nerven blank. Zu offensichtlich ist, dass Polizei und Geheimdienste sogar ihren selbst gestellten Aufgaben nicht nachgekommen sind – einmal ganz abgesehen von einer notwendigen Grundsatzkritik dieser Institutionen. Diese Mängel haben sich inzwischen bis zu konservativen Hardlinern herumgesprochen. Und so erleben wir aktuell parallel zwei Entwicklungen: Einerseits sehen sich rechte Strukturen im Staat angesichts einer starken AfD in den Parlamenten auch in den Institutionen im Aufwind und gehen in die Offensive. Andererseits gibt es deutlich stärkeren Druck auf rechte Strukturen, wie eine Reihe von Vereinsverboten und zahlreiche Razzien gegen Neonazis und Reichsbürger*innen in den letzten Monaten zeigen. Es ist daher notwendig, auch das Handeln von Behörden und Beamt*innen genau im Blick zu behalten und die radikale Rechte an jeder Stelle der Gesellschaft in die Defensive zu drängen. Die Demonstrationen und Aktionen von Black Lives Matter und die durch sie endlich angestoßene breite Debatte um Rassismus – gerade auch in den Institutionen – trägt dazu bei.



#EnoughIsEnough

Keine Luft

von Andreas Speit

8 Minuten und 46 Sekunden – solange kniet der weiße Polizist Derek Chauvin am 25. Mai diesen Jahres auf George Floyds Nacken.
»I can't breathe!«, sagt der 46-jährigen Afroamerikaner, mindestens sechsmal, bevor er das Bewusstsein verliert – und stirbt. Ein Toter zu viel, genug ist genug. Über hunderttausende von Menschen, die alltägliche Anfeindungen und Ausgrenzungen erleben, weil sie sind wie sie sind, gingen auf die Straße. »Ich kann nicht atmen« wurde zur Metapher der Black Lives Matter-Bewegung gegen allgegenwärtigen Rassismus und polizeiliche Gewalt.
Die vereinzelten Ausschreitungen offenbarten die ungelösten Konflikte durch die gesellschaftlichen Zustände. Mit der Wahl von Barack Obama 2009 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten schien sich eine liberale Politik mit sozio-ökonomischen Visionen durchzusetzen. 2016 ist mit dem Einzug von Donald Trump ins Weiße Haus die Hoffnung erloschen, die tief liegenden Probleme der rassistischen Geschichte und Gegenwart würden angegangen werden. »America first« ist Trumps Parole, die in der Realität »White America first« bedeutet. Am Unabhängigkeitstag hetzte er erneut gegen die Bewegung Black Lives Matter, die »eine gnadenlose Kampagne zur Auslöschung unserer Geschichte« sei. Mal wieder sich selbst entlarvend, denn die weiße Geschichtsschreibung wird hinterfragt. Zu viel für den Republikaner, der die politischen Konflikte und ökonomische Situation verschärft – auch durch Ignoranz.
Von einer Pandemie wollte der 45. Präsident der USA lange nichts wissen. Mit verheerenden Folgen: Anfang Juli 2020 zählte die John-Hopkins-Universität allein über 130.000 Tote in den Vereinigten Staaten. Die Pandemie trifft besonders die Ärmsten der Armen. Die Toten haben so auch überwiegend eine bestimmte Herkunft und »Hautfarbe«. Die Zahlen aus mehreren Städten der Staaten zeigen: Afroamerikaner*innen erkranken weit überproportional an COVID-19 und sterben häufiger als weiße Amerikaner*innen. Corona macht die sozialen Unterschiede durch Rassismus sichtbar.
Genug ist genug, so dass auch Denkmäler der weißen Vorherrschaft stürzen sollen. Sie sind versteinerte Aufnahmen. Ohne Bilder kein kollektives Gedächtnis, aber auch kein politischer Protest. Was wäre in einer Gesellschaft des Spektakels passiert, wenn es keine zufällige Handyaufnahme der tödlichen Festnahmen von Floyd gegeben hätte? Wäre er eines der vielen nicht benannten Opfer von Polizeigewalt geworden? Tot und vergessen, wie so viele nicht weiße Menschen auch in der Bundesrepublik. Die Videoaufnahmen lösten hierzulande deutliche Kritik aus – an den Verhältnissen in den Staaten. Weniger deutlich wurde allerdings die bundesdeutsche Realität zwischen alltäglichem Rassismus und polizeilicher Gewalt hinterfragt. Dass hier in der Republik jeder und jedem die Luft zum Atmen für ein selbstbestimmtes Leben genommen werden kann, wenn sie oder er nicht zur weißen Mehrheitsgesellschaft gehört, wird weitgehend ausgeblendet. Ja, die Bundesrepublik ist nicht die Vereinigten Staaten, ja die Polizei ist hier und dort anders strukturiert. Doch 2005 verbrannte Oury Jalloh in Dessau in einer Zelle der Polizei. Die Aufklärung scheitert bis heute am Willen der Sicherheitsorgane. 2018 starb Amad Ahmad an den Folgen eines Brandes in einer Zelle der JVA Klebe. Er hätte nie inhaftiert werden dürfen. Die Polizei hatte ihn verwechselt – und sie wusste es früh, ohne jedoch zu handeln. In Hamburg ist Racial Profiling schon lange gängige Praxis. Nur drei Beispiele, von vielen.
Die Reaktion auf die Kolumne »All cops are berufsunfähig« der taz-Autorin Hengameh Yaghoobifarah offenbarte, wie wenig die bundesdeutsche weiße Mehrheitsgesellschaft sich überspitzt hinterfragen lassen möchte. Die Androhung einer Klage durch Bundesinnenminister Horst Seehofer belegt die Verweigerung. Und bei den beiden größten Interessenvertretungen der Polizei funktionieren die Beißreflexe nach Links wie je: Das Anfang Juni verabschiedete Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz stieß auf massive Kritik. Das Gesetz »ist im Grunde ein Wahnsinn« für Seehofer, folgerichtig sagte er eine Studie über Rassismus bei der Polizei ab. Der CSU-Minister sieht »keinen Bedarf«. Er stellt sich jedoch nicht bloß schützend vor die Polizei.
Welche gesellschaftliche Mitte möchte schon den Spiegel vorgehalten bekommen? Mit den Bemühungen der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus aus der Vergangenheit scheint »die weiße Mitte« anzunehmen, dass die Auseinandersetzung mit dem Rassismus in der Gegenwart kaum nötig sei. Ein Stop-Rassismus-Hashtag und das Vermeiden des N-Worts kann auch selbstgefällig erscheinen – und genügt nicht. Statt Selbstreflexion der eigenen Ressentiments, nur Selbstverliebtheit ins projizierte Selbstbild: Wir sind die Guten, da wir erinnern! Doch sind wir das? Rassismus und Klassismus? Bei uns kaum Thema.
In der Pandemie trieben die gutbetuchten Impfgegner*innen und die bestsituierten Veganer*innen ganz andere Sorgen auf die Straße. Die Grundrechte sollten verteidigt, »Impf- und Maskenzwang« verhindert werden. Neue Allianzen von AfD-Politiker*innen bis Verschwörungstheorie-Apostel*innen fanden sich. Mit Rechten auf der Straße? Nein, wir doch nicht, wir sind die Guten. Na klar.
Die Black Lives Matter-Demonstrationen signalisieren, dass diese Selbstgefälligkeit nicht mehr selbstverständlich hingenommen wird. Thanks.

#BlackLivesMatter

Die politische Ökonomie rassistischer Polizeigewalt

ein Kommentar von Bafta Sarbo

Die Tötung von George Floyd entfachte eine Revolte der vor allem Schwarzen Bevölkerung in Minneapolis (Minnesota). Extreme Ausschreitungen lokaler Bevölkerungen nach solchen tödlichen Polizeieinsätzen sind dabei keine Seltenheit in den USA. Nachdem in Ferguson (Missouri) 2014 der 18-jährige Michael Brown erschossen wurde, kam es zu wochenlangen Protesten und Unruhen. Dieses Mal erfahren die Proteste jedoch wider Erwarten in der breiten Bevölkerung in den USA und international Solidarität. Auch in Deutschland hält die Debatte über Rassismus und Polizeigewalt, trotz Versuchen der Diskursverschiebung, an. Wie kam es zu dieser breiten Solidarisierung?

Die Rhetorik von Präsident Donald Trump ist natürlich nicht gerade deeskalativ. Im Gegensatz zu Barack Obama ist er bei Liberalen unbeliebt und ein eindeutiger Verantwortlicher sowie gemeinsamer Feind ist schnell ausgemacht. Dass sowohl Black Lives Matter als auch die Militarisierung der Polizei während der Obama-Präsidentschaft begannen, wird dabei in der Regel ausgeklammert. Die aktuelle Situation durch die COVID-19-Pandemie hat außerdem soziale Konflikte verschärft, indem sie den besonderen Charakter der US-amerikanischen Klassengesellschaft sichtbar macht.

In einer Situation, in der zahlreiche Menschen ihre Jobs verlieren, jede vierte an COVID-19 erkrankte Person Schwarz ist und die meisten gefährlichen Berufe, die sich nicht in ein Home-Office auslagern lassen, ohnehin überproportional von Schwarzen betrieben werden, tritt Rassismus und Ausbeutung mehr ans Licht als im gesellschaftlichen Normalzustand. Das zeigt sich nicht zuletzt dadurch, dass auch der von der Polizei getötete George Floyd an Corona erkrankt war. Die Krise hat zahlreiche Arbeitsplätze gekostet und mit sozialer Isolation und dem Fehlen einer Perspektive auf ein Ende der Krise steigt auch die Verzweiflung und die Wut in der Bevölkerung.

Bei den meisten Fällen rassistischer Polizeigewalt gibt es auch eine polit-ökonomische Dimension. George Floyd zahlte mutmaßlich mit einem gefälschten 20-Dollar-Schein; Eric Garner, der 2014 von der Polizei getötet wurde und den Satz »I can‘t breathe« im Kontext von Black Lives Matter ursprünglich popularisierte, wurde verdächtigt, vor einem Geschäft unversteuert einzelne Zigaretten zu verkaufen. Die Schwarze Bevölkerung ist nicht nur aufgrund des Rassismus überproportional häufig von Polizeigewalt und Inhaftierungen betroffen. Aufgrund der materiellen Folgen der Sklaverei und der Segregationsära sowie der anhaltenden Ausbeutung, lebt die Schwarze Bevölkerung zu einem Großteil in Armut. Und die Kriminalisierung von Armut in den USA erfüllt auch eine ökonomische Funktion.

Die Ahndung von Armutsverbrechen und die ständigen Festnahmen sind nicht nur die Ursache der Polizeigewalt, die vor allem Schwarze trifft. Tatsache ist, dass die USA global die pro Kopf höchste Gefängnisbevölkerung stellt. Und dies bedeutet in einem kommerzialisierten Gefängnissystem, dass ein relevanter Teil der Bevölkerung in diesen Gefängnissen nicht nur unbezahlte Arbeit leistet, sondern auch von gesellschaftlicher Teilhabe, wie Wahlen, ausgeschlossen ist. Dieses System wird deshalb nicht selten als Fortführung der Sklaverei bezeichnet.

Diese aktuellen Ausschreitungen als Klassenkampf zu begreifen würde ein Stück zu weit gehen, um es mit den Worten von Cornel West zu sagen: »Eine Revolte ist noch keine Revolution.« Die Sichtbarmachung der Klassendimension rassistischer Polizeigewalt und die breite Solidarisierung bietet dafür allerdings eine Grundlage. Dass Präsident Trump ankündigte, in diesem Zusammenhang »die Antifa« verbieten zu wollen, deutet bereits darauf hin, dass die aufkommende antirassistische Bewegung eine Gefahr darzustellen scheint.


SAY THEIR NAMES
ERIC GARNER
JOHN CRAWFORD III
MICHAEL BROWN - EZELL FORD
DANTE PARKER - MICHELLE CUSSEAUX
LACQUAN MCDONALD - TAMIR RICE
GEORGE MANN - TANISHA ANDERSON - MYA HALL
AKAI GURLEY - RUMAIN BRISBON - SAMUEL DUBOSE
CHRISTIAN TAYLOR - LAMONTEZ JONES
LA VANTE BIGGS - MICHAEL LEE MARSHALL
RICHARD PERKINS - NATHANIEL HARRIS PICKETT
ESPINAL - MICHAEL NOEL - KEVIN MATTEWS
LEGRIER - KEITH CHILDRESS JR.
SCOTT - WENDELL CELESTINE
CALIN ROQUEMORE - CHRISTOPHER DAVIS
TORREY ROBINSON - KEVIN HICKS
DARIUS ROBINSON
DEMARCUS SEMER - WILLIE TILMAN
SYLVILLE SMITH
PHILANDO CASTILE - TERRENCE
AARON BAILEY
PAMELA TURNER
PATERSON BROWN
JAMAR CLARK
BENNI LEE TIGNOR
BETTIE JONES
JANET WILSON
DAVID JOSEPH
MARCO LOUD
RANDY NELSON
ALTON STER
WOODS - JORDAN
STEPHON CLARK - BOTHAM
ALTERIA
FOSTER -
RONELL CRUTCHER
DOMINIQUE CLAYTON - ATATIANA
JEFFERSON - CHRISTOPHER
WHITFIELD - CHRISTOPHER MCCORVEY
ERIC REASON - MICHAEL LORENZO DEAN - FREDDIE BLUE
BREONNA TAYLOR - DAVID MCATEE - GEORGE FLOYD
BLACK LIVES MATTER!

#Antifa

Kampfbegriff und Schreckgespenst der radikalisierten Rechten in den USA

von Carl Kinsky



Anti-Trump-Protest in San Francisco 2016

Das Erstarken antirassistischer und sozialer Bewegungen in den USA in den vergangenen Jahren wurde von einer Mobilisierung rassistischer und antikommunistischer Bewegungen und Narrative begleitet. Die haltlosen Ankündigungen von Präsident Trump, »die Antifa« als inländische Terrororganisation zu brandmarken, ist auf eine Erzählung zur Diskreditierung sozialer Proteste zurückzuführen.
Seit 2015 mehren sich verbale und physische Auseinandersetzungen zwischen antirassistischen Demonstrant*innen und rassistischen Gegendemonstrant*innen in vielen Städten. In Charleston hatte ein Rechtsterrorist am 17. Juni 2017 neun Mitglieder einer örtlichen afroamerikanischen Kirchengemeinde während eines Bibelkreises ermordet. Zuvor posierte er mit Symbolen der Sklavenhalterstaaten – der Konföderierten – in sozialen Medien. Dies tat er infolge erstarkter Forderungen nach der Entfernung von rassistischen Symbolen – insbesondere der Konföderierten – aus der Öffentlichkeit.
In den Südstaaten hatte sich nach Ende des Bürgerkriegs eine Gedenkkultur institutionalisiert, die die Sezession der Südstaaten zum Erhalt der Sklaverei zu einem »Freiheitskampf« umdeutete. Bis heute stehen vielerorts Denkmäler für Soldaten der Konföderation. Die meisten wurden in den 1920er Jahren und während der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren errichtet, um öffentlich die Vorherrschaft von Weißen zu unterstreichen. 2015 wurde in Selma (Alabama), wo 1965 Schwarze Bürgerrechtler*innen von der Polizei während des »Bloody Sunday« brutal niedergeprügelt wurden, eine Büste des Konföderierten-Generals und ersten Anführers des »Ku Klux Klan«, Nathan Bedford Forrest, eingeweiht. Viele Südstaaten haben die Flagge der Konföderierten noch als Teil ihrer Landesflaggen, oder hissen sie vor dem Landesparlament. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen über diese Gedenkkultur sind daher vor allem Debatten über Rassismus in der US-amerikanischen Gesellschaft insgesamt. Proteste gegen diese Gedenkkultur führen immer häufiger zu direkten Konfrontationen zwischen antirassistischen und rechten Demonstrant*innen. Der rechtspopulistische Wahlkampf von Donald Trump ab 2015 intensivierte diese Auseinandersetzungen.

Wahlkampf und Faustkampf

Trumps Wahlkampf beruhte von Anfang an auf der Bedienung rassistischer Ressentiments und zeigte durch die Weigerung, sich kategorisch von der Unterstützung des »Ku Klux Klan« zu distanzieren, seine Offenheit gegenüber der extremen Rechten. Trump stellte sich früh hinter den Erhalt von Symbolen der Konföderierten. Antirassistische Demonstrant*innen wurden unter Zurufen von Trump bei Wahlkampfveranstaltungen von seinen Anhänger*innen beleidigt und an-

gegriffen. Angesichts des rassistisch geführten Wahlkampfs und der Zunahme von öffentlichen Veranstaltungen der extremen Rechten organisierten antifaschistische Gruppen Proteste, um deren Handlungsspielraum einzuschränken. Antifaschistische Aktivist*innen trafen allerdings zunehmend auf für einen tödlichen Straßenkampf gerüstete, extrem rechte Schlägertrupps. Mit Reizgas, Schlagstöcken, Messern, Schutzausrüstung und teilweise mit Schusswaffen bewaffnet, griffen diese am Rande von Wahlkampfveranstaltungen Gegendemonstrant*innen an. Dies führte wiederum zu einem spürbaren Anwachsen militanter Selbstverteidigung seitens antifaschistischer Gruppen.

Die Konfrontationen wurden seitens der US-amerikanischen Medienindustrie für die breite Öffentlichkeit stark ausgeschlachtet, militante Antifaschist*innen weitestgehend als »anarchistische Agitatoren« abgetan. Rechte und extrem rechte Medien nutzten diese Bilder für eine Medienkampagne, in der die »Antifa« als eine Art Miliz der »Demokratischen Partei« dargestellt wurde, die wahlweise »sozialistisch«, »kommunistisch«, »anarchistisch«, aber auf jeden Fall »antidemokratisch« und »antiamerikanisch« sei.

»Antifa is winning«

Sowohl rechte Medien wie »Fox News« als auch Trump forcierten seit der Amtseinführung im Januar 2017 das Szenario einer Bedrohung durch »Anarchismus« und »Antifa«. Proteste gegen Trumps Vereidigungszeremonie wurden großflächig mit diesen Stichwörtern versehen und kleinere Sachschäden zu »Krawallen« hochstilisiert, um eine ansonsten unübliche Repression durch Bundesbehörden zu legitimieren. Das Bundesjustizministerium unter Führung von Jeff Sessions griff auf Gesetze zurück, die 1968 als Teil der Bürgerrechtsgesetzgebung eingeführt wurden, um Aufstände in Schwarzen Gemeinden im gesamten Land gegen Polizeigewalt und Rassismus zu bekämpfen. Sie forcierten Prozesse gegen mehr als 200 Personen, darunter Journalist*innen, Sanitäter*innen und Rechtsbeobachter*innen, und drohten ihnen mit jahrzehntelangen Haftstrafen. 2018 wurden alle Prozesse von Gerichten einkassiert, da sie gegenstandslos waren. Die Staatsanwältin Jennifer Kerkhoff hatte gar versucht, gefälschtes Videomaterial des rechten Medienportals »Project Veritas« als Beweismittel einzureichen.

Mit der Präsidentschaft von Trump fühlten sich rechtspopulistische ebenso wie extrem rechte Gruppierungen inner- und außerhalb der »Republikanischen Partei« ermutigt, noch stärker in der Öffentlichkeit zu wirken. Universitäten wurden zum neuen Schauplatz eines rechten Kulturkampfes »um die Meinungsfreiheit« erkoren. Während studentische Organisationen der »Republikanischen Partei« Rechte wie Ann Coulter oder Milo Yiannopoulos als Redner*innen einluden, traten auch Faschisten wie Richard Spencer und Matthew Heimbach auf. An vielen Universitäten regte sich starker Protest aus der Studierendenschaft; insbesondere Proteste gegen einen Auftritt von Yiannopoulos an der kalifornischen Universität Berkeley wurden von »Fox News« wiederum als Beweis angeführt, dass »die Antifa« die Meinungsfreiheit bedrohe, da die Veranstaltung nicht stattfinden konnte. Die Proteste hatten erfolgreich die Auftritte auf dem Campusgelände verhindert. Als Richard Spencer 2018 gezwungen war eine geplante Veranstaltungsreihe abzusagen, musste er eingestehen: »Antifa is winning.«

Charlottesville als Wendepunkt

Der Großteil der US-amerikanischen Öffentlichkeit hörte nach der extrem rechten Demonstration in Charlottesville im August 2017 zum ersten Mal den Begriff »Antifa«. Nahezu alle Medien strahlten Beitrage aus, in denen bewaffnete Neonazis antirassistische Protestierende angriffen, schließlich von militanten Antifaschist*innen zurückgedrängt wurden – und wie ein Neonazi mit seinem Auto in eine antifaschistische Demonstration raste, zahlreiche Menschen verletzte und die Aktivistin Heather Heyer tötete. Folglich rückte die Bedrohung durch Rechtsterrorismus stärker in den Fokus der Öffentlichkeit, ein Thema, dem die Trump-Regierung keinerlei Aufmerksamkeit schenkt. Anstatt mit dem Finger auf eine linke Verschwörung zeigen zu können, musste Trump sich damit begnügen, »beiden Seiten« gleichermaßen die Schuld an der Gewalt zuzuschreiben, in diesem Zusammenhang steht auch sein Kommentar »Es gab auf beiden Seiten gute Leute.«

Im Juli 2019 reichten schließlich die republikanischen Abgeordneten Bill Cassidy und Ted Cruz einen erfolglosen Gesetzesvorschlag im US-Senat ein, welcher »die Antifa« als inländische Terrororganisation einstufen sollte. Einen Monat später drohte Trump nach antifaschistischen Protesten gegen extrem rechte Demonstrationen in Portland (Oregon), »die Antifa« als Terrororganisation einzustufen, obwohl er die Kompetenz hierzu nicht besitzt. Sehr wohl aber lässt sich mit dem Feindbild »Antifa« die eigene Basis anstacheln und der politische Gegner diskreditieren.

Sesamstraße und Antifa Hand in Hand?

Die aktuellen Ankündigungen von Trump und seinem derzeitigen Justizminister, William Barr, »die Antifa« als Terrororganisation einzustufen, sind genauso substanzlos wie vergangenes Jahr, die gesellschaftliche Lage ist hingegen deutlich angespannter. Nachdem der rassistische Polizist Derek Chauvin seinen Arbeitskollegen George Floyd – beide arbeiteten als Sicherheitspersonal in einer Disco – in Anwesenheit von Passant*innen und weiteren Polizisten zu Tode folterte, entlud sich Wut und Frust über rassistische Polizeigewalt im gesamten Land. Seit den 1960er Jahren hat es keine vergleichbar verbreiteten und intensiven Proteste gegen Rassismus gegeben. Kurz vor der Präsidentschaftswahl stellt dies eine akute Gefahr für die Trump Regierung dar, die Wahl im November zu verlieren. Der selbsterkorene »Law and Order«-Präsident muss einen bewaffneten Aufstand konstruieren, um einen Militäreinsatz im Inneren zu legitimieren. Daher schwadroniert Trump, ebenso wie »Fox News« oder die »One America News Network« pausenlos davon, dass »die Antifa« hinter Sachschäden und Plünderungen während der Proteste stecke. Insbesondere erzürnen sie sich über die Zerstörung von Rassisten gewidmeten Denkmälern in mehreren Städten. Die rechten Medienkampagnen nehmen absurde Züge an: Zuletzt witterte der Fernsehmoderator Tucker Carlson (»Fox News«) hinter der Kindersendung Sesamstraße eine »Verschwörung des linken Mobs«, da die Plüschfigur Elmo und sein Vater sich mit den Black Lives Matter-Protesten solidarisierten.

Das Feindbild »Antifa« legitimiert die Gewalt, die derzeit von extrem Rechten gegen die Proteste verübt wird: Menschen werden niedergeschossen, Anschläge werden geplant und in mindestens 18 Fällen haben sie Protestierende mit Autos angegriffen. Das Justizministerium hat mehr als 60 Strafprozesse für Taten während der antirassistischen Proteste an sich gezogen und nutzt wieder die Gesetze von 1968 als Grundlage hierfür. In keinem der Fälle geht es um Straftaten von Antifaschist*innen, aber in einem um einen geplanten rassistischen Anschlag.

Die Trump-Regierung konstruiert »linke Terroristen« und lässt Rechtsterroristen gewähren.

#Sprachschatz

Porajmos

von Stephan Anpalagan



Die allermeisten Menschen in Deutschland werden dieses Wort nicht kennen. Kaum jemand weiß, was dieser Begriff mit dem »Abschnitt B II e« zu tun hat oder warum Menschen in eben jenem Abschnitt als »Z« gekennzeichnet wurden. Die Tatsache, dass wir im Jahr 2020 noch immer den Porajmos nicht kennen, ihn nicht einordnen oder unseren Kindern erklären können, ist eine Tragödie, eine bodenlose Frechheit. Und doch ist eben jenes gesamtgesellschaftliche Versagen auch ein glasklares Spiegelbild für unseren Umgang mit den Opfern, deren Täter*innen wir sind. Deren Täter*innen wir waren. Deren Familien unsere Familien auf dem Gewissen haben.

Der Porajmos bezeichnet den Versuch der vollständigen Vernichtung aller europäischen Sinti und Roma. Der »Abschnitt B II e« ist jener Abschnitt im KZ Auschwitz-Birkenau, der als »Zigeunerlager« errichtet und zur Ermordung der Sinti und Roma in Betrieb genommen wurde. Das »Z« stand für die Zugehörigkeit zu dieser einen Volksgruppe, die im »Dritten Reich« den Tod und in der Bundesrepublik Deutschland noch immer Ungerechtigkeit, Rassismus und Diskriminierung bedeutet, nämlich zu den »Zigeunern«. Der Zentralrat Deutscher Sinti & Roma schreibt über dieses Wort: »›Zigeuner‹ ist eine von Klischees überlagerte Fremdbezeichnung der Mehrheitsgesellschaft, die von den meisten Angehörigen der Minderheit als diskriminierend abgelehnt wird. Die Bezeichnung ›Zigeuner‹ ist untrennbar verbunden mit rassistischen Zuschreibungen, die sich, über Jahrhunderte reproduziert, zu einem geschlossenen und aggressiven Feindbild verdichtet haben, das tief im kollektiven Bewusstsein verwurzelt ist.«

Fußballfans besingen die gegnerische Mannschaft als »Zigeunerpack«, Staatsanwaltschaften verschicken offizielle Briefe an Personen, die sie im Adressfeld als »Zigeuner« bezeichnen – und dann ist da noch dieses Schnitzel. Als das »Forum Sinti und Roma« mehrere Lebensmittelhersteller darum bat, ihre Saucen, die sie als »Zigeunersauce« verkauften, umzubenennen, weil dieser Begriff rassistisch und diskriminierend sei, antworteten die Hersteller, »dass sie jede Form von Diskriminierung ablehnten, eine Umbenennung aufgrund der langen Tradition aber nicht in Frage käme«. Die lange Tradition der »Zigeunersauce«. Wer kennt sie nicht?

Das »Zigeunerschnitzel« steht mittlerweile gar für einen offenen Kulturkampf zwischen jenen, die nicht fassen können, dass wir noch immer eine zutiefst rassistische Sprache im öffentlichen Raum kultivieren und jenen, die sich gegen den Verlust ihrer jahrzehntelangen Deutungshoheit dadurch wehren, dass sie wirre Gedanken in wütende Worte gießen und Wutbücher an Wutbürger verkaufen. So lautet der Titel eines Buchs des ehemaligen ZDF-Moderators Peter Hahne: »Rettet das Zigeuner-Schnitzel! Empörung gegen den täglichen Schwachsinn. Werte, die wichtig sind.« Die Rettung des »Zigeuner-Schnitzels« als ein »Wert, der wichtig ist«. Wer kennt das nicht?

Deutsche Kolonialgeschichte? Unbekannt.

Doch nicht nur Sinti und Roma sind betroffen, auch Schwarze und überhaupt People of Color, die Zeit ihres Lebens Diskriminierung erfahren haben und in der Bundesrepublik Deutschland als Bürger*innen zweiter Klasse behandelt werden. Ebenso wie der Porajmos ist vielen Deutschen auch die deutsche Kolonialgeschichte unbekannt. Wer in Deutschland weiß von dem Maji-Maji-Aufstand, dem Völkermord an den Herero und Nama, der Sklaverei und den hierzulande äußerst beliebten »Völkerschauen«, wo Menschen wie Tiere in Käfigen ausgestellt wurden. Wer weiß von der Tradition der Entmenschlichung Schwarzer Männer, Frauen und Kinder, die im Nationalsozialismus fortgeführt wurde, wo Schwarze entrechtet, ermordet und zwangssterilisiert wurden, um der »zwangsläufig eintretenden Bastardisierung« entgegenzutreten.

Das alles wiederum ist nur ein Ausschnitt aus der kolonialen Unterdrückung Schwarzer Menschen – ein kleiner Teil einer Jahrhunderte währenden Erniedrigung und Entwürdigung als »Neger« und »Mohren». Und doch finden sich beide Worte selbstverständlich im öffentlichen Sprachgebrauch wieder. Als Eigennamen oder zur Beschreibung einer zuckerigen Schokopampe. Auf den rassistischen Begriff hinter dem Namen »Mohren-Apotheke« angesprochen, meinte ihr Leiter, er finde die Diskussion um den »vermeintlich rassistischen Namen« unnötig: »Ich finde, es gibt in unserer Gesellschaft größere Probleme, über die man diskutieren sollte.« Die Umbenennung rassistischer Orts- und Eigennamen scheitert also an Tradition und Relevanz. Wir hätten doch größere Probleme, über die wir diskutieren sollten.

»Welche denn?«, möchte man fragen angesichts wiederholter und endloser rassistischer Übergriffe. Angesichts der Tatsache, dass ein veritabler Teil unserer Gesellschaft ihre gefestigte rechtsextreme Einstellung mittlerweile offen und öffentlich zur Schau stellt. Angesichts der Tatsache, dass eine im Kern

faschistische Partei in allen Parlamenten dieses Landes sitzt und sich fleißig um die Abschaffung der Demokratie bemüht. Den Ton und die gesellschaftliche Reife im öffentlichen Umgang mit dem Rassismus in unserer Mitte erkennt man auch daran, dass der MDR im Jahr 2018 eine Sendung ausstrahlen wollte, die folgenden Titel trug: »Darf man heute noch ›Neger‹ sagen? Warum ist politische Korrektheit zur Kampfzone geworden?« Die Vermeidung des N-Wortes als »politisch korrekte Kampfzone«. Diskutieren sollten vier weiße Menschen, darunter Peter »Zigeuner-Schnitzel« Hahne und die ehemalige Vorsitzende der AfD, Frauke Petry. Ein Format, finanziert durch die Rundfunkgebühren, produziert vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Irgendjemand war ernsthaft der Meinung, das sei eine gute Idee.

Der eigenen Geschichte stellen

Wie unmenschlich mutet unser Umgang mit Schwarzen Bürger*innen an, wenn diese Tag für Tag an der U-Bahnhaltestelle »Mohrenstraße« aussteigen oder im Supermarkt an »Negerküssen« vorbeilaufen müssen, wo sie jedes Mal an die Sklaverei erinnert werden, an die eigenen Urgroßeltern, die mit einer Nilpferdpeitsche halbtot geschlagen wurden und deren Kindern man Hände und Füße abgehackt hat, weil sie ihr Tagessoll an Kautschuk nicht eingesammelt hatten.

Wie hirnverbrannt muss eine gesamte Gesellschaft sein, wenn man Überlebenden und Angehörigen der in Auschwitz Ermordeten sagt, dass man den rassistisch-faschistischen Begriff des »Zigeuners« nicht von der Speisekarte tilgen könne, weil das gottverdammte Paprikaschnitzel eine lange und nicht mehr zu ändernde Tradition darstelle. Alte weiße Männer, die in den vergangenen 1.000 Jahren in keiner Epoche hätten leben können, in der nicht wiederum alte weiße Männer die Macht, den Wohlstand und das Sagen hatten, möchten nicht verstehen, dass Menschen, die sich tagtäglich als »Kümmeltürken«, »Ziegenficker«, »Kanaken», »Zigeuner« und »Neger« bezeichnen lassen müssen, es nun endgültig leid sind, ausgerechnet in einer »Mohrenapotheke« ihre Medikamente zu kaufen. Und nein, die Tilgung dieser Namen, dieser Begriffe, dieser Statuen bedeutet nicht, dass wir dadurch unsere unrühmliche Vergangenheit ungeschehen machen, dass wir irgendetwas an unserer Geschichte ändern würden. Es bedeutet erst einmal nur, dass wir nicht mit stolzgeschwellter Brust unseren öffentlichen Raum nach Rassisten, Faschisten und Antisemiten benennen. Es geht auch darum, uns mit unserer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, diese einzuordnen und von ihr zu lernen. Indem wir über sie reden, sie lehren und das, was geschehen ist, zum Anlass nehmen, um voller Demut um Vergebung zu bitten.

Nach dem Ende des Holocausts, dem Ende des »Dritten Reiches«, dem Ende der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten haben wir genau das getan. Oder besser gesagt: Wir wurden genau dazu gezwungen. An keiner offiziellen Stelle, auf keinem öffentlichen Gebäude, auf keinem Platz und an keiner Straße steht mehr der Name Adolf Hitler. Nirgendwo ist im öffentlichen Raum ein Hakenkreuz denkbar. Selbst wer das »Horst-Wessel-Lied« singt, wird strafrechtlich verfolgt. Doch dabei blieb es nicht, es wurden Stolpersteine verlegt, ein Mahnmal gebaut, ein Antisemitismusbeauftragter eingesetzt. Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist anerkannter Gesprächspartner in Politik und Gesellschaft, wir haben die osteuropäischen Jüdinnen und Juden eingeladen nach Deutschland zu kommen und den Staat Israel, alle Jüdinnen und Juden auf der Welt auf Knien um Vergebung gebeten und haben Versöhnung und Wiedergutmachung geschworen. Das alles hat weh getan. Das alles musste weh tun. Und dennoch ist nicht alles gut. Der Antisemitismus grassiert in Deutschland, jeder fünfte Mensch hierzulande erklärt unverhohlen, er wolle keine Jüdin, keinen Juden in der Familie haben, das Blutbad in einer jüdischen Synagoge wurde nicht von der Polizei, sondern von einer Holztür verhindert und die Geschichte des »Dritten Reiches« und des Holocausts wird auch von Geschichtslehrern wie Björn Höcke unterrichtet. Und doch haben wir nicht aufgehört mit dem Gedenken, haben versucht wenigstens den sichtbaren Antisemitismus aus dem öffentlichen Raum zu tilgen. Warum soll das nicht auch im Falle des Antiziganismus und des Rassismus möglich sein? Warum müssen ausgerechnet die Insignien der Menschenvernichtung und der Sklaverei Aushängeschilder in der deutschen Öffentlichkeit sein? Wenn wir auch nur einen Bruchteil des Schmerzes lindern können, den wir durch unsere wiederholten Völkermorde zugefügt haben, dann sollten wir jede Statue zu Feinstaub verarbeiten und jedes Straßenschild öffentlich zermalmen, das diesen Menschenhass in stolzer Erinnerung hält. Und dann tilgen wir schnellstmöglich das N-Wort, das Z-Wort und all die anderen Beleidigungen aus unserem Sprachschatz, während wir gleichzeitig beginnen, die Kolonialgeschichte an unseren Schulen zu lehren und über den Porajmos zu reden. Damit wenigstens unsere Kinder eines Tages wissen werden, was dieses Wort bedeutet.





#Frankreich

Beidseits des Atlantiks

von Hazem El Moukaddem

Übersetzung: Lou Marin

Am 25. Mai 2020 wurde George Floyd in Minneapolis (USA) durch Polizist*innen ermordet. Im Kontext der gesundheits- und sozialpolitischen Krise brachte dieses offen rassistische Verbrechen das Fass zum Überlaufen. Eine riesige Protestbewegung formierte sich unter dem Motto »Black Lives Matter«. Sehr schnell überquerte diese Bewegung den Atlantik. In Frankreich, in Paris und in der Provinz, fanden zwei Großdemonstrationen statt. In der Hauptstadt versammelten sich am 3. Juni über 20.000 Menschen. Zur Überraschung aller, der Aktivist*innen wie auch der Ordnungskräfte, konnte dabei ein großer jugendlicher Bevölkerungsanteil mobilisiert werden, der aus den ärmeren Stadtvierteln stammte. Es war das Komitee Adama Traoré, das die organisatorische Leitung der Veranstaltungen übernahm. Sie forderten Gerechtigkeit für Adama und alle Opfer der Polizeigewalt. Der Schwarze Adama Traoré wurde im Juli 2016 bei einer Kontrolle durch drei Polizisten festgenommen. Dabei fixierten ihn die Beamten am Boden und setzen sich zu dritt auf ihn. Der mit Handschellen gefesselte Traoré starb auf dem Weg ins Polizeirevier. Die Polizei versuchte seinen gewaltsamen Tod in einen Herzstillstand umzulügen. Seit dem Algerienkrieg hat diese teilweise kolonialistische Polizeipraxis einen eigenen Namen, die »bavure«. Das Komitee hat bis heute seine Arbeit, die Suche nach der Wahrheit und deren öffentliche Thematisierung, kontinuierlich fortgesetzt und wurde so zum wichtigsten Organisator der Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt über Paris hinaus. In den folgenden Wochen kam es in Städten wie Marseille, Lyon, Bordeaux und Nantes zu Großdemonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei, die immer wieder die Demonstrant*innen angriff, um angeblich nur das Versammlungsverbot durchzusetzen.

Trotz starker Ähnlichkeiten sollte man die Mobilisierungen in Frankreich nicht auf eine einfache Übertragung dessen reduzieren, was sich in den Vereinigten Staaten abgespielt hat. Leider sind Polizeigewalt und rassistische Gewalt kein exklusives Kennzeichen von Trumps Amerika.

Man muss schon den innenpolitischen Kontext in Frankreich kennen, um die Spannungen und das Hervortreten der dortigen Proteste verstehen zu können. Ich gehe hier auf zwei Faktoren ein, die meiner Einschätzung nach eine Verankerung der Bewegung in Frankreich ermöglicht haben. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um den gesellschaftlichen Kontext, der durch steigende Staatsgewalt gegen unterdrückte / verschiedene Bevölkerungsgruppen geprägt ist, auf der anderen Seite um die Möglichkeit, sich auf bewährte und anerkannte Kollektivstrukturen im Kampf gegen den Rassismus stützen zu können.

Die jüngst gemachten Erfahrungen zeigen die gesellschaftliche Notwendigkeit eines sozialen Antirassismus.

Koloniale Vergangenheit und anti-soziale Repressionspolitik

Die letzten Jahrzehnte waren in Frankreich durch den Aufstieg des »Front National« – heute »Rassemblement National« (»Nationale Versammlung«)– und seiner Konzepte geprägt, die sich die traditionelle Rechte schnell angeeignet hat: die Zuspitzung auf die »nationale Identität« und die Kriminalisierung der von den Ärmeren bewohnten Stadtviertel. Gleichzeitig ist es den aufeinanderfolgenden Regierungen des Sozialdemokraten François Hollande sowie des Präsidenten Emmanuel Macron, der ursprünglich aus der sozialistischen Partei stammt, gelungen, die Träume der liberalen Rechten zu

In vielen europäischen Städten gehen Tausende unter dem Motto #BlackLivesMatter auf die Straßen.

verwirklichen: den Angriff auf die Renten, auf die Sozialversicherung, auf das Arbeitsrecht und auf die Vermögenssteuer.

Als Antwort auf diese offen ungerechten Politikstrategien entstand die Bewegung der »Gilets jaunes« (»Gelbwesten«). Diese Bewegung ist bislang einzigartig. Zunächst schon auf Grund ihres Ausmaßes. Es ist ihr gelungen, die nationale Wirtschaft mit großen Demonstrationen täglich zu blockieren – und das über einige Monate hinweg. Diese Bewegung ist außerdem bemerkenswert aufgrund der Zusammensetzung der Beteiligten: Sie umfasste eine gesamte Gesellschaftsgruppe, die sich normalerweise von den sozialen Kämpfen fernhält. Nun sind sie auf die Straße gegangen. Als Antwort darauf hat die Regierung die Repression gewählt. Sie hat die Reihen der nationalen Polizei verstärkt und eine bisher nie dagewesene Gewalt an den Tag gelegt: abgerissene Hände, Verlust des Augenlichts; Einsatz von besonders giftigem Tränengas und Gummigeschossen. Dazu kam die juristische Verfolgung der Aktivist*innen. Demonstrant*innen wurden durchsucht, festgenommen und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Jenseits der Frage der Erfüllung der Forderungen der »Gilets jaunes« kennzeichnete dieses Phänomen einen Wendepunkt in der französischen politischen Landschaft in mindestens zweierlei Hinsicht. Zum einen gab der Staat in keiner Weise nach und blieb bei seiner Strategie der Repression. Diese äußerte sich besonders gewaltsam und beinhaltete zunehmend Rassismus und Klassengewalt. Steve Maia Canico in Nantes und Zineb Redouane in Marseille, die während der Proteste von der Polizei Getöteten, stehen dafür. Zweitens erlitten nun zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte die Bürger*innen ganz Frankreichs das, was bisher die Bewohner*innen der ärmeren Stadtviertel tagtäglich erlebt hatten: Repression und willkürliche Polizeigewalt. Vielen wurde nun erstmals klar, dass die kollektiven Kämpfe der Bewohner*innen, die Wahrheit und Gerechtigkeit forderten, äußerst legitim waren. Das Kollektiv Adama Traoré, das aus dem »Mouvement de l'immigration et des banlieues« (»Bewegung der Immigration und der Vorstädte«, MIB) entstanden war, ist eines dieser Kollektive. Es sollte zur Speerspitze der gegenwärtigen Mobilisierungen gegen Rassismus und Polizeigewalt werden.

Authentischer Protest

Bei dieser Kontextualisierung im Schnelldurchgang wird gut sichtbar, dass man die Fragen des Rassismus und der Polizeigewalt nicht voneinander trennen kann. Wir erinnern hier nur daran, dass laut einer frankreichweiten Umfrage der Agentur Cevipof im Wahljahr 2017 circa 70 Prozent der berufstätigen Beamt*innen der nationalen Polizei den »Front National« wählten. So haben also die Demonstrationen der Bewegung Black Lives Matter einen spezifischen Resonanzboden in Frankreich gefunden.

Aus meiner Sicht hätten die französischen Protestierenden trotzdem nicht dieses Ausmaß annehmen und diese Kämpfe führen können, wenn sie sich nicht auf die Basis der weithin in den betroffenen Bevölkerungsgruppen anerkannten Kollektive hätten stützen können. Deshalb tritt eine zweite grundsätzliche Dimension der französischen Bewegung aus dieser Struktur der legitimierten antirassistischen Kämpfe zutage. Dieser Kampf reicht nämlich weit zurück und ist geprägt durch die kolonialistische Vergangenheit Frankreichs. Bis in die 1980er Jahre standen der Rassismus und dessen strukturelle Folgen im Sinne der Ungleichheit kaum einmal im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Auf karikaturhafte Weise war der Antirassismus »moralisch«. Es handelte sich um eine individuelle Meinung, die je nach dem Milieu, in dem man agierte, mehr oder weniger akzeptiert oder eingefordert wurde. Im Jahr 1983 forderte der »Marsch für Gleichheit« eine andere Form des Kampfes gegen den Rassismus und rückte den strukturellen und deshalb kollektiven Charakter des französischen Rassismus ins Scheinwerferlicht. In dieser Zeit wurde die Organisation »SOS Racisme« zur anerkannten Organisation des antirassistischen Kampfes. Es handelte sich hierbei um einen institutionellen, paternalistischen Antirassismus. Ein gutes Beispiel dafür war deren Slogan: »Fass meinen Kumpel nicht an!« Das verwässerte den ursprünglichen Geist des Marsches, indem der Eindruck erweckt wurde, der Rassismus sei universell und begrenze sich auf alltägliche Beleidigungen – habe aber keinen Einfluss auf den ungleichen Zugang zu Arbeitsplätzen oder Wohnungen. Die Akteur*innen dieser Organisation wurden im Verlauf der Jahre immer heftiger von den Aktivist*innen vor Ort kritisiert und verloren jegliche Legitimität und Anerkennung, sich die antirassistischen Kämpfe auf die Fahnen zu schreiben und zu vertreten. Genau das Gegenteil davon vertrat das Kollektiv Adama Traoré, das eine Konzeption des Rassismus zur Grundlage hatte, die auf den Erfahrungen der Menschen aus der postkolonialen Immigration, aus den ärmeren Stadtvierteln und auf dem Erbe der kolonialen Geschichte basierte. Die daraus hervorgehenden Forderungen waren umso legitimer als sie im Gegensatz zu »SOS Racisme« von den unterdrückten Klassen selbst getragen wurden: Assa Traoré, die Schwester von Adama, ist eine authentische Vertreterin ihrer Forderungen.

Für einen sozialen Antirassismus

Im Verlauf dieses Artikels haben wir gesehen, dass die Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt in Frankreich aus einem spezifischen Kontext aus identitärem Rückzug, polizeilichen Repressionsstrategien und einer Wiederaneignung des Monopols für die Legitimität antirassistischer Kämpfe durch die direkt Betroffenen hervorgegangen sind. Es geht heute darum, die Grundlagen für eine nicht-rassistische Gesellschaft zu legen und nicht in die Falle einer Vermarktung oder Kommerzialisierung der Kritik durch das kapitalistische System zu tappen – oder anders gesagt: in die Falle eines Antirassismus der »reinen Pose« oder Fassade, der im Namen einer Pseudo-Diversität die strukturellen Ungleichheiten nur versteckt und nicht wirklich bekämpft.

Es geht darum, den Rassismus in einem Verhältnis zur Herrschaft zu sehen. Auf dieser Basis ist der Kampf gegen Rassismus untrennbar mit den Kämpfen für Gleichheit, gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, gegen Sexismus und andere Formen des gesellschaftlichen Ausschlusses, wie sie auch immer beschaffen sein mögen, verknüpft. Der Antirassismus muss zu einer Vereinigung und harmonischen Zusammenführung der unterdrückten Klassen führen.

#Polizieren

I can't breathe.

Polizei als Verunmöglichung von Atmen

von Vanessa Eileen Thompson



Die globalen Proteste nach den Morden an George Floyd, Breonna Taylor und Tony McDade in den USA verweisen auf eine tiefsitzende und historische Gewalt: Nämlich jene Gewalt, die von der Polizei als Instrument des staatlichen Gewaltmonopols im postkolonialen neoliberalen Kapitalismus ausgeht und Schwarze Menschen besonders betrifft. Dass die Proteste bald auch außerhalb der USA entstanden, verweist auf die transnationale Dimension dieser Kämpfe. Polizieren verweist auf einen gesellschaftlichen Prozess der Kontrolle und Kriminalisierung, der weit über die Institution Polizei hinausgeht und auch in Deutschland tief in die Gesellschaft eingeschrieben ist. Die Praxis des Polizierens verläuft intersektional, also entlang von mehreren Unterdrückungsformen gleichzeitig, wie Rassismus, Sexismus, Migrationsregimen und sozio-ökonomischer Ausbeutung. Gerade vor dem Hintergrund der Solidarität mit der transnationalen Black Lives Matter-Bewegung ist es meines Erachtens notwendig, linke Polizeikritik postkolonial zu wenden und die intersektionalen Formen in den Blick zu bekommen. Die Forderungen und Visionen Schwarzer und migrantisierter Kämpfe müssen auf subjektiver, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene ernst genommen werden. Es gilt, jetzt über jene Alternativen zu diskutieren und diese zu unterstützen, die gesellschaftliche Transformationen mitdenken.

Postkoloniale Polizeikritik

In den letzten Jahren hat sich auch im deutschsprachigen Raum die kritische Polizeiforschung weiterentwickelt. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert sie die Charakteristika und Mechanismen von Polizeien, auch in historischer Perspektive. Polizeien werden dabei stets als mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verwoben verstanden. Einige dieser Ansätze bewegen sich nicht nur im Bereich einer juridischen Kritik, die die Polizei innerhalb der Logik des Rechts und rechtlicher Maßstäbe kritisiert. Sie gehen darüber hinaus und stellen aus marxistischer und poststrukturalistischer Perspektive die Legitimität der Polizei auf Basis der ihr innewohnenden Gewaltförmigkeit radikal in Frage. Polizei gerät nämlich dann gerade durch ihr widersprüchliches Verhältnis zum Recht sowie auf der Grundlage der Gleichsetzung von Recht und Zwang in den Blick. Diese Theoretisierungen gehören zweifelsohne zu den wichtigsten Ansätzen einer kritischen Theorie der Polizei. Sie reproduzieren jedoch auch einige Leerstellen, die es in der gegenwärtigen Kritik der Polizei und mit besonderem Bezug auf die Black Lives Matter-Bewegung zu reflektieren gilt. Ich möchte im Folgenden eine dieser wichtigen Leerstellen (mit Bezug auf europäische Kontexte) skizzieren. Diese Überlegungen sollen zu einer Auseinandersetzung mit Polizei und ihrem Verhältnis zu der Geschichte des europäischen Kolonialismus, Rassismus sowie verschränkten Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen beitragen. Sie verweisen aber auch auf die widerständigen Praktiken gegen koloniale und postkoloniale polizeiliche Logiken.

»Koloniale Laboratorien« innerhalb und außerhalb Europas

Die moderne Institution der Polizei kann nicht nur vor dem Hintergrund der Konstitution westlicher Nationen verstanden werden. Westliche Nationalstaaten sind seit ihrer Gründung mit dem kolonialen Rassismus und den patriarchalischen Strukturen des Kolonialismus eng verwoben. In den »kolonialen Laboratorien« europäischer Kolonien, Räume die eher durch ihre Verrechtlichung von »frühzeitigen Toden« (Ruth Wilson Gilmore 2007) charakterisiert waren, wurden Sicherheits-, Überwachungs- und Kontrolltechniken entwickelt, die oft als Vorläufer für polizeiliche Techniken in den kolonialen Metropolen Europas dienten. Mit »frühzeitigen Toden« sind Bedingungen gemeint, die für den Tod von Menschen vor ihrer eigentlichen Lebenserwartung verantwortlich sind. So waren beispielsweise Arbeitscamps, Restriktionen von Versammlungen der kolonisierten Bevölkerungen und exzessive Gewalt gegen diese zum Erhalt und der Kontrolle kolonialer Besitzstrukturen und Plantagenökonomien grundlegender Teil der kolonialen Regierungsweise. Sie wurden ebenfalls in den kolonialen Metropolen Europas auf arme Bevölkerungsteile und besonders auf Menschen angewandt, die Rassismus (wie etwa Rom*nja) und Antisemitismus erfahren. So war auch innerhalb Europas das Produktivmachen von Menschen für die kapitalistische Ausbeutung durch Kontrolle und Kriminalisierung von Rassismus und patriarchalischen Strukturen geprägt. Die Einhegung von Landstreicherei und Camps waren beispielsweise eine dominante Funktionsweise des Rassismus gegen Rom*nja und Sint*ezzi innerhalb und gegen kolo-



nisierte Bevölkerungen außerhalb von Europa. Vor dem Hintergrund der Anwerbung von migrantisierter Arbeitskraft aus den ehemaligen Kolonien sowie den internen Peripherien Europas wie Süd- und Osteuropa hat sich dann im Laufe des 20. Jahrhunderts das externe Polizieren außerhalb Europas zunehmend intern artikuliert. Heute gibt es das nicht nur in Bezug auf Rom*nja und Sint*ezzi, sondern auch auf Schwarze, migrantische und als muslimisch gelesene Menschen, und besonders mit Bezug auf geflüchtete Menschen.

Verunmöglichung von Atmen

Polizieren geht als gesellschaftliche Praxis der Kontrolle und Kriminalisierung auch über die Polizei (als Institution) hinaus. Denken wir nur an private Sicherheitsdienste sowie an institutionellen Rassismus im Straf- und Justizsystem, aber auch an die Wirkweise des polizeilichen Blicks in Institutionen des Wohlfahrtstaates, wie beispielsweise in Jobcentern. Vor allem aber zeigt sich dies an der alltäglichen Praxis des Racial Profiling, der Kontrolle und Durchsuchung von Menschen auf der Grundlage rassistischer und sexistischer Zuschreibungen, oft in Kombination mit Migrationsstatus (wie asylsuchend), sozio-ökonomischem Status, psychologischer Gesundheit und Behinderung.

»I can't breathe« weist als Slogan auf die historische Erfahrung des Polizierens und das Wissen marginalisierter Gruppen, insbesondere von Schwarzen Menschen, hin. Er gerät vor allem mit Bezug auf die Tötung von Schwarzen und migrantisierten Menschen wie Oury Jalloh, Christy Schwundeck und Mareame Ndeye Sarr, aber auch durch das systematische Sterbenlassen im Schwarzen Mittelmeer – der Mittelmeerraum, der seit der Versklavung auf die gewaltsame Verbindung von Europa und Afrika und die Tötung von Schwarzen Menschen verweist – immer wieder in den Fokus. »I can't breathe« kommt bei den oben beschriebenen Kontrollen bereits zum materiellen Ausdruck. Das hastige Atmen bei einer Kontrolle, das kurze oder längere Stoppen des Atems, das Außer-Puste-Kommen beim Wegrennen vor der Polizei, wie bei Zyed Benna und Bouna Traore in Frankreich (2005). Wilson A. in der Schweiz erzählt, dass er kaum mehr atmen konnte, als er nach einer Kontrolle in Zürich im Jahr 2009 von der Polizei aggressiv angegangen wurde. Das alles zeigt: Polizieren bedingt Verunmöglichung zu atmen für Schwarze Menschen und People of Color, in den USA, in Europa und auch in Deutschland, und das auf mehreren Ebenen. Gleichzeitig wird weißen, relativ wohlhabenden Menschen dadurch Atmen und Sicherheit ermöglicht, was sie zugleich mit dem Ruf nach der Polizei einfordern. Die Dominanzgesellschaft und die Polizei stehen somit in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander, da die Polizei gesellschaftlich angerufen wird, und polizeiliche Praktiken gesellschaftliche Rassismen reproduzieren und bekräftigen.

Für die Überwindung von Polizieren als Bedingung von Atmen

Gerade Schwarze Menschen, Migrant*innen und People of Color, die von mehreren Ungleichheitsverhältnissen gleichzeitig betroffen sind (wie in Armut lebend und asylsuchend, von Transfeindlichkeit und Rassismus betroffen, etc.), illegalisierte Frauen und queere Personen, die Rassismus, Sexismus und Armut erfahren, haben seit vielen Jahren in unterschiedlichen Kontexten Praktiken und Alternativen entwickelt, die keine staatliche Bestrafung anrufen. Diese Alternativen wollen Polizei, Lager und Gefängnisse überwinden und verstehen Schutz und Sicherheit im Rahmen gesellschaftlicher Solidarität und sozialer intersektionaler Gerechtigkeit. Dabei stehen Perspektiven der von verschränkten Formen von Gewalt Betroffenen im Mittelpunkt.

Abolitionismus (Aufhebung), eine theoretische Perspektive, die historisch auf den Kämpfen gegen Versklavung gründet, sowie eine sozio-politische Bewegung, bedeutet nicht einfach Abschaffung. Es geht vielmehr um die Stärkung der Institutionen sozialer Gerechtigkeit, sozio-ökonomischer Absicherung, Zugang zu Bildung, zu medizinischer Versorgung, zum sozialen Wohnen und der Überwindung. Abolitionismus ist damit grundlegend für eine Welt, in der auch Schwarze und migrantisierte Menschen atmen können und ist eine Bedingung linker Solidarität.

»Wir haben viele Fragen«

Am 19. Februar dieses Jahres tötete Tobias Rathjen in zwei Shisha-Bars in Hanau neun Menschen. Danach tötete er seine Mutter und sich selbst. Trauer und Ängste unter den Angehörigen und Freund*innen der Opfer dauern an. Ebenso die Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft. Anfang März hat sich in Hanau die »Initiative 19. Februar« gegründet. Sascha Schmidt sprach für »der rechte rand« mit Newroz Duman über die aktuelle Situation vor Ort und die Arbeit der Initiative.

drr: Vor vier Monaten musstet ihr in eurer Stadt, im Umfeld eures Freundeskreises, einen der schlimmsten rechtsterroristischen Anschläge in der Geschichte der BRD erleben. Wie präsent sind die Geschehnisse vom 19. Februar in Hanau? Wie geht es den Angehörigen und Freund*innen der Opfer?
Newroz Duman: Also ich kann für Menschen, für Angehörige und Betroffene mit denen wir in Hanau zu tun haben, sagen, dass der 19. Februar täglich total krass präsent ist, als wäre es gestern gewesen. Immer wieder kommt der Gedanke: Es kann doch nicht real sein – es kann doch nicht gewesen sein. Es ist weiter sehr schmerzhaft. Bei Freund*innen und Familienangehörigen hat es eine megakrasse Leere hinterlassen. Eine Lücke, mit der alle versuchen umzugehen. Aber es ist nicht einfach. Und bei den Angehörigen weiß ich, dass keine Sekunde und keine Nacht vergeht, ohne an die Geliebten zu denken. Und ich kriege jeden Tag mit, wie wütend alle sind. Das ist etwas, was wir jeden Tag, sieben Tage die Woche miteinander teilen. Und bei Menschen, die in der Familie eine Migrationsgeschichte haben, egal ob sie schon seit drei Generationen da sind, hörst du: Egal wie lange wir hier sind, wir werden aufgrund unseres Aussehens, unserer Namen, immer als ‹die Anderen› betrachtet. Egal, ob wir noch 100 Jahre da sind. Es gibt große Teile dieser Gesellschaft, die, auch wenn sie dich nicht rassistisch attackieren, dich doch als Fremde wahrnehmen. Diese Fremden sind zwar da, aber irgendwie gehören sie nicht wirklich dazu. Dieses Gefühl ist seit dem 19. Februar noch stärker geworden. Beziehungsweise es kommt mehr zur Sprache.

Sprechen wir über eure Initiative: Wie ist sie entstanden?
Wir haben schon am 20. Februar angefangen, uns mit der Frage zu beschäftigten, wie wir die Angehörigen unterstützen können. Und wie wir selbst recherchieren können, was passiert ist. Am ersten Tag danach war noch nicht klar, wer alles direkt betroffen war. Es ging gleich darum, eine Familie direkt zu unterstützen und parallel rauszufinden: Wo sind die anderen Angehörigen? Wo wird getrauert? Wer braucht wo Unterstützung? Wir hatten bereits in Hanau das Netzwerk »Solidarität statt Spaltung«, wo das linke Kulturzentrum »Metzgerstraße«, der DGB und migrantische Vereine seit ein paar Jahren versuchen, gemeinsam eine solidarische Gesellschaft voranzutreiben. Aus diesem Kreis haben wir uns jeden Tag versammelt, um zu schauen, was gemacht werden muss. Am zweiten Tag hatten wir die erste Mahnwache organisiert, um die Namen der Toten an beiden Tatorten ganz laut zu sagen – dann sind wir vom Heumarkt in den Stadtteil Kesselstadt gelaufen. Es war so krass wichtig, dass das passiert ist.

Ihr habt eine Begegnungsstätte in der Hanauer Innenstadt – auf 140qm – so auch der Name des Raumes. Wie ist es dazu gekommen?
Bereits in der ersten Woche war uns klar: Wir brauchen einen Raum. Zehn Tage nach der Tat haben wir diesen Raum gesehen und angemietet. Er ist zentral und direkt gegenüber des ersten Tatortes. Der Grund, warum wir das gemacht haben ist, dass die neun Familien natürlich total unterschiedlich sind. Fünf der Opfer kannten sich aus Kesselstadt. Drei kannten sich aus der Schule. Aber die Familien kannten sich nur vom Sehen beziehungsweise hatten wenig Kontakt. Es waren neun verschiedene Leben, die zerstört wurden. Es war uns wichtig, einen Ort zu schaffen, nicht nur für die Familien, sondern für alle Betroffenen: Augenzeugen, Überlebende, Menschen, die ihre Freunde verloren haben. Einer, der immer offen ist für alle. Dann entwickelte sich der Prozess gemeinsam: Was braucht es, wer macht was?

Welche Bedeutung hat dieser Ort für die Verarbeitung der Trauer? Was findet dort statt?
Das wichtigste, was dort passiert ist, dass Angehörige sich organisieren können. Und die Angehörigen sind jeden Tag hier. Nicht nur um zu trauern, sondern auch um sich darüber auszutauschen, was die Ermittlungsbehörden machen, mit welchen Strategien man an die Öffentlichkeit gehen kann. Das ist so ein krasser, starker Prozess, wie die Betroffenen Entscheidungen gemeinsam treffen und nach Außen auftreten.

Ihr habt vor kurzem eine Spendenaktion für die Begegnungsstätte gestartet und finanziert alles über Spenden. Bekommt ihr keine öffentlichen Gelder oder wolltet ihr die nicht?
Wir bringen in diese Arbeit viel Erfahrung aus der Antirassismus-Arbeit mit. Wir sind in der antirassistischen Bewegung – von den europäischen Außengrenzen bis hier – unterwegs. Unsere Erfahrungen in der Selbstorganisierung haben einfach gezeigt, wie wichtig Unabhängigkeit ist. Das ist der Grund, warum wir keine öffentlichen Gelder haben wollen. Wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, von Ministerien oder Geldgebern, wie wir zu agieren haben, wie wir zu sprechen und wo wir uns zurückzuhalten zu haben.

Eine Delegation der Familienangehörigen der Opfer hat am 14. Mai 2020 in Wiesbaden an einer Innenausschuss-Sitzung im hessischen Landtag teilgenommen. Bereits im April hattet ihr Kritik an der Generalbundesanwaltschaft und den hessischen Behörden gegenüber deren Kommunikation bei den Ermittlungen artikuliert.
Der Auftritt der Angehörigen in Wiesbaden war total wichtig und sehr stark. Sie haben gezeigt, dass sie zusammenhalten und dass sie viele Fragen haben. Aber auch, dass sie vieles wissen. Informationen, die sie selber recherchiert haben. In Wiesbaden ging es darum, Druck auszuüben. Denn es gibt viele Fragen, die auf Landesebene oder



Newroz spricht bei der #unteilbar-Kundgebung 2019 in Dresden.

kommunaler Ebene beantwortet werden könnten, die die Ermittlungen zugleich nicht behindern würden. Es gibt keine plausible Erklärung, warum diese Fragen – beispielsweise über den Polizeieinsatz in der Anschlagsnacht – nicht beantwortet werden. Mitte Mai waren die Obduktionsberichte noch nicht da – so dass die Angehörigen nicht wussten, was in der Nacht passiert war. Daher versuchen die Angehörigen andauernd alles, was passiert ist, selbst zu rekonstruieren – wer wann gestorben ist. Es war so viel Wut da und so viele Fragen, dass es wichtig war zu zeigen: Wir lassen nicht los und wir wollen Antworten. Ja, wir sehen ein, dass es bei den Ermittlungen noch Zeit braucht. Aber wir sehen nicht ein, dass es keinerlei Antworten und noch nicht mal die Obduktionsberichte gab. Erst danach hat sich etwas bewegt.

www.19feb-hanau.org

Was genau hat sich danach bewegt?
In Wiesbaden waren selbst der Bundesanwalt und der Bundesopferbeauftragte da. Sie sind zu den Angehörigen gekommen – ohne Presse – und haben ihnen zugehört. Es wurde versprochen, dass die Anwälte der Angehörigen Akteneinsicht bekommen. Bis dahin wusste keiner, wann die Informationen kommen. Es wurde viel Druck gemacht, von den Angehörigen und ganz besonders von der Presse. Mittlerweile haben die Anwälte teilweise Akteneinsicht bekommen und der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt sind mit den Anwälten in Einzelgesprächen.

Du hast von vielen offenen Fragen gesprochen. Welche sind das?
Eine der wichtigsten Fragen ist für mich: Warum wurde diese Tat nicht verhindert? Warum war das überhaupt möglich? Dass jemand, der der Polizei bereits früher aufgefallen ist, überhaupt Waffen besitzen konnte. Dass die Behörden – einen Monat nachdem im hessischen Wächtersbach ein Eritreer angeschossen wurde – nicht genauer hinschauen, wem sie einen Waffenschein geben. Der Täter von Hanau hat einen Monat nach Wächtersbach einen erweiterten EU-Waffenschein bekommen.

Die Information von einem Vorfall 2017 in Kesselstadt, bei dem ein Mann mit Sturmgewehr auf Jugendliche gezielt hatte, kam von Angehörigen. Diesen Hinweisen ist die Polizei damals nicht nachgegangen. Die Polizei hat nicht mal überprüft, wer in der Gegend alles Waffen besitzt. Heute wissen wir, dass der Täter vom 19. Februar 2019 50 Meter vom Ort des Vorfalles von 2017 gewohnt hat. Weitere Fragen sind: Warum wurden die Angehörigen nach dem 19. Februar nicht menschlich behandelt? Warum wurden ihnen Informationen vorenthalten? Warum wurde ihnen keine Kontaktperson genannt? Warum stellt sich der Innenminister im Landtag hin und sagt: Die Polizei hat am 19. Februar in Hanau alles richtig gemacht? Es hat nur noch gefehlt, dass er sagt, man müsse die Polizei für ihre Arbeit am 19. Februar ehren. Dabei war nichts, was in dieser Nacht passiert ist, vernünftig.

Terror und Gewalt von Rechts sind keine neuen Phänomene. Betroffene gibt es in jedem Bundesland. Seid ihr über die hessische Landesgrenze hinaus mit solchen Initiativen vernetzt?
Einige von uns sind im bundesweiten Netzwerk »We'll come united« vernetzt. Wir haben letztes Jahr sehr viele Veranstaltungen mit dem Tribunal »NSU-Komplex auflösen« gemacht. Auch in Sachsen – in Chemnitz und in Zwickau – sind wir beim Tribunal dabei gewesen. Bei der »Unteilbar«-Demo im August in Dresden haben wir zusammen einen Block organisiert. Das heißt, die Kontakte waren schon vor dem 19. Februar da. Die Demo am 22. Februar in der Hanauer Innenstadt haben wir gemeinsam mit dem Tribunal organisiert. Auf der Bühne sprachen viele Menschen, die Opfer rassistischer Taten wurden oder Rassismus erlebt haben. Wir haben die Demo in zweieinhalb Tagen organisiert. Das hat gezeigt, wie wichtig die Vernetzung ist und wie gut diese bundesweit funktioniert. Das ist das Ergebnis langer Prozesse und gewachsener Netzwerke. Mit der Initiative in Hanau werden wir zum 19. jeden Monats Gedenkveranstaltungen organisieren und werden Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zum Austausch einladen. Bei dem ersten Gespräch war Kutlu Yurtseven von der Initiative »Keupstrasse ist überall« da. Nun geht es darum, Initiativen aus Halle, Duisburg, Mölln, Kassel einzuladen.

Ganz herzlichen Dank für das Gespräch und viel Kraft für Eure weitere Arbeit!



#Prozessauftakt

Rechtsterror

Am 16. Juni 2020 begann vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main der Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Der Hauptangeklagte Stephan Ernst wird zudem des versuchten Mordes an dem Geflüchteten Ahmad E. beschuldigt.

von Cihan Balıkçı und Sascha Schmid

Schon die Akkreditierungen von 200 Reporter*innen von 70 Medienanstalten machten deutlich: Hierbei handelt es sich um einen besonderen Prozess. Der Mord an Dr. Walter Siegfried Lübcke am 1. Juni 2019 ist der erste Mord durch Neonazis an einem bundesdeutschen Politiker seit 1945. Durch die Corona-bedingten Einschränkungen standen der Presse jedoch nur 60 Plätze zur Verfügung – davon lediglich 19 im Gerichtssaal. In der Nacht vor dem ersten Prozesstag fanden sich die ersten Medienvertreter*innen vor dem Gericht ein. Wer nach vier Uhr morgens erschien, musste sich mit einer Audioübertragung im Medienraum eines Nebengebäudes zufriedengeben. Das Justizviertel rund um das Gericht war durch ein großes Polizeiaufgebot geprägt. Der Gerichtssaal musste aufgrund einer Bombendrohung kurz vor Prozessbeginn zunächst mittels eines Sprengstoffspürhunds durchsucht werden.

Die Anklage

Erst am 29. April hatte der Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank Anklage gegen Stephan Ernst und Markus Hartmann erhoben. Neben dem Mord an Walter Lübcke wird Ernst der Verstoß gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. In seiner Wohnung sowie auf dem Gelände seines Arbeitgebers wurden zahlreiche Schusswaffen gefunden, darunter eine halbautomatische Maschinenpistole und 1.402 Schuss Munition. Darüber hinaus wirft ihm die Anklage versuchten Mord an dem Geflüchteten Ahmad E. im Jahr 2016 vor. Hartmann ist wegen psychischer Beihilfe zum Mord an Walter Lübcke angeklagt. Auch gegen ihn läuft aufgrund des Besitzes einer modifizierten vollautomatischen Maschinenpistole ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz.

Die Anklage beruht im Wesentlichen auf einer auf Video aufgezeichneten, rund vierstündigen Aussage von Ernst vom 25. Juni 2019. Diese fand ohne anwaltlichen Beistand statt. Demnach habe er die Tat allein geplant und begangen. Diese Aussage revidierte er Mitte Juli 2019 unter seinem neuen Anwalt Frank Hannig. Im Januar und Februar 2020 sagte Ernst erneut aus, behauptete nun jedoch, Hartmann sei nicht nur an der Tat beteiligt gewesen, sondern habe Lübcke auch erschossen. Der Schuss sei versehentlich ausgelöst worden. Man habe Lübcke nur »einen Denkzettel« verpassen wollen.

Sein damaliger Verteidiger Dirk Waldschmidt habe ihm geraten, Hartmann aus dem Vorgang herauszuhalten. Für diesen Fall habe ihm Waldschmidt finanzielle Unterstützung und Schutz für seine Familie aus der rechten Szene in Aussicht gestellt. Waldschmidt war lange in der NPD aktiv und gilt als Szene-Anwalt. Diesen Ausführungen schenkt die Generalbundesanwaltschaft jedoch mit Verweis auf diverse Ermittlungsergebnisse und widersprüchliche Aussagen keinen Glauben; Ernsts DNA an Leiche und Mordwaffe erhärten diese Einschätzung.

Die Motivation für den Mord sieht die Bundesanwaltschaft zweifelsfrei begründet in Ernsts rassistischer und völkisch-nationalistischer Haltung, in der Vorstellung von einer ethnisch und kulturell homogenen Volksgemeinschaft sowie in der Angst vor »Überfremdung«. Als ausschlaggebendes Tatmotiv führen sowohl die Anklage als auch Ernst die Aussage des Regierungspräsidenten Lübcke bei der Bürgerversammlung in Lohfelden im Oktober 2015 an, wonach es »die Freiheit eines jeden Deutschen« sei, »dieses Land [zu] verlassen«, wenn er die hiesigen Werte nicht teile. Außerdem macht Ernst Lübcke für islamistische Attentate, Übergriffe und Morde durch Muslime verantwortlich. Mit dessen Ermordung habe er ein Fanal gegen die vermeintlichen Folgen der sogenannten »Grenzöffnung« 2015 setzen wollen. Bestätigung habe Ernst nicht nur von dem Mitangeklagten, sondern auch von szene-unverdächtigen Arbeitskolleg*innen bekommen. Dass angeblich »die Deutschen aussterben« würden und »Deutschland nicht souverän« wäre, sei laut Ernst immer wieder Thema gewesen.

Kundgebung unweit des Frankfurter Gerichts

Neonazis mit langer Vorgeschichte

Ein Blick auf die Vita der beiden Angeklagten macht deutlich: Beide sind seit über 25 Jahren durch rassistische Taten oder Aktivitäten in extrem rechten Strukturen auffällig geworden. Stephan Ernst verübte bereits 1989, als 15-Jähriger, einen rassistisch motivierten Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus im hessischen Rheingau-Taunus-Kreis. 1992 stach er in einer öffentlichen Toilette im Wiesbadener Hauptbahnhof einen Imam mit einem Messer nieder. Im Jahr darauf setzte er ein Auto, in dem eine Rohrbombe deponiert war, zwischen Wohncontainern einer Asylunterkunft im Rheingau-Taunus-Kreis in Brand. Zu dieser Zeit hatte er nach heutigem Stand keinerlei Kontakt zur organisierten rechten Szene. Sowohl vor als auch nach der aus dem Mordversuch in Wiesbaden folgenden Verurteilung zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe, beging Ernst weitere Straftaten. Wieder in Freiheit zog er schließlich nach Kassel, wo er sich der Neonazi-Szene zuwandte.

Dort traf er Markus Hartmann, der schon als Teenager an Treffen der militanten Szene, beispielsweise auf einem Anwesen in Mainz-Gonsenheim, teilnahm und sich Mitte der 1990er Jahre im Umfeld der »Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) bewegte (s. drr Nr. 184). Gemeinsam agierten Ernst und Hartmann seit Beginn der 2000er Jahre in der Kasseler Kameradschaftsszene und nahmen bundesweit an zahlreichen Aufmärschen teil. Zusätzlich bewegte sich Ernst im Kreis der NPD. Einschneidend sei für ihn, laut eigener Aussage, der Angriff am 1. Mai 2009 in Dortmund auf eine Kundgebung des DGB gewesen, infolge dessen er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Danach habe er sich aus Szeneaktivitäten zurückgezogen. Bekannt ist jedoch, dass er 2011 an einer rechten Sonnenwendfeier teilnahm. Spätestens im Jahr 2011 kreuzten sich die Wege der beiden Angeklagten erneut über die Anstellung bei einem Zeitarbeitsunternehmen.

Gemeinschaftlich geplante Tat?

Der Generalbundesanwalt geht davon aus, dass beide sowohl ein freundschaftliches Verhältnis als auch die politische Haltung verband. Die gemeinsame Teilnahme an Versammlungen, unter anderem der »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Jahren 2016 bis 2018, habe das Weltbild der beiden gestützt. Spätestens seit 2014 hätten sie laut Anklage die Überzeugung geteilt, dass alle Deutschen eine möglichst große Anzahl an Schusswaffen bräuchten. In den gemeinsamen Schießübungen sieht der Bundesanwalt zudem ein stillschweigendes Einverständnis zu einer gewaltsamen Aktion und damit die psychische Beihilfe Hartmanns zum Mord an Lübcke. Darüber hinaus geht die Anklage davon aus, dass Hartmann Kenntnis von Ernsts Plänen hatte. Indizien hierfür seien ein bei Hartmann gefundenes Buch, »Umvolkung« von Akif Pirinçci, in dem der Name Dr. Walter Lübcke farblich markiert gewesen sei, sowie eine am Tag nach der Tatnacht gelöschte Chatkommunikation zwischen den Angeklagten. Laut Anklage war in dem Chat ein über viele Jahre in der nordhessischen militanten Szene aktiver Neonazi eingebunden, was Fragen nach einer dritten involvierten Person aufwirft. Ungeklärt blieb bisher auch die Zeug*innenaussage, wonach kurz nach der Tat zwei Fahrzeuge von Lübckes Haus weggefahren seien. Bemerkenswert hinsichtlich des Beihilfe-Vorwurfs gegenüber Hartmann sind ihm zugeschriebene Beiträge aus einem Neonaziforum von 2004. Demnach habe er dort Gewalt »gegen die richtigen Leute«, die »die wahren schuldigen [sic!]« seien, beispielsweise Politiker, befürwortet. Es gelte: »gezielt zuschlagen« – »nicht nur mit den Fäusten«.

Mordversuch an Ahmad E.

Unabhängig vom Mord an Walter Lübcke wird Ernst versuchter Mord an einem im Irak geborenen Geflüchteten im Januar 2016 vorgeworfen. E. wohnte damals in jener Erstaufnahmeeinrichtung in Lohfelden, deren Eröffnung Anlass für die besagte Bürger*innenversammlung im Oktober 2015 war. Ernst soll sich laut Anklage auf einem Fahrrad E. von hinten genähert und diesem gezielt ein Messer in den Rücken gestochen haben. Sein Opfer habe er seinem völkisch-nationalistischen Verständnis folgend willkürlich und stellvertretend für Geflüchtete ausgewählt, um unter diesen Angst zu verbreiten. Ernst, dessen Wohn- und Arbeitsort sich in räumlicher Nähe zur Erstaufnahmeeinrichtung befanden und dessen Anwesenheit am Tattag vor Ort durch Videoaufnahmen nachgewiesen werden soll, bestreitet die Tat. Im Keller seines Hauses wurde jedoch die Tatwaffe sichergestellt. Der Bundesanwalt sieht in dieser Tat Parallelen zum Mordversuch aus dem Jahr 1992 in Wiesbaden. Es stellen sich bezüglich der Ermittlungen hierzu jedoch die Fragen, warum Ernst zwar zeitnah zur Tat von der Polizei vernommen und sein Fahrrad in Augenschein genommen, jedoch dieser Spur nicht nachgegangen wurde. Und: Warum gingen die Beamt*innen zunächst nicht von einem rassistischen Motiv aus?

Zäher Prozessbeginn

Die ersten beiden Prozesstage waren maßgeblich geprägt von zahlreichen Anträgen der Verteidigungen. So stellte die Verteidigung von Ernst, Mustafa Kaplan und Frank Hannig, gleich zu Beginn des Prozesses einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Thomas Sagebiel sowie einen Ausschlussantrag von Hartmanns Verteidigerin Nicole Schneiders. Kaplan war Nebenklagevertreter im NSU-Prozess sowie Anwalt des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gegen Jan Böhmermann. Schneiders verteidigte im NSU-Prozess Ralf Wohlleben und war über viele Jahre in der Neonazi-Szene aktiv. Da sie Ernsts vormaligen Verteidiger Waldschmidt in einer anderen Strafsache vertritt, habe Schneiders gegenüber Hannig und Kaplan möglicherweise einen Wissensvorsprung. Diesen Vorgang habe Sagebiel ignoriert, was den Grund für den Abberufungsantrag darstelle. Hannig befand zudem, der Gesundheitsschutz mit Blick auf die Corona-Pandemie sei nicht gewährleistet und die Teilnahme der Presse und Öffentlichkeit dadurch eingeschränkt.



*Kundgebung der AfD in Eisenach am 1. Mai 2018 mit dem Hauptredner Björn Höcke vom »Flügel« der Partei. Unter den Teilnehmer*innen ist auch Stephan Ernst (Bildmitte, mit Schirmmütze), der mutmaßliche Mörder des CDU-Politikers Wolfgang Lübcke*

Hartmanns zweite Verteidigung, Björn Clemens – Burschenschafter der »Marburger Rheinfranken«, ehemaliges führendes Mitglied der Partei »Die Republikaner« –, der als Szene-Anwalt gilt, beantragte die Aussetzung des Verfahrens, mit Verweis auf die zu geringe Zeit zum Lesen der 90.000 Aktenseiten. Zudem forderte er die Aufhebung des Haftbefehls für seinen Mandanten, da dieser durch die mediale Berichterstattung im Vorfeld des Prozesses quasi vorverurteilt worden sei.
Das Gericht wies im Lauf der ersten Prozesstage alle Befangenheitsanträge ab. Aufgrund der zahlreichen, antragsbedingten Unterbrechungen konnten lediglich die Anklage verlesen sowie die genannten Videomitschnitte von Ernsts Aussagen vorgeführt werden. Hannig kündigte jedoch an, dass Ernst »umfassend und vollständig« zu den Vorwürfen Stellung nehmen werde – allerdings wohl erst frühestens nach der Sommerpause.

Viele Fragen für neuen Untersuchungsausschuss in Hessen

Insbesondere bezüglich des fragwürdigen Umgangs der hessischen Sicherheitsbehörden mit den Angeklagten stellen sich diverse weitere Fragen zu Ernst und Hartmann und zu weiteren ungeklärten Taten in Kassel. Mit diesen könnte sich der parallel zum Prozessbeginn eingesetzte Untersuchungsausschuss (UA) im Hessischen Landtag befassen.
Unter anderem haben die Ermittlungen den Fokus auf zwei mutmaßlich rechts motivierte Mordversuche in Kassel geworfen, die jedoch nicht Gegenstand des Prozesses sind. So sollen am Abend des 6. August 2001 mehrere Schüsse auf einen Wagenplatz in Kassel abgefeuert worden sein. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Zwei Bewohner*innen fanden am Tag darauf Patronenhülsen und erstatteten Anzeige. Nach einer einmaligen Untersuchung des Tatortes durch die Polizei hörten die Bewohner*innen nie wieder etwas von den Behörden. Bemerkenswert ist, dass Hartmann – nach Recherchen von NSU-Watch – vor und nach der Tat lange Zeit unweit von diesem Wagenplatz und nur wenige Gehminuten vom Standpunkt des Schützen entfernt gewohnt hat.
Am 20. Februar 2002 entging ein Lehrer in Kassel, der sich öffentlich gegen die extreme Rechte engagierte, nur knapp einem Anschlag, als ein Schuss durch sein Küchenfenster schlug. Auch hier blieben die Ermittlungen ergebnislos. Bei der Hausdurchsuchung, nach Ernsts Festnahme im Juni 2020, wurden Dateien mit etwa 60 Einträgen mit Informationen über Institutionen und Personen gefunden. Nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks und des Magazins Der Spiegel befanden sich darunter auch Daten des Betroffenen des Anschlags. Ein Abgleich des 2002 in der Küche eingeschlagenen Projektils mit den bei Ernst gefundenen Waffen ist jedoch nicht mehr möglich. Sowohl die Akte als auch das Projektil seien inzwischen vernichtet worden, wie die zuständige Staatsanwaltschaft Pressevertreter*innen mitteilte. Die Polizei habe die Tat als versuchte gefährliche Körperverletzung gewertet, bei der die Aufbewahrungsfrist bei nur zehn Jahren liegt.

Des Weiteren ist unklar, ob Hartmann Kenntnisse über die Hintergründe zum bislang ungeklärten Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 hat. Kurz nach der Tat hatten ihn Beamt*innen vorgeladen, da er auffallend häufig eine Internetseite der Polizei zu den Ermittlungen aufgerufen hatte. Obwohl Hartmann angab, Halit Yozgat persönlich gekannt zu haben und Halits Vater die Polizei nach dem Mord auf Rassismus als mögliches Motiv hingewiesen hatte, dauerte die Vernehmung des Neonazis nur wenige Minuten. Außerdem ist zu klären, wie Hartmann an als »Verschlusssache« gekennzeichnete Schulungsunterlagen der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung über Fahndungen bei »terroristischer Gewaltkriminalität« gelangen konnte.
Fragen muss sich zudem wieder einmal das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen stellen lassen – insbesondere zum Umgang mit den Angeklagten. So berichtete der Norddeutsche Rundfunk, das LfV habe 1998 versucht, Hartmann als V-Mann anzuwerben, sei von diesem jedoch abgewiesen worden. 2015 hielt ein Verbot gegen Hartmann über den Besitz einer Schusswaffe vor Gericht nicht stand, da das LfV angab, er wäre über fünf Jahre politisch nicht aktiv gewesen. Tatsächlich lagen dem Landesamt gegenteilige Informationen vor. Die erstrittene Waffenbesitzkarte ermöglichte es Hartmann schließlich, legal Waffen zu besitzen und regelmäßig mit Ernst Schießübungen durchzuführen. Schließlich wurden die elektronischen Akten des LfV über die Angeklagten 2015 beziehungsweise 2016 gesperrt. Das LfV gab rückblickend an, beide als »abgekühlt« betrachtet zu haben. Dabei galt Ernst, laut einer internen Notiz, 2009 noch als »brandgefährlich« und ist in einem geheimen Bericht über die extrem rechte Szene in Hessen (zwischen 1992 und 2012) mehrmals erwähnt worden.
Nachdem der UA zum Mord an Halit Yozgat zwar Einblicke in die Arbeit der Behörden lieferte, die genauen Umstände des Mordes und die Rolle des Landesamts aber nicht aufklären konnte, wird sich nach der Sommerpause des Landtags zeigen, ob im neuen Ausschuss bisherige Fehler wiederholt werden.

NSU-Watch Hessen begleitet sowohl den Prozess, als auch den Untersuchungsausschuss.
https://hessen.nsu-watch.info

#Anwalt

Frank Hannig: Rassistischer Einheizer

von Philipp Klein



Anfang Juli 2019 ging eine Meldung durch die Presse: Der für die Tötung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke dringend Tatverdächtige, Stephan Ernst, hat einen neuen Verteidiger und kurz darauf sein Geständnis widerrufen. Seitdem versucht Ernst mit dem Dresdner Rechtsanwalt Frank Hannig die Berichterstattung in andere Bahnen zu lenken. Durchaus mit Erfolg: Mit allerhand Ankündigungen und gezielt gestreuten Informationen gelang es den beiden um den Jahreswechsel, die Nachrichten zum Mord zu dominieren. Journalist*innen griffen die angebotenen Informationen und Spins auf und machten sie einem großen Publikum bekannt. Der Anwaltswechsel hat sich bezahlt gemacht: Für Stephan Ernst, aber auch für die neonazistische Szene insgesamt, die hinter den von Hannig verkündeten Schuldabwehr-Narrativen in Deckung gehen konnte. Ein Zufall ist diese Inszenierung allerdings nicht.

Wer ist Frank Hannig?

Der 1970 in Halle geborene Hannig verpflichtete sich noch im September 1989 für eine Offizierslaufbahn bei der DDR-Staatssicherheit und musste wegen des Falls der Mauer wenig später umsatteln. Er studierte stattdessen Jura an der Universität Nürnberg-Erlangen und eröffnete anschließend eine Kanzlei in Dresden. Neben seiner beruflichen Tätigkeit suchte er immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit und das politische Spielfeld. Etwa, als er 2008 in der sächsischen Kleinstadt Mügeln in Folge eines Umweltskandals versuchte, parteiloser Bürgermeister zu werden. Oder als er 2010 Angela Merkel aufgrund des Ankaufs einer Steuer-CD wegen Hehlerei anzeigte. Er habe darin eine »Aufforderung zum Denunziantentum« erkannt, so seine Begründung. Sein CDU-Parteibuch, er hatte es erst 2009 bekommen, gab er bald darauf wieder ab.

Im Frühjahr 2015 tauchte Hannig im Umfeld von PEGIDA auf. Die Gründungsmitglieder hatten sich zerstritten, der Trägerverein lag brach. Der Anwalt unterstützte in dieser Situation die Neugründung des PEGIDA-Fördervereins e.V. mit Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz an der Spitze. Er leitete und protokollierte die Gründungssitzung und verwaltete über Monate ein Treuhandkonto für den Verein. Seinen Beitrag zur Fortführung von PEGIDA versuchte er öffentlich als »Anwaltspflicht« zu verkaufen. Dabei hat seine Unterstützung einer politischen Bewegung die Existenz gesichert, die von Beginn an unter Einsatz von Gewalt rassistische Hetze salonfähig gemacht hat.

Im Oktober 2015 trat Hannig als Sprecher einer Elterninitiative einer Dresdner Grundschule auf, die gegen die Unterbringung von Asylsuchenden im Nachbargebäude protestierte. In einer Pressemitteilung schrieb er: »Durch die Unterbringung von Flüchtlingen in baulich nicht von der Schule abgegrenzten Räumen ist die Sicherheit unserer Kinder nicht gewährleistet.« Zur Begründung verwies er sowohl auf »rechte als auch linke Krawallmacher, politische Parteien und Bürgerbewegungen, die die Situation an der Schule für ihre Zwecke vereinnahmen werden und dort demonstrieren wollen«, auf zu erwartende »Konflikte unter den Flüchtlingen« sowie auf »hygienische und gesundheitliche Risiken für unsere Kinder«.

Die Elterninitiative schürte einseitig den Konflikt: Kinder wurden nicht mehr zur Schule geschickt, die Lehrer*innen zum Streik aufgefordert. Die Schule rückte über Tage in den öffentlichen Fokus. Rechte Netzwerke um NPD, »Freie Kameradschaft Dresden« (FKD) und »Gruppe Freital« eskalierten in dieser Situation weiter. In der Nacht zum 7. Oktober 2015 versuchten drei Personen aus dem Umfeld der FKD das Gebäude mit vier Molotowcocktails in Brand zu stecken, richteten aber nur geringen Sachschaden an. Eine Kundgebung der lokalen Willkommensinitiative wenige Tage später wurde von einer Ansammlung von 150 Neonazis und Anwohner*innen attackiert. Die Polizei war unvorbereitet und bekam die Lage erst nach Stunden in den Griff. Der zuständige Revierleiter machte jedoch im Nachgang die Willkommensinitiative verantwortlich: Ihre Kundgebung sei »eine Provokation« gewesen. Die Grundschule wurde letztlich an einen anderen Standort verlegt. Hannig und die Elterninitiative konnten ihr Ziel durchsetzen.

Szeneverteidiger

2017 vertrat Hannig den Angeklagten Bernd G. im Arnsdorf-Prozess. Vier Personen wurden der Freiheitsberaubung beschuldigt, weil sie einen psychisch kranken Iraker im Mai 2016 vor einem Einkaufsmarkt in Arnsdorf bei Dresden an einen Baum gefesselt hatten. Ein Video zeigt, wie der Mann im Markt mit Verkäufern diskutiert, als zielstrebig vier dunkel gekleidete Personen dazukommen, den Mann greifen und unter Schlägen und Beschimpfungen aus dem Markt zerren. Das folgende Ermittlungsverfahren war Gegenstand einer »Ein Prozent«-Kampagne samt Video mit den Beschuldigten. Sie schildern darin ihre Sicht auf die Dinge – lassen aber ihr gewalttätiges Vorgehen unter den Tisch fallen. Am 27. April 2017 stellte der Richter den Prozess kurz nach dessen Beginn ein, es seien nur geringfügi-

ge Strafen zu erwarten, so die Begründung. Ein Erfolg für die rechte Kampagne, an der auch Hannig mitwirkte. Noch am Abend, es war ein Montag, sprach er bei PEGIDA vor einigen hundert Teilnehmenden. Wieder mimte er den Experten, den allein die Sorge um den Rechtsstaat umtreibe. Aber um juristisch korrekte Aussagen ging es ihm nicht. »Dieser Mann ist unschuldig«, behauptete Hannig gleich zu Beginn seiner Rede über seinen Mandanten. Der Strafverteidiger wird wissen, dass das nicht stimmt, denn das Gericht hat gar nicht über Schuld oder Unschuld entschieden. Mit seiner Rede bei PEGIDA, gespickt mit rassistischen Auslassungen oder dem Vorwurf, die Presse sei zusammen mit den sozialen Medien Wiedergänger mittelalterlicher Henker und Hexenjäger, zeigte er seine politische Agenda. Und Hannig ermunterte dazu, wie sein Mandant zu handeln, denn das sei schließlich eine »Coole Nummer!« gewesen.
Bevor Ende 2019 Arnsdorfs amtierende SPD-Bürgermeisterin nach Jahren rechten Mobbings ihren Rücktritt erklärte, sprach sie in einem Zeitungsinterview darüber, wie die Hetze seit 2015 zur Bürgermeister*innenwahl zunahm, sich nach dem Bürgerwehr-Vorfall 2016 nochmal verschärfte und auf sie konzentrierte. Wie zum Beleg für diese Aussage, folgte eine Pressemitteilung von Frank Hannig: Er habe die Bürgermeisterin wegen Verleumdung und übler Nachrede im Namen seiner Mandanten Bernd G. und Detlef Oelsner, ehemaliger CDU-Gemeinderat, 2015 Bürgermeisterkandidat und heutiger AfD-Gemeinde- und Kreisrat, angezeigt. Es sei »unwahr«, dass sie Teil einer Bürgerwehr seien, denn der Prozess habe gezeigt, dass eine solche Bürgerwehr nicht existiere. Dass auch diese Aussage juristischer Unsinn ist, dürfte Hannig klar sein.

Szenepolitiker

2019 kandidierte Hannig auf der Liste der »Freien Wähler« zur Kommunalwahl und zog als einer von vier Vertreter*innen des Wahlvereins in den Dresdner Stadtrat ein. Dort arbeitet er jetzt unter anderem mit der rechten Buchhändlerin Susanne Dagen und Jens Genschmar zusammen, einem regelmäßigen PEGIDA-Gänger, der aber von sich meint, »keinesfalls rechts« zu sein. Auffällig war diese Konstellation bereits im Vorfeld der Wahl. Weitere Kandidat*innen auf der »Freie Wähler«-Liste machten deutlich, dass hier rechte Strippenzieher*innen der Stadt neben der »Alternative für Deutschland« (AfD) ein neues Sammelbecken gründeten, um mit einem vermeintlich neutralen Label auf Stimmenfang zu gehen. Durchaus mit Erfolg: Auch die »Freien Wähler« erzielten Fraktionsstatus und erlangten Zugriff auf Ausschussposten und Fraktionsmittel. Inhaltlich unterscheiden sie sich hingegen kaum von der AfD: In wesentlichen Entscheidungen stimmen beide Fraktionen gleich ab. Die Nähe zur AfD ist auch bei Hannig offensichtlich. So gab er im Januar 2020 dem bayerischen AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron ein Interview. Anlass war der Tod eines Feuerwehrmanns in Augsburg, nachdem dieser von einem Jugendlichen gegen den Kopf geschlagen wurde. Hannig griff den Fall in seinem persönlichen YouTube-Kanal auf und garnierte seine vermeintliche Anteilnahme mit allerhand kulturalistischen Unterstellungen über »die« Täter*innen: Es gebe Kulturen, in denen die »Ermahnung durch einen Passanten« mit Totschlag beantwortet werde und »Brände in Zimmern« seien ein Phänomen, das mit seit 2015 eingewanderten Migrant*innen zusammenhänge.
Die rassistische Haltung Hannigs zeigt sich in vielen seiner Videos. Sie ist der rote Faden, der sich zusammen mit der PEGIDA-üblichen, pauschalisierenden Medien- und Politikschelte durchzieht. Bemerkenswert ist eine Aufnahme von Anfang 2020, in der sich Hannig über angebliche »Kulturkreise« auslässt, in denen das Messer gezückt wird, um Konflikte auszutragen. Das sei in Deutschland »schon seit mehreren hundert Jahren« nicht mehr üblich, behauptet der studierte Jurist und schlägt vor, darüber nachzudenken, Herkunft aus bestimmten »Kulturkreisen« als strafverschärfendes Kriterium zu berücksichtigen. Er sei gespannt, so Hannig weiter, ob Jurist*innen auf dieses Thema aufspringen, ob darüber mal diskutiert werde.

Was bleibt?

Frank Hannig ist ein Musterbeispiel für die aktuelle Ausprägung rechter Politik. Man gibt sich eine vermeintlich bürgerlich-rechtsstaatliche Fassade, greift dann umso ungenierter altbekannte Ressentiments auf, verdichtet sie zu Reiz-Reaktions-Schlüsselworten und bietet sie auf allen Kanälen in endlosen Wiederholungen an. Um Diskurs geht es dabei nicht, sondern um die Durchsetzung nationalistisch-rassistischer Positionen und Narrative. Von der Realität lässt sich einer wie Hannig dabei nicht beeindrucken.
Während des Prozesses gegen Stephan Ernst sollte man sich deshalb vergegenwärtigen, wer dessen Verteidiger Frank Hannig eigentlich ist, bevor man sich von ihm ins Notizbuch diktieren oder ihn in ein Mikrophon sprechen lässt. Im Zweifel spielt man damit sein mediales Spiel um die Deutungshoheit mit.

Kein »Tag der deutschen Zukunft« mehr

Worms. Am 6. Juni 2020 hat laut Dieter Riefling der »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) zum letzten Mal stattgefunden. Die seit Jahren abnehmende Zahl an Teilnehmer*innen betrug in diesem Jahr nur noch rund 50 Neonazis. Zu Gegenprotesten aufgerufen hatten das lokale Wormser Bündnis gegen Naziaufmärsche und das überregionale Bündnis »Block TddZ«, zu denen unter anderen verschiedene Antifa-Gruppen, Linksjugend und Fridays for Future-Gruppen zählen. Rund tausend Gegendemonstrant*innen blockierten die Route und stoppten den Aufmarsch nach etwa 300 Metern. Die Polizei stellte etwa 500 Anzeigen wegen Landfriedensbruch. Der TddZ hatte seit 2009 jährlich in wechselnden Städten stattgefunden. Zu seinen erfolgreichsten Zeiten, beispielsweise 2016 in Dortmund, folgten rund 1.000 Neonazis dem Aufruf der Veranstalter Christian Worch und Dieter Riefling.

Norwegischer Rechtsterrorist in Sicherheitsverwahrung

Sandvika/Norwegen. Am 11. Juni 2020 ist der 22-jährige Rechtsterrorist Philip Manshaus wegen Terrorismus und Mordanschlags auf eine Moschee zu 21 Jahren Sicherheitsverwahrung verurteilt worden. Die Mindestverwahrdauer beträgt 14 Jahre, zudem muss er eine Entschädigung an die Betroffenen zahlen und für die Gerichtskosten aufkommen. Das Gericht teilte mit, die Haft könne unbegrenzt verlängert werden. Der Mann hatte am Vorabend des islamischen Opferfestes, am 10. August 2019, ausgerüstet mit kugelsicherer Weste, Helm und Helmkamera sowie mehreren Schusswaffen, eine rund 20 Kilometer westlich von Oslo gelegene Moschee angegriffen. Er konnte aber von einem Besucher der Moschee überwältigt werden, bevor jemand getötet wurde. Zuvor hatte der Täter jedoch seine aus China stammende Stiefschwester, vermutlich aus rassistischen Motiven, mit vier Schüssen aus einem Jagdgewehr ermordet. Während des Prozesses hatte sich der Täter mehrfach rassistisch und islamfeindlich geäußert und zeigte sich enttäuscht, nicht mehr Schaden angerichtet zu haben. Dabei bezog er sich positiv auf das Attentat im neuseeländischen Christchurch.

Kult-Schriftsteller der »Neuen Rechten« ist tot

Paris/Frankreich. Am 13. Juni 2020 ist der französische Schriftsteller Jean Raspail im Alter von 94 Jahren in Paris verstorben. Sein 1973 erschienenes Buch »Das Heerlager der Heiligen« behandelt ein Szenario, in dem eine Million Inder*innen an der französischen Mittelmeerküste ankommen, was zum »Untergang des Abendlandes« beitrage. Es gilt als Kultbuch der »Neuen Rechten«, wurde rund zwei Millionen Mal verkauft und in neun Sprachen übersetzt. 2015, im Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise, stand es kurzzeitig an der Spitze der Amazon-Verkaufscharts. Eine Sammlung seiner Texte mit dem Titel »Der letzte Franzose«, in denen er vor dem Verlust einer »europäischen Identität« warnt, und weitere Bücher Raspails wurden von Götz Kubitscheks »Antaios Verlag« übersetzt und herausgegeben. Extreme Rechte wie Marine LePen oder Steve Bannon zitierten aus Raspails Texten.

»Identitäre« in Halle vor Gericht

Halle. Am 18. Juni 2020 begann am Amtsgericht Halle der Prozess gegen Mario Müller und Dorian Schubert, die beide der »Identitären Bewegung« (IB) zugerechnet werden. Beiden wurde vorgeworfen, in der Nacht des 20. November 2017 zwei zivile Polizeibeamte angegriffen zu haben. Nach zwei Verhandlungstagen endete das Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung mit einer Bewährungsstrafe von acht Monaten zusätzlich zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro für Müller und einem Freispruch für Schubert aus Mangel an Beweisen. Ob gegen das Urteil Revision eingelegt wurde, ist nicht bekannt. Das Haus der »Identitären Bewegung« in der Adam-Kuckoff-Straße 16, vor dem der Vorfall stattgefunden hatte, hat die IB mittlerweile aufgegeben.

Erneuter Brandanschlag in Neukölln

Berlin. Am Abend des 18. Juni 2020 wurde im Berliner Stadtteil Neukölln erneut ein Brandanschlag auf ein Auto verübt. Direkt neben dem Tatort wurde ein Hakenkreuz an ein Haus gesprüht, in dem sich eine syrische Bäckerei befindet. Laut den Betreiber*innen wurde die Bäckerei bereits zum siebten Mal Opfer eines rechten Anschlags. Seit 2010 wurden von Neonazis immer wieder Fassaden mit Drohungen und NS-Symbolen beschmiert, Migrant*innen und Antifaschist*innen bedroht, Fenster eingeworfen und Brandanschläge verübt. Die auf Initiative des Innensenators eingerichtete Ermittlungsgruppe »BAO Fokus« des LKA soll bisher ungeklärte Fälle untersuchen und Hinweise nach möglichen Verbindungen zwischen Personen aus dem extrem rechten Spektrum und der Neuköllner Polizei untersuchen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Täter über Informationen aus Polizeikreisen verfügen. Die »BAO Fokus« ermittelte bisher in 72 Fällen extrem rechter Straftaten. Opferberatungsstellen gehen dagegen von einer weitaus höheren Zahl aus. Gegen zwei Verdächtige wurde im November 2019 Anklage wegen Propagandadelikten erhoben. Auf einer Festplatte eines Verdächtigen wurden kürzlich umfangreiche Datensätze gefunden, die Text- und Bilddateien von etwa 500 vermeintlichen politischen Gegner*innen enthalten.

Dänischer Parteivorsitzender verurteilt

Kopenhagen/Dänemark. Am 25. Juni 2020 ist der Vorsitzende der dänischen extrem rechten Partei »Stram Kurs«, Rasmus Paludan, wegen Verstoßes gegen das Anti-Rassismusgesetz und das Gesetz zur Verleumdung, das Straßenverkehrsgesetz sowie wegen eines Vorwurfs wegen Datenschutzverletzung zu drei Monaten Haft (davon zwei auf Bewährung) verurteilt worden. Außerdem darf er in den kommenden drei Jahren nicht mehr als Anwalt tätig sein, seine Fahrerlaubnis wurde entzogen und er muss eine Geldstrafe von rund 40.000 dänischen Kronen (etwa 5.370 Euro) zahlen. Paludan bestritt die Vorwürfe gegen ihn und legte Berufung gegen das Urteil ein. Kurz nach dem Urteil bat er in sozialen Netzwerken um Spenden, um die vom Gericht auferlegte Entschädigung an eine somalische Frau, die er beleidigt hatte, zahlen zu können.

Kommunalwahlen in Frankreich

Frankreich. Bei den Kommunalwahlen in Frankreich am 28. Juni 2020 ist die Grüne Partei als Wahlsiegerin hervorgegangen. Im zweiten Wahlgang lag die Wahlbeteiligung unter 41 Prozent. Die extrem rechte Partei »Rassemblement National« (RN) unter Marine LePen konnte ihren Erfolg auf kommunaler Ebene nicht ausbauen. Im ersten Wahlgang wurden die RN-Bürgermeister der Städte Fréjus, Hénin-Beaumont und Hayange bestätigt. In Perpignan gewann der RN-Kandidat Louis Aliot die Stichwahl. Bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2014 wurde die Partei, damals noch als »Front National«, in 463 Gemeinden in den Stadtrat gewählt. Dieses Mal gelang der Einzug nur noch in 258 Gemeinden. Die Kommunalwahlen gelten auch als Stimmungstest für die Präsidentschaftswahlen, die 2022 stattfinden sollen.

Türkische Nationalist*innen greifen Demonstrant*innen an

Wien/Österreich. In der Woche nach dem 27. Juni 2020 ist es im 10. Wiener Gemeindebezirk, Favoriten, mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen extrem rechten türkischen Nationalist*innen und Anhänger*innen antifaschistischer und kurdischer Gruppen gekommen. Zuerst wurde eine Demonstration, die sich gegen jüngste Morde an kurdischen Aktivist*innen in der Türkei richtete und von linken kurdischen Gruppen organisiert worden war, von mutmaßlichen Anhänger*innen der »Grauen Wölfe« angegriffen. Die Demonstrant*innen mussten sich in dem nach dem von Neonazis ermordeten Antifaschisten benannten Ernst-Kirchweger-Haus in Sicherheit bringen, ehe das Haus von den Verfolgern belagert wurde. Als sich nach den Übergriffen erneut antifaschistische Gruppen versammelten, provozierten über soziale Netzwerke organisierte Gruppen türkischer Nationalist*innen erneut, unter anderem mit dem in Österreich verbotenen »Wolfsgruß«. Sie warfen Feuerwerkskörper in Richtung der Kundgebung, versuchten, diese zu stürmen und lauerten abreisenden Teilnehmer*innen auf, ehe sie zum Ernst-Kirchweger-Haus zogen, um dort die Fenster einzuschlagen und Brandsätze in das Gebäude zu werfen. Auch in den folgenden Tagen gab es vereinzelte Angriffe auf Demonstrationen.

Präsidentschaftswahlen in Polen

Warschau/Polen. Im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl hat der amtierende nationalkonservative Präsident Andrzej Duda (PiS) rund 43 Prozent der Stimmen erhalten und konnte damit sein Ergebnis gegenüber der ersten Wahlrunde vor fünf Jahren um neun Prozentpunkte verbessern. Der Liberale Rafal Trzaskowski, Bürgermeister von Warschau, landete mit rund 30 Prozent auf dem zweiten Platz. Der extrem rechte nationalistisch marktradikale Kandidat Krzysztof Bosak erhielt 6,75 Prozent der Stimmen. Die Bosak-Anhänger*innen könnten laut Umfragen am Ende die entscheidenden Stimmen liefern und wurden offenbar aufgrund dessen in einem Tweet bereits von Trzaskowski umworben. Am 12. Juli fand die Stichwahl statt, die Duda sehr knapp gewann.

Waffen

Im gesamten Bundesgebiet wurden im Zeitraum zwischen Mai und Juli 2020 im Rahmen von Hausdurchsuchungen bei Personen aus dem rechten beziehungsweise dem »Reichbürger«-Spektrum Waffen und Sprengstoff gefunden. Anfang Mai wurden bei einer Hausdurchsuchung in Buchenberg (Allgäu) mehrere Waffen, Munition, Sprengstoffe und Drogen sichergestellt. Daneben fand die Polizei Reichskriegsflaggen und andere NS-Devotionalien. Im Mai wurden auf dem Privatgrundstück eines Soldaten des »Kommando Spezialkräfte« der Bundeswehr Waffen und Sprengstoff gefunden. Anfang Juli gab es in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern Hausdurchsuchungen im rechten Milieu. Dabei wurden Waffen und Waffenteile gefunden. Bei einem der Durchsuchten handelt es sich um einen Reservisten der Bundeswehr. Bei ihm wurde zudem eine sogenannte »Feindesliste« mit 17 Namen von Politiker*innen und Prominenten gefunden. Ebenfalls Anfang Juli fanden Hausdurchsuchungen in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Österreich statt. Auch hier wurden Waffen beschlagnahmt. Ermittelt wird zudem wegen möglicher Waffenlieferungen aus Kroatien.

»Kommando Spezialkräfte«

Calw. Am 30. Juni hat die Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) Konsequenzen aus den fortlaufenden extrem rechten Vorkommnissen und Aktivitäten von Mitgliedern des »Kommando Spezialkräfte« (KSK) gezogen. Das KSK soll grundlegend reformiert werden, einzelne Kompanien werden aufgelöst. Zuletzt wurde bekannt, dass bei der Spezialeinheit 48.000 Schuss Munition und 62 Kilogramm Sprengstoff verschwunden sind. Das 1996 gegründete KSK ist spätestens seit dem damaligen Kommando von Reinhard Günzel wegen extrem rechter Vorkommnisse immer wieder aufgefallen. Günzel selbst wurde 2003 im Zuge der »Hohmann-Affäre« entlassen. Er hatte offiziell Partei für Martin Hohmann ergriffen. Dieser war wegen einer antisemitisch gedeuteten Rede aus der CDU ausgeschlossen worden und sitzt nun für die AfD im Bundestag.

#Stiftung

»Tödliche Tretminen« auf dem Weg zu den Fleischtrögen

Der Machtkampf in der »Alternative für Deutschland« (AfD) hat nun auch ihre parteinahe Stiftung erreicht. Während der Parteivorsitzende Jörg Meuthen den Ausschluss des »Flügel«-Manns Andreas Kalbitz forcierte, ließ die Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach den Geschäftsführer des »Instituts für Staatspolitik«, Erik Lehnert, abwählen.

von Kai Budler

Es waren starke Worte, welche die Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach am 6. Juni 2020 im Newsletter der »Desiderius Erasmus Stiftung« (DES) fand: »Wenn erkennbar eine tödliche Tretmine auf dem Weg liegt, dann muss man sie im Interesse der Selbsterhaltung umgehen und darf nicht tollkühn drauftreten. Tote Helden können nichts mehr bewirken.« Steinbach reagierte damit auf Vorwürfe, der Stiftungsvorstand habe sich dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gebeugt, als er Erik Lehnert aus den eigenen Reihen rausgeworfen hatte. Der Auslöser war nach Steinbachs Angaben Lehnerts Tätigkeit als Geschäftsführer des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) um Götz Kubitschek, das mittlerweile als »Verdachtsfall« vom Verfassungsschutz überwacht wird. Für Steinbach war dies »eine Entscheidung von elementarer Bedeutung für die Existenz und Wirkungsmöglichkeiten unserer Stiftung«. Mit Lehnert als Vorstandsmitglied befürchtet sie »eine so enge Verzahnung zwischen dem IfS und unserer Stiftung, […] dass wir automatisch mit in den Strudel der IfS-Beobachtung hineingezogen worden wären«.

Die Stiftung im internen Machtkampf der AfD

Die Folge hätte eine Beobachtung der DES sein können, um »unsere Stiftung finanziell auf viele Jahre trockenzulegen«, so Steinbach. Damit wäre die der AfD nahestehende DES auch weiterhin ohne staatliche Förderung und erhebliche Mittel, auf die sie nach der Bundestagswahl 2021 hofft. Immerhin belaufen sich die Gelder für die Stiftung nach Schätzungen auf etwa 70 Millionen Euro jährlich. Inzwischen soll die Stiftung Verfassungsbeschwerde erhoben haben, weil sie an den entsprechenden Haushaltsgesprächen nicht beteiligt sein soll. In der Version der DES habe der Vorstand Lehnert gebeten, den Vorstand zu verlassen und ihn abgewählt, nachdem er der Bitte nicht gefolgt sei. Mit 27 zu 21 Stimmen und bei fünf Enthaltungen fiel die Abstimmung denkbar knapp aus. Lehnert selbst schießt auf Kubitscheks Blog »Sezession« zurück. Unter dem Titel »Wie man eine Stiftung anzündet« wirft er Steinbach vor, sie möchte sich mit Durchstechereien und übler Nachrede »ganz offensichtlich in den internen Machtkampf, der gerade in der AfD tobt, einmischen«. Denn die Vorstandsvorsitzende und der Beisitzer Hans Hausberger streckten von vornherein die Waffen und kapitulierten vor dem Verfassungsschutz, wie es auch Kritiker*innen dem AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen vorwerfen. Dieser hatte die Annullierung der Parteimitgliedschaft des »Flügel«-Mannes Andreas Kalbitz initiiert. Ebenso wie Meuthen hätten Steinbach und Hausberger Angst geschürt, »wo keine sein müsste«, so Lehnert und spricht von »Selbstzerfleischungserscheinungen im Restvorstand der DES«. Rückendeckung erhalten die Steinbach-Kritiker*innen vom Vorsitzenden des 30-köpfigen DES-Kuratoriums, Max Otte. Er wirft Meuthen – und damit auch Steinbach – eine »180-Grad-Wende« vor und schreibt: »Nur eine Alternative für Deutschland, die das nationalkonservative Spektrum abdeckt, hat zusammen mit der CDU eine Chance, irgendwann eine bürgerliche Mehrheit zu stellen und dieses Land zu verändern«. An Meuthens Adresse droht er: »Sollten Sie weiter eskalieren, kann ich das auch für mich nicht ausschließen.«

Öffentliche Schlammschlacht

Einer der vier Beisitzer des nunmehr zehnköpfigen Vereinsvorstandes ist nach wie vor Jan Moldenhauer, regelmäßiger Referent beim IfS und mehrfacher Autor in dessen »Wissenschaftlicher Reihe« sowie ehemaliges Führungsmitglied der »Patriotischen Plattform« in der AfD. Erwartungsgemäß schlägt er sich auf Lehnerts Seite und nennt dessen Abwahl eine »Bankrotterklärung«. Angesichts der Beobachtung der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) und der Thüringer und Brandenburger Landesverbände durch die Verfassungsschutzbehörden müssten nach Steinbachs Logik noch weitere Vorstandsmitglieder der Stiftung ihren Hut nehmen, sagt Moldenhauer, der gleichzeitig auch Vorsitzender der AfD-nahen Landesstiftung »Friedrich Friesen Stiftung« in Sachsen-Anhalt ist. Er mutmaßt über machtpolitische Motive für Lehnerts Abwahl, weil Steinbach für die DES das an eine »Altparteienstiftung« angelehnte Konzept »einer Konrad-Adenauer-Stiftung 2.0« verfolge. Für dessen Umsetzung habe Steinbach intensiven Kontakt zu Meuthen und dessen Umfeld gesucht, um sich Rückendeckung zu holen. Allein schon das Wort »Altparteienstiftung« macht die Stoßrichtung von Moldenhauer deutlich, die zeigt, dass der parteiinterne Konflikt um den in die Kritik geratenen Bundesvorsitzenden Meuthen längst die Stiftung erreicht hat. Meuthens Lager wird auch Steinbach zugeschlagen, die beschuldigt wird, einen »Privatkrieg« gegen die stellvertretende Bundesvorsitzende Alice Weidel zu führen. Diese habe sich als einfaches Stiftungsmitglied dafür eingesetzt, »dass sich alle Parteiströmungen in der Stiftung und in deren Vorstand wiederfinden«, schreibt Moldenhauer und bedankt sich bei ihr für das auf »Einigung und Ausgleich bedachte und der Situation angemessene Handeln«.

> »Wenn erkennbar eine tödliche Tretmine auf dem Weg liegt, dann muss man sie im Interesse der Selbsterhaltung umgehen und darf nicht tollkühn drauftreten. Tote Helden können nichts mehr bewirken.«

Zitat: Erika Steinbach

»Steinbach ist die Kontrolle entglitten«

Dabei war eine der Grundlagen für die Entscheidung der AfD, die Stiftung 2018 als parteinah anzuerkennen, die Ansprache aller Gruppen durch die Stiftung, wie auch Steinbach damals beteuerte und die »Alternative Mitte« ebenso wie den »Flügel« oder die »Patriotische Plattform« genannt hatte. Nun könne es geschehen, dass beim nächsten AfD-Bundesparteitag der DES die Parteinähe aberkannt werden könnte, soll der Ehrenvorsitzende der Partei, Alexander Gauland gegenüber Steinbach unverhohlen gedroht haben. Den IfS-Geschäftsführer Lehnert wiederum bezeichnete er als »hochintelligenten Mann« und »Intellektuellen«, der zu einem Rechtsradikalen gemacht worden sei, weil Steinbach Angst habe, kein Geld aus Bundesmitteln zu erhalten. Moldenhauer unkt derweil, Steinbach sei »erkennbar die Kontrolle entglitten« und als Stiftungsvorsitzende »leider eine glatte Fehlbesetzung«. Nach den Vorgängen brodele es nicht nur in der Stiftung, sondern auch innerhalb der Partei, in deren Belange sich Steinbach unberechtigterweise eingemischt habe. Moldenhauers Vorschlag: Eine Neuwahl des Stiftungsvorstandes solle der DES einen Neustart ermöglichen mit folgender Voraussetzung: »Im neuen Stiftungsvorstand müssen sich alle in der Partei vertretenen politischen Strömungen in angemessener Stärke wiederfinden.«

Muss auch Konrad Adam gehen?

Sollte es hingegen nach den Plänen von Erika Steinbach gehen, könnte die DES demnächst mit Konrad Adam ein weiteres Vorstandsmitglied verlieren. Bereits im April 2017 war der Mitbegründer und frühere Parteisprecher der AfD als Stiftungsvorsitzender abgewählt worden, weil er »als Mitglied des Vorstands nicht mehr tragbar« gewesen sei. Im folgenden Jahr wurde er zum Ehrenvorsitzenden der Stiftung gewählt. In den vergangenen Jahren fiel Adam in der Öffentlichkeit immer wieder durch Kritik an der Partei auf, die er mitgegründet hatte. 2015 bestrafte ihn dafür ein AfD-Kreisverband mit einer Abmahnung. Ebenfalls als Ehrenvorsitzender fungiert der heute 68-jährige in der »Erasmus-Stiftung Brandenburg«. Im Gegensatz zur Bundesstiftung konnte die bundesweit erste AfD-nahe Landesstiftung 2016 und 2017 bereits von staatlichen Fördermitteln in Höhe von insgesamt 119.000 Euro profitieren, mit denen sie unter anderem Referenten wie den ehemaligen Bundesvorsitzenden der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) bezahlt hatte. Weil die Landesstiftung unwirtschaftliche Honorarverträge ausstellte, Kredite zu überhöhten Zinsen ausschüttete und unangemessene Sachkosten ansetzte, strich das Innenministerium die Zuschüsse. Erst im April dieses Jahres hatte Adam in der Presse erklärt, viele Vereine in der Partei spielten lediglich »brain trust« in der Hoffnung, »als parteinahe Stiftungen einen Teil des Goldregens abzubekommen«. Ihre genaue Zahl sei unklar, weil sie meist nur gegründet worden seien, »um einem konkurrierenden Unternehmen aus einer anderen Parteiecke das Wasser abzugraben«. Adam schildert, er habe selbst unter anderem vier oder fünf »Erasmus-Stiftungs«-Vereine und mindestens sieben weitere Stiftungsvereine erlebt, die teilweise in direkter Konkurrenz zueinander stünden. Gemein ist ihnen der Kampf um die bei der AfD öffentlich immer wieder verachteten »Fleischtröge der Macht« in Gestalt teils erheblicher Gelder. Konrad Adam könnte in Zukunft daran nicht partizipieren. Gegen ihn gebe es »seitens des Vorstands bereits einen Abwahlantrag für die nächste ordentliche Mitgliederversammlung«, so Steinbach und weiter: »Seine öffentliche Positionierung gegen die Partei, der die Stiftung nahe steht, ist unerträglich.«

#Degussa

Die AfD und das liebe Gold: Millionen stehen hinter ihr

von Lucius Teidelbaum



Während im innerparteilichen Machtkampf in der »Alternative für Deutschland« (AfD) viele auf den faschistischen »Flügel« um Björn Höcke blicken, finden sich eher unbemerkt auch auf der anderen Seite Personen mit antidemokratischen Vorstellungen. Diese wurzeln in ihrer neoliberalen Marktlogik und sind vor allem von Autoritarismus, Elite-Denken und Sozialdarwinismus geprägt.
Es sind einige vermögende Personen, die über Geld Einfluss auf die Partei nehmen können. Die Spur führt auch zu einem mutmaßlichen Finanzier der AfD.

Degussa als rechte Goldgrube

»Zum 200. Geburtstag von Otto von Bismarck: Gold und Silber von Degussa« hieß es in einer Anzeige in dem nationalneoliberalen Magazin »eigentümlich frei« im Juli 2015. Offensichtlich wandte sich Degussa damit an Bismarck-Fans und förderte wohl gleichzeitig auch das Magazin. Die »Degussa Sonne/Mond Goldhandel GmbH« ist ein 2010 gegründetes Edelmetall-Handelshaus mit Sitz in Frankfurt/Main. Im Jahr 2010 erwarb die schwerreiche Bankiersfamilie von Finck um August von Finck Junior die Nutzungsrechte am Markennamen »Degussa« für zwei Millionen Euro. Damit wird ein traditionsreiches Unternehmen simuliert – eine Tradition, in der »Degussa« unter anderem durch die Verwertung des Zahngolds ermordeter Jüdinnen und Juden am Holocaust beteiligt war. Trotzdem lief das Geschäft offenbar gut. Im Jahr 2016 beschäftigte die neu-alte Degussa etwa 130 Mitarbeiter*innen und erwirtschaftete einen Umsatz von circa 1,9 Milliarden Euro. Der Degussa-Namensinhaber Baron August von Finck Junior, auch als »Mövenpick-Milliardär« bezeichnet, ist seit 1992 Hauptaktionär der schweizerischen Restaurant- und Hotelgruppe »Mövenpick« und lebt seit 1999 in der Schweiz. Sein Vermögen wurde 2013 auf rund 8,2 Milliarden US-Dollar geschätzt.
Es gibt Hinweise darauf, dass Finck Junior ein heimlicher Förderer der AfD sein könnte. So berichtete die schweizerische Wochenzeitung WOZ bereits im November 2018 davon, dass er über seinen Vertrauten Ernst Knut Stahl auf der Suche nach einem Chefredakteur für den »Deutschlandkurier« gewesen sein soll. Als Print-Ausgabe wurde das Blatt 2017 gezielt als AfD-Wahlkampfhilfe eingesetzt. Der zugehörige »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten« schaltete darüber hinaus in sechs Landtagswahlkämpfen 2016 und 2017 Anzeigen in Wochenblättern und veröffentlichte Plakate, die für die Wahl der AfD warben. Expert*innen schätzen den Gesamtumfang dieser AfD-Wahlwerbung auf zehn Millionen Euro. Woher das Geld kam, ist zwar ungewiss, aber Finck Junior darf als vielversprechender Tipp gelten. Bereits dem ideologischen AfD-Vorläufer »Bund freier Bürger« spendete er 6,8 Millionen DM.
Fincks »Degussa Goldhandel« war laut einer Recherche von »Der Spiegel« auch einer der Hauptlieferanten für den lukrativen Gold-Handel der AfD. Dabei verkaufte die Partei an ihre Anhänger*innen Gold als Krisenwährung und deklarierte den Verkauf als Parteispende. Ob das legal war, ist bis heute umstritten.
Beim Spitzen-Personal der »Degussa« stolpert man über zwei alte Bekannte: Dr. Thorsten Polleit und Markus Krall. Der Ökonom Dr. Thorsten Polleit ist seit 2012 Chefvolkswirt. Der »Wanderprediger in Sachen Edelmetall«, wie ihn die WOZ 2018 bezeichnete, ist Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Gleichzeitig ist er auch Präsident des »Ludwig von Mises Instituts Deutschland«, benannt nach einem der Vordenker der »Österreichischen Schule der Ökonomie«. Das »Ludwig von Mises Institut Deutschland« in München teilt sich mit der lokalen Filiale der »Degussa Goldhandel« die Adresse. Auf den Herbst-Konferenzen des Instituts in München geben sich Nationalneoliberale die Klinke in die Hand. Polleit selbst griff gelegentlich für die »Junge Freiheit« (JF) zur Feder, aktuell schreibt er regelmäßig für »eigentümlich frei«.

Markus Krall, bürgerlicher Antidemokrat

Im September 2019 wurde Markus Krall neuer Chef-Geschäftsführer der »Degussa«. Die »Junge Freiheit« nannte ihn einen »wertkonservativen Libertären«, aber Krall ist ein anschauliches Beispiel eines autoritären Nationalneoliberalen. Sein Interview im Online-Format »JF-TV« vom 18. März 2020 erzielte bisher über 440.000 Klicks. Auch der JF-Printausgabe 13/2020 stand er für ein Interview zur Verfügung. Darin bekennt sich der Krisenprophet Krall dazu, Anhänger der Österreichischen Schule zu sein: »Natürlich habe ich eine Position: die eines Libertären in der sozialphilosophischen Tradition der



Markus Krall am Stand der Zeitung »Junge Freiheit« zusammen mit Dieter Stein.

›Österreichischen Schule‹, wie sie von den Ökonomen Friedrich von Hayek und Ludwig von Mises entwickelt wurde.« Auf die Frage: »Herr Dr. Krall, Sie rufen in Ihrem neuen, gleichnamigen Buch nach einer ›bürgerlichen Revolution‹. Meinen Sie das ernst oder ist das nur ein Vermarktungstrick?« antwortet Krall: »Nein, wir brauchen eine Revolution der inzwischen sozialistischen Verhältnisse hier, um wieder die freie Republik zu werden, die wir waren und gemäß Grundgesetz sein müßten.«

Den Sozialstaat oder jegliche Umverteilungsansätze als »Sozialismus« und »Planwirtschaft« zu sehen, ist typisch für überzeugte Neoliberale wie Krall. Probleme mit dem Höcke-»Flügel« hat Krall vor allem auf Grund dessen wirtschaftspolitischer Vorstellungen: »Und der rechte AfD-Rand ist sozialistisch, also ebenso gefährlich wie linke Sozialisten.« Das erinnert stark an die neoliberale »Kritik« am Nationalsozialismus, weil dieser angeblich vor allem ein »Sozialismus« gewesen sei. Krall hat seine eigene antidemokratische Version. So fordert er die politische Entmündigung großer Bevölkerungsteile: »Deshalb mein Vorschlag: Entweder man erhält Transfers oder man übt sein Wahlrecht aus – jeder Bürger muß sich entscheiden.« Denn: »Das System würde also die Bequemen und Faulen von den Schwachen, für die der Sozialstaat ja eigentlich nur da sein soll, trennen und erstere anleiten, sich, erzogen von der Realität, von Leistungsempfängern zu Staatsbürgern zu entwickeln. Die schließlich ihre neue Selbständigkeit genießen und künftig lieber wählen, statt ihr Wahlrecht zu verkaufen. Es wäre die Bürgergesellschaft, die sich das Grundgesetz eigentlich wünscht!« Dasselbe fordert er in seinem neuen Buch »Die bürgerliche Revolution« oder als Referent bei der AfD. In einem YouTube-Mitschnitt eines Auftritts von Krall am 23. Januar 2020 bei der sächsischen AfD verspricht deren Fraktionsvorsitzender Jörg Urban über den Entzug des Wahlrechts für Transferempfänger*innen nachzudenken.

Dem Soziologen Andreas Kemper kommt das Verdienst zu, darauf hingewiesen zu haben, dass neben den Vertreter*innen von »Der Flügel« auch die Nationalneoliberalen um und in der AfD – die die Partei maßgeblich mitgegründet haben – eine zweite große antidemokratische Strömung darstellen. Wie Kemper nachweist, wurde der Entzug der Wahlberechtigung für bestimmte Bevölkerungsteile bereits lange vor der AfD-Parteigründung in bürgerlichen Blättern wie Die Welt offen zur Diskussion gestellt.

Erst seit 2018 tritt Markus Krall nachweislich in rechten Kreisen auf. Seine antidemokratische Einstellung dürfte aber schon älteren Datums sein. Seit dem Jahr 2014 veröffentlicht Krall unter dem Pseudonym »Diogenes Rant«. Dieser Name dürfte an Ayn Rand (1905-1982) angelehnt sein, die Predigerin einer entsolidarisierten absoluten Konkurrenzgesellschaft. Seit 2019 bastelt Krall an einer eigenen Bewegung, der »Atlas-Initiative« mit Sitz in Frankfurt. Deren Name erinnert an den 1957 veröffentlichten Roman »Atlas Shrugged«, in dem die Autorin Ayn Rand beschreibt, wie Reiche verschwinden und dadurch die Gesellschaft erschüttert wird (s. drr Nr. 148). Der Titel bezieht sich wohl auf den Atlas der griechischen Mythologie, der die Welt auf seinen Schultern trägt. In eben dieser Rolle sehen Krall und Rand die Vermögenden dieser Welt.

Angeblich hatte Kralls Initiative im März 2020 bereits 2.000 Mitglieder. Ob der marktradikale Antidemokrat tatsächlich eine Massenbewegung initiieren kann, bleibt aber fraglich. Zu groß dürfte die Distanz zwischen dem Großbürger Krall und einer möglichen bewegungsfähigen Anhänger*innenschaft sein. Zumal der elitäre (National-)Neoliberalismus untere Gesellschaftsschichten abschrecken dürfte, denen ein »Sozialpatriotismus« à la Höcke sehr viel mehr zusagt. Auch der sehr textlastige Newsletter »Adpunktum« nimmt sich nur wenig massentauglich aus. Gefährlicher und einflussreicher als die Bewegung dieser »bürgerlichen Revolutionäre« auf der Straße, dürften die Bewegungen von ihren Bankkonten in Richtung AfD und Co. sein, ebenso wie ihre Netzwerke. Am 28. April 2020 zum Beispiel hätte Krall eigentlich sein Buch »Die bürgerliche Revolution« in Saarbrücken bei der FDP-nahen »Liberalen Stiftung Saar« in deren »Villa Lessing« vorstellen sollen. Als Gesprächspartner war Roland Tichy vorgesehen, doch die Corona-Pandemie verhinderte den Auftritt.

Die autoritären und nationalistischen Neoliberalen unterschiedlicher Partei-Couleur finden sich für ihr Projekt einer »bürgerlichen Revolution« zusammen. In Wahrheit ist es aber der Versuch einer bürgerlichen Konterrevolution der Besitzstandswahrer*innen.

#Nationalneoliberale

Rechte Marktradikale

von Lucius Teidelbaum

Während manche rechte und nationalistische Neoliberale sich früher im Umfeld der »Freien Demokratischen Partei« (FDP), insbesondere im »Liberalen Aufbruch«, engagierten oder auf Kleinstparteien wie die »Partei der Vernunft« setzten, fand mit Gründung der »Alternative für Deutschland« (AfD) hier eine Sammlung statt. Sebastian Friedrich fasst diese AfD-Neoliberalen unter dem Begriff »Nationalneoliberale« zusammen. Die Nationalneoliberalen gehörten neben enttäuschten Rechtskonservativen zur Gründergeneration der AfD. Auch der AfD-Parteigründer Bernd Lucke trat für eine marktradikale Agenda ein. Lucke war als Referent für die nationale Tagung der »Hayek-Gesellschaft« 2013 in Göttingen angekündigt. Auch nachdem Lucke die AfD im Streit 2015 verließ, ist die Vorstellung einer »adjektivlosen« Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe in der Tradition von Hayek und Mises besonders in der Kaderkaste der AfD immer noch stark vertreten.

Im Juli 2015 kam es nach einem Machtkampf in der »Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft« zum Bruch. Die damalige Vorsitzende Karen Horn verließ die Gesellschaft wegen der verstärkten rechten Tendenzen. Mit ihr kehrten fünfzig weitere Mitglieder der Gesellschaft den Rücken, darunter eine Reihe bekannter Wirtschaftsprofessoren und Politiker*innen wie Hans-Olaf Henkel, einer der AfD-Mitbegründer, oder Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender. Diese Spaltung verlief zeitlich ungefähr parallel zu dem Machtkampf in der damaligen AfD. Seitdem bewegt sich die »Hayek-Gesellschaft« ohne Abgrenzung zur AfD.

Die Denkschule hinter der »Hayek-Gesellschaft«

Die Gesellschaft vertritt im Geiste die »Österreichische Schule der Ökonomie«, eine wirtschaftstheoretische Denkschule, die dem Neoliberalismus zugerechnet werden kann. Die »Österreichische Schule« wird dabei vor allem mit ihren beiden aus Österreich stammenden Vordenkern Ludwig von Mises (1881 – 1973) und Friedrich August von Hayek (1899 – 1992) verbunden. In seiner Grundthese nimmt Hayek an, Staatsversagen und nicht Marktversagen sei das zentrale volkswirtschaftliche Problem. Deswegen lehnt er staatliche Interventionen in die Wirtschaft ab und fordert Vertrauen auf die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes. Eine Marktregulierung würde laut Hayek zum Verlust der Freiheit führen, wobei er politische und wirtschaftliche Freiheit untrennbar miteinander verbindet. Um die Freiheit zu bewahren, müsse als Ziel ein Minimal-Staat etabliert werden, der sich nicht in wirtschaftliche Belange einmischt und nur Kernfunktionen ausübt.

Für Hayek wurzelt daher staatliche Gewaltherrschaft vor allem in einer sozialistischen Planwirtschaft. So behauptet er, auch der Nationalsozialismus in Deutschland und der Faschismus in Italien seien »Weiterentwicklungen des Sozialismus« gewesen. Begründet wird das mit dem Staatsdirigismus im Nationalsozialismus, wobei die spezifischen politischen Inhalte und seine Gewalt- und Verbrechensgeschichte dabei offenbar nicht ins Gewicht fallen.

Der Einfluss dieser Denkschule war besonders in den 1980er Jahren sehr groß. Sowohl die autoritär handelnden, aber demokratisch legitimierten Staatsoberhäupter wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1979 – 1990), die er beim neoliberalen Umbau Großbritanniens beriet, und der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan (1981 – 1989) als auch der chilenische Diktator Augusto Pinochet orientierten sich an Hayeks Vorstellungen. Hayek besuchte 1977 und 1981 die Militär-Diktatur in Chile und rechtfertigte den vorangegangenen Putsch als »ultima ratio«. Das südamerikanische Land wurde dann auch zum Experimentierfeld eines autoritären Neoliberalismus.

Verbündende Feindbilder

Die Vertreter*innen einer nichtsozialen Marktwirtschaft nach Hayeks Ideen bilden ein eigenes Netzwerk, das an bestimmten Stellen Berührungspunkte und Überschneidungen zu Teilen der extremen Rechten aufweist. Da die Wirtschaftsvorstellungen Hayeks und anderer marktradikaler Prediger*innen elitär und sozialdarwinistisch geprägt sind, existieren hier inhaltliche Gemeinsamkeiten mit der »Neuen Rechten«. Manche sprechen sogar von den autoritären Neoliberalen als »rechtslibertärer Flügel der Neuen Rechten«. Hingegen führt ein vulgäres Freiheitsverständnis extreme Rechte und Neoliberale zusammen. Hier besteht bei beiden das Feindbild »politische Korrektheit«, die als vermeintliches »Meinungsverbot« interpretiert wird. Einigend ist auch das Feindbild »Links«: Der Feind steht im Grunde immer links. Nach der alten Parole »Freiheit statt Sozialismus« wird jede Form von vermeintlicher oder tatsächlicher Umverteilung als »Sozialismus« gebrandmarkt. EU-Umverteilungen gelten als »Geldsozialismus« und der Klimaschutzbewegung wird unterstellt, sie strebe einen »Klimasozialismus« an. Bei Linken wird vor allem deren Egalitarismus abgelehnt.

Es ist das Verdienst des Autors Andreas Kemper, noch einmal auf die ganz eigene Form von Demokratie-Feindlichkeit unter elitären Neoliberalen und Konservativen hingewiesen zu haben. Ein Diskurs, der von den späteren Gründer*innen der AfD bereits vor der Parteigründung in Debatten kultiviert wurde. In einer elitären Verachtung der Massen wurde hier offen über den Entzug des Wahlrechts für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Transferleistungs-Empfänger*innen oder Staatsbeamt*innen diskutiert.

Vertreter*innen dieser Linie, die es nie in das offizielle AfD-Parteiprogramm schaffte, waren nicht selten dem nationalneoliberalen Flügel zuzurechnen, der sich stark an Hayek und Mises orientierte.

FRIEDRICH A. VON HAYEK GESELLSCHAFT E.V.

in Verbindung mit der Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft

☰ Menü

Zentralismus und Sezession in der deutschen Geschichte

31.01.2020 Denkanstöße, eigentümlich frei, Freiheit, Geschichte, Prof. Dr. Gerd Habermann, Videos



Screenshot der Website der »Hayek Gesellschaft«. Redner bei einer Veranstaltung von »eigentümlich frei« ist Prof. Dr. Gerd Habermann, Mitgründer der Gesellschaft.

Neoliberal ist nicht gleich neoliberal

Die Verbindung von Hayek-Fans und extremen Rechten ist trotz verbindender Inhalte nicht zwingend, auch wenn ein Teil der extremen Rechten deren Wirtschaftskonzepte vertritt. So gibt es Unterschiede, wie etwa bei der starken Staatsbezogenheit. Viele konservative Vorstellungen harmonieren eigentlich nicht sonderlich gut mit der Betonung individueller Freiheiten, die es neben den Marktfreiheits-Vorstellungen bei den Neoliberalen auch gibt. Einige Neoliberale sind aus ihren freiheitlichen und marktradikalen Ansichten heraus gegen Migrationsbeschränkungen, denn jeder und jede sollen den Traum vom Glück im Kapitalismus ansteuern dürfen.

Entlang dieser Frage kommt es zu einer Trennung in kosmopolitische Neoliberale und nationalistische Neoliberale. Letztere bejahen den Staat als Grenzhüter. Sie sind nicht gegen den Staat, sondern lediglich gegen den Sozialstaat. Oft sind sie aber auch in ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen Rechtskonservative bis extreme Rechte. Diese Nationalneoliberalen haben sich mit extremen Rechten verbündet und teilweise auch deren Ansichten übernommen.

Netzwerke nach Rechts

Es existiert ein ganzes Netzwerk von Institutionen von neoliberalen Organisationen im Geiste von Hayek und Mises. Diese sind aber kaum auf direkte Massenbeeinflussung ausgerichtet, sondern, ähnlich wie die »Neue Rechte«, eher auf Elitenbildung und -beeinflussung.

Wichtigste Organisation innerhalb dieses Netzwerkes dürfte die 1998 gegründete »Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft« sein. Sie hat nur ein paar hundert Mitglieder, darunter viele Professor*innen, Publizist*innen, Politiker*innen, Unternehmer*innen sowie Journalist*innen. Die Gesellschaft strukturiert sich laut Homepage in etwa 40 lokale »Hayek-Kreise«, die vor allem als Debattierzirkel fungieren.

Hinzu kommen weitere Thinktanks wie das »Ludwig-von-Mises-Institut Deutschland« mit Sitz in München.

Oder das »Berlin Manhattan Institut«, das mit dem »Europäischen Institut für Klima und Energie« (EIKE) zeitweise gemeinsam sogenannte Klimakonferenzen organisierte (s. drr Nr. 181). Die generelle Nähe der autoritären Neoliberalen zur Szene der Klimawandelleugner*innen ist kaum verwunderlich. Beide pflegen das Feindbild Links und sind wirtschaftsnah.

Zu nennen wäre auch das »Institut für Austrian Asset Management« (IfAAM). Das Institut vergibt jährlich die »Roland Baader Auszeichnung«, die nach dem Anarchokapitalisten und Hayek-Schüler Roland Baader (1940-2012) benannt ist. Der in der breiten Öffentlichkeit eher unbekannte Baader wurde im November 2019 sogar in »Fraktion Kompakt«, der ersten Ausgabe des Blatts der AfD-Bundestagsfraktion, zitiert: »Das Märchen vom Retter Staat ist das Trojanische Pferd, mit dessen Hilfe die Herrschaftseliten die letzten Mauern um die Bürgerfreiheit schleifen werden.«

Schwierige Zeiten für Sozialstaatsfeind*innen

Der Gründer des IfAAM, Steffen Krug aus Hamburg, hat zeitweise für den AfD-Bundestagsabgeordneten Peter Boehringer gearbeitet. Generell verfügen diese Säulenheiligen des autoritären Neoliberalismus in der AfD-Bundestagsfraktion über einen größeren Fan-Club.

Eine Hayek-Jüngerin in der AfD ist Alice Weidel, die ihre Facebook-Präsenz zeitweise mit einem Hayek-Zitat schmückte. Wenn Jörg Meuthen, Alice Weidel oder Beatrix von Storch die Erbschaftssteuer und die solidarische Rentenversicherung abschaffen wollen sowie eine niedrige Einheitssteuer propagieren, dann wäre das gewiss im Sinne Hayeks.

Noch weiter trieb den Gedanken einer individualistischen Selbstverantwortlichkeit Weidels Doktorvater Prof. Dr. Peter Oberender (1941 – 2015). Der Bayreuther plädierte dafür, dass Hartz-IV-Empfänger*innen zur Verbesserung ihrer Finanzen ihre Organe verkaufen dürfen sollten.

Mit der Forderung nach der Abschaffung des Sozialstaats sind allerdings eher schwierige Zeiten für die Anhänger*innen der »Österreichischen Schule« angebrochen. Der von ihnen abgelehnte Sozialstaat und Staatsinterventionismus blüht in der aktuellen Corona-Krise auf und wird so gut wie nicht infrage gestellt.

#Corona

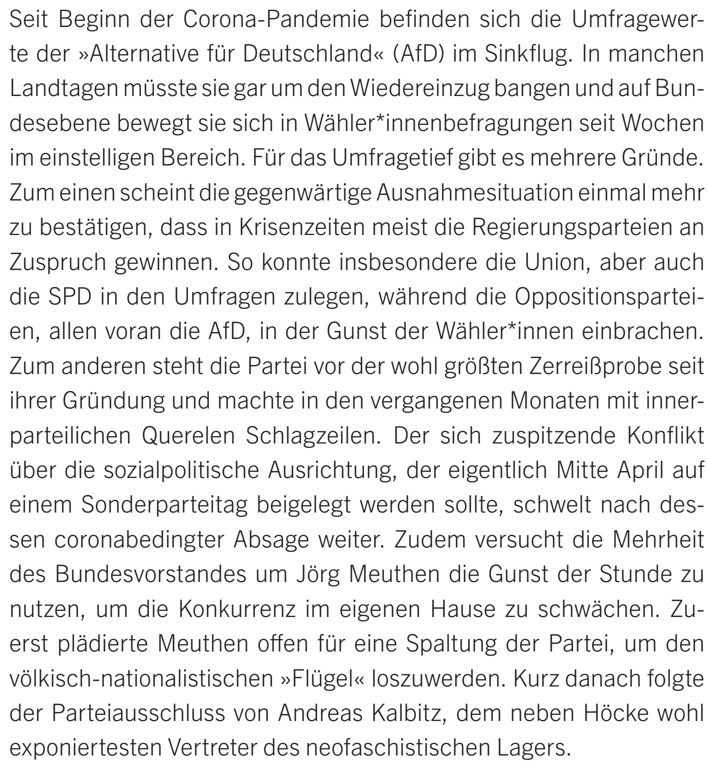
Zickzackkurs

Der innerparteiliche Konflikt in der »Alternative für Deutschland« gärt auch in der Corona-Pandemie. Während über den wirtschaftspolitischen Weg der Krisenbekämpfung gestritten wird, herrscht bei der Agitation gegen Hygieneauflagen, Maskenpflicht und Impfzwang aber Einigkeit.

von Stefan Dietl



Björn Höcke



Seit Beginn der Corona-Pandemie befinden sich die Umfragewerte der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Sinkflug. In manchen Landtagen müsste sie gar um den Wiedereinzug bangen und auf Bundesebene bewegt sie sich in Wähler*innenbefragungen seit Wochen im einstelligen Bereich. Für das Umfragetief gibt es mehrere Gründe. Zum einen scheint die gegenwärtige Ausnahmesituation einmal mehr zu bestätigen, dass in Krisenzeiten meist die Regierungsparteien an Zuspruch gewinnen. So konnte insbesondere die Union, aber auch die SPD in den Umfragen zulegen, während die Oppositionsparteien, allen voran die AfD, in der Gunst der Wähler*innen einbrachen. Zum anderen steht die Partei vor der wohl größten Zerreißprobe seit ihrer Gründung und machte in den vergangenen Monaten mit innerparteilichen Querelen Schlagzeilen. Der sich zuspitzende Konflikt über die sozialpolitische Ausrichtung, der eigentlich Mitte April auf einem Sonderparteitag beigelegt werden sollte, schwelt nach dessen coronabedingter Absage weiter. Zudem versucht die Mehrheit des Bundesvorstandes um Jörg Meuthen die Gunst der Stunde zu nutzen, um die Konkurrenz im eigenen Hause zu schwächen. Zuerst plädierte Meuthen offen für eine Spaltung der Partei, um den völkisch-nationalistischen »Flügel« loszuwerden. Kurz danach folgte der Parteiausschluss von Andreas Kalbitz, dem neben Höcke wohl exponiertesten Vertreter des neofaschistischen Lagers.

Inzwischen hat sich die AfD aber aus ihrer Schockstarre gelöst und versucht, sich an die Spitze der Bewegung für ein Ende der Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens zu stellen. Dabei versucht die Partei von der Krise zu profitieren, indem sie die getroffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung und zur Bewältigung der ökonomischen Folgen des Coronavirus ins Visier nimmt. Hier zeigen sich jedoch deutlich die Widersprüche zwischen marktradikalen Hardliner*innen auf der einen und völkischen Nationalist*innen auf der anderen Seite, die es der AfD erschweren, öffentlichkeitswirksam mit eigenen wirtschaftspolitischen Positionen auf sich aufmerksam zu machen.

Sozialpopulistischer Stimmenfang

Inszenierte sich der Oppositionsführer im Thüringer Landtag, Björn Höcke, zu Beginn der Corona-Krise noch als »elder statesman« und rief dazu auf, den Anordnungen der Landesregierung Folge zu leisten, kehrte der völkisch-nationalistische Flügel schon bald zur gewohnten Fundamentalopposition gegen die »Systemparteien« zurück. Neben der Agitation gegen die Maskenpflicht und die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit sowie der üblichen Rhetorik von der »Merkel-Diktatur« – die sich unter anderem in einer deutlichen Annäherung an die Proteste der selbsternannten »Corona-Rebellen« ausdrückt – versuchen sie sich mit sozialpopulistischen Forderungen zu profilieren. Angesichts der immer deutlicher zutage tretenden ökonomischen Krise und deren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer*innenschaft, wie stagnierende Löhne, wachsende Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit, sollen die Betroffenen dieser Entwicklung mit einer Kombination aus national-sozialer, neofaschistischer Rhetorik für die Partei gewonnen werden.

Im Thüringer Landtag forderte die AfD-Fraktion unter anderem die Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent für Erwerbstätige mit Kindern, beziehungsweise 80 Prozent für kinderlose. Zudem spricht sie sich dafür aus, Konsumgutscheine zu verteilen, die in Geschäften in Thüringen eingelöst werden können. Allein hierfür sollen nach dem Willen Höckes bis zu 300 Millionen Euro bereitgestellt werden. Im Gegensatz zum wirtschaftsliberalen Flügel der Partei betont die hiesige AfD auch bei ihren steuerpolitischen Forderungen vor allem die Entlastung der abhängig Beschäftigten. So sollen »sämtliche Ausgaben, die Arbeitnehmern infolge der Corona-Maßnahmen entstanden sind, als außergewöhnliche Belastungen steuerlich geltend gemacht werden können«. Außerdem soll die Pendlerpauschale auch für die Zeit im Homeoffice angerechnet werden. Auch der Co-Vorsitzende der Bundespartei, Tino Chrupalla, der ebenfalls dem Höcke-Lager zugerechnet wird, versucht mit sozialer Rhetorik zu punkten. In einer Pressemitteilung zum Konjunkturpaket der Bundesregierung stellt er sich gegen die »Bevorzugung von Großkonzernen« und fordert stattdessen diejenigen zu »berücksichtigen, die in der etablierten Berliner Politik keine starke Lobby haben«.



Gegen »Quasi-Staatswirtschaft«

Während die Flügel-Protagonist*innen mit ihren Forderungen nach staatlicher Krisenbewältigung neben regionalen mittelständischen Unternehmen die abhängig Beschäftigten adressieren, stellen sich die wirtschaftsliberalen Kräfte in der AfD dagegen und warnen, wie die Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel, vor einer »Quasi-Staatswirtschaft«, der »Gängelung, Überregulierung und Überbürokratisierung«.

In einem Beitrag für die »Junge Freiheit« (JF) wettert sie gegen »Staatswirtschaftsgläubige« und »Sozialismus-Infizierte«, die Staatshilfen für Unternehmen seien ein »Danaergeschenk«. »Denn wer zahlt, bestimmt, und je länger die direkte oder indirekte Beteiligung, desto größer der Einfluß«, so Weidel, die sich gegen staatliche Einmischungen in das Wirtschaftsleben und jegliche Staatsbeteiligungen ausspricht. Der Weg aus der Krise führe »nicht über schuldenfinanzierte staatliche Konjunkturprogramme, sondern über den Verzicht auf überflüssige Staatsausgaben, umfassende Steuersenkungen und Steuererleichterungen«. Sie sieht sogar eine indirekte Enteignung von Unternehmer*innen und Vermieter*innen aufziehen. Auch der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen warnt vor Verstaatlichung.

Staatliches Handeln in der Pandemie lehnen jedoch auch die Wirtschaftsliberalen der AfD nicht generell ab, sofern sich dieses auf Zuschüsse ohne Vorgaben beschränkt: Weidel fordert steuerliche Entlastungen und Meuthen betont, dass die AfD den Plänen der Bundesregierung nicht nur ablehnend gegenüberstehe, sondern die geplanten Steuererleichterungen im Gegenteil sehr begrüße.

Eine Stärkung der Kaufkraft durch finanzielle Erleichterungen für abhängig Beschäftigte – wie sie auch der Höcke-Anhang propagiert – hält Meuthen hingegen für verfehlt. Seiner Einschätzung nach ist nicht etwa zu wenig Geld im Umlauf. Vielmehr sei die Kaufzurückhaltung auf Hygieneauflagen und Maskenpflicht zurückzuführen. »Jeder, der in ein Einzelhandelsgeschäft reingeht, ist doch froh, wenn er schnell wieder draußen ist. So kommt Kauflaune nicht auf«, so Meuthen.

Fähnchen im Wind

Hier zeigt sich auch die Gemeinsamkeit der verschiedenen Strömungen in der Corona-Krise. Angesichts der widersprüchlichen Positionen in wirtschaftspolitischen Fragen ist die AfD inzwischen zunehmend dazu übergegangen, sich in öffentlichen Verlautbarungen auf die verbindenden Elemente zu konzentrieren; auf die Agitation gegen Hygieneauflagen im Allgemeinen, Maskenpflicht im Speziellen und auf die Warnung vor einer drohenden Diktatur.

Die mühsam errungene Geschlossenheit kommt in beiden Lagern einer 180-Grad-Wende gleich, wohl um die eigene Wähler*innenschaft nicht zu verprellen. So forderte die AfD noch am 8. April die Bundesregierung auf, jeder Bürger*in Masken zur Verfügung zu stellen und Versorgungsengpässe zu beseitigen: »Durch den weitreichenden Einsatz von Mund-Nasenschutz-Masken kann die Verbreitung des Erregers wahrscheinlich wirksam eingedämmt werden«.

In Thüringen rief die AfD ihre Anhänger*innen anfänglich sogar auf, den Verordnungen der Landesregierung Folge zu leisten: »Akzeptieren Sie für den notwendigen Zeitraum die Schließung von nicht-medizinisch notwendigen Einrichtungen und Angeboten. Versuchen Sie die Abstandsregeln und die für einen Infektionsschutz erforderliche soziale Distanz einzuhalten. Sie zeigen damit keine Schwäche, keine Angst oder gar Hysterie, sondern Rücksichtnahme und Verantwortungsbewusstsein im besten Sinne!«

Auch Alice Weidel sprach sich zu Beginn der Pandemie im Namen der AfD-Bundestagsfraktion für ein entschiedenes Regierungshandeln aus und verwies darauf, dass »von dem Virus eine höhere Ansteckungsgefahr und ein größeres Mortalitätsrisiko ausgehe, als von der gewöhnlichen Grippe«. Dabei bedauerte sie, dass die Bundesregierung so spät handle, während andere EU-Länder das öffentliche Leben bereits heruntergefahren hätten.

Heute präsentiert sich die Partei hingegen als lautstärkste Verfechterin schneller Lockerungen und einer Abschaffung der Maskenpflicht. Weidel sprach auf einer maßgeblich von Impfgegner*innen organisierten Kundgebung in Stuttgart und Höcke kündigte an, die Einschränkungen vor dem Verfassungsgerichtshof in Weimar prüfen zu lassen.

Neues Spaltungspotential?

Die AfD als Sammelbecken verschiedener rechter Strömungen schweißte bisher nicht zuletzt der Erfolg zusammen. Angesichts des stetig wachsenden Wähler*innenzuspruchs war man gern bereit, allzu strittige Themen auszuklammern. Auch in der Corona-Pandemie konnte man sich mit der Fixierung auf ein schnelles Ende der Beschränkungen vorerst auf einen gemeinsamen Kurs einigen. In den nächsten Monaten werden jedoch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zusehends in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rücken. Der ungelöste Konflikt in der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der Partei – und die damit verbundenen Schwierigkeiten öffentlich Position zu beziehen – könnten dabei zunehmend zum Problem für die AfD werden.

Noch besetzt das wirtschaftsliberale Lager die wichtigsten Schlüsselpositionen sowohl im Bundesvorstand als auch in der Bundestagsfraktion und bestimmt so im Wesentlichen die programmatische Ausrichtung. Sollte es angesichts der ökonomischen Talfahrt zu größeren sozialen Verwerfungen kommen, könnten die völkischen Nationalist*innen mit ihrer neofaschistischen Kombination aus sozialen Heilsversprechen und rassistischer Hetze, allerdings schnell zur dominierenden Kraft in der AfD werden.



#Verschwörungsmythen

Die Ermächtigung zur Tat

Verschwörungsmythen erscheinen auf den ersten Blick harmlos oder lächerlich. Sie zu unterschätzen wäre allerdings fatal. Denn Verschwörungsmythen geben nicht nur das Gefühl erweckt zu sein. Sie ermächtigen auch zu einer Tat, die sich als Notwehr versteht und der alle Mittel recht sind.

von Nikolas Lelle

Es fängt klein an, scheinbar harmlos. Auslöser sind Zweifel an der Berichterstattung eines Ereignisses oder eines Weltgeschehens. Aktuell etwa daran, ob es COVID-19 wirklich gibt oder ob es tatsächlich so gefährlich ist. Aber schnell ist es nicht mehr harmlos, sondern gefährlich. Denn schnell kommt zum Zweifel das neue Wissen und zum Glauben der Wahn; nach und nach fallen Gewissheiten.
Die Grundstruktur von Verschwörungsmythen ist antisemitisch. Die »jüdische Weltverschwörung« ist die Grundform dieser Mythen und deshalb auch der Fluchtpunkt, auf den viele Erzählungen hinauslaufen. Die Telegram-Channels einschlägiger Promis, die in der Corona-Pandemie ihren Verschwörungswahn fanden oder auslebten, zeigten diese Entwicklung im Zeitraffer. Nicht immer führt der Weg von »Corona–Skeptiker*in« zu »Flat-Earther« oder Antisemit*in. Die letzten Wochen haben aber gezeigt, wie schnell er dahin führen kann.

Rechtsterroristen werden vom Verschwörungswahn ermächtigt

Verschwörungserzählungen geben das Gefühl erweckt zu sein und die Wahrheit zu kennen. Gefährlicher aber ist noch, dass sie ermächtigen und zur Tat animieren. Endlich scheint es möglich, ein Held zu werden. Es ist gerade diese Geste, die die Manifeste von Rechtsterroristen prägt. Die betonen im ersten Schritt, dass sie ganz normale Männer sind. Brenton Tarrant, der in Christchurch/Neuseeland mehr als 50 Leute ermordete, schreibt in seinem Manifest, er sei ein »regular White man«. Tobias Rathjen, der Attentäter von Hanau, bezeichnet sich als »normalen Bürger«. Das ist der Hintergrund, vor dem sich

die Rechtsterroristen in einem zweiten Schritt als Helden, als Retter und Macher aufbauen. Anders Breivik gießt diese Selbstüberhöhung pathetisch in die Form des Tempelritters.
Tarrant benannte sein Manifest nach einer der wichtigsten Verschwörungserzählungen der »Neuen Rechten«: »Der große Austausch«. Demnach sei eine »Umvolkung« im Gange. Sukzessive werde die europäische Bevölkerung durch eine muslimische ausgetauscht. Und dahinter stecken angeblich jüdische Strippenzieher. Meist wird der US-amerikanische Philantrop George Soros genannt. Der Halle-Attentäter Stephan Balliet deutet in einem Video die Verschwörungserzählung von »QAnon«, die eine Reihe von Mythen um US-amerikanische Präsidentschaften und geheime Verstrickungen der Regierung beinhaltet, zwar an, gibt sich in seinem Manifest aber bedeckter und erfindet eine eigene Erzählung. Er habe nämlich bemerkt, dass die Gedanken der Menschen von einem geheimen Geheimdienst überwacht und kontrolliert würden.
In allen drei Fällen töteten nicht allein der Rassismus und Antisemitismus. Es tötete auch der Verschwörungswahn. Genauer gesagt: Der Verschwörungswahn befähigte zum Morden, weil er den Rechtsterroristen ermöglichte sich in einer Notwehrsituation zu wähnen, in der angeblich jedes Mittel recht ist und die Tat zur Notwehr wird. Die Manifeste geben davon einen Eindruck.

Der Nationalsozialismus machte mit Verschwörungswahn Politik

Neu ist das nicht. Genau so argumentieren Antisemit*innen immer schon. Weil »die Juden« »uns« beherrschten, so etwa Martin Luther vor über 500 Jahren, werde es Zeit sich zu wehren. Er schlug politische Maßnahmen vor, die jüdisches Leben verunmöglicht und sie zur Zwangsarbeit verdammt hätten. Auch dem Nationalsozialismus ist diese Geste der Selbstermächtigung, die sich aus einer antisemitischen Verschwörungsideologie ergibt, nicht fremd. Im Gegenteil: Sie ist ihm wesentlich. Darauf hat der Literaturtheoretiker Werner Hamacher aufmerksam gemacht. Der Nationalsozialismus will demnach die »Selbsterhebung und Ressurektion« der Volksgemeinschaft. Sie soll sich selbst schaffen, wieder zu Größe gelangen und das, indem sie sich reinigt und homogenisiert. Aus der antisemitischen Verschwörungsideologie ergab sich eine antisemitische Politik. Katharina Nocun und Pia Lamberty gehen in ihrem Buch »Fake Facts« so weit zu argumentieren, dass der »rasante Anstieg der Verbreitung von insbesondere antisemitischen Verschwörungserzählungen« am Anfang des 20. Jahrhunderts »den Holocaust erst möglich machten«.
Der Wahn gipfelte in einer Rede Hitlers, in der er im Januar 1939 das ankündigte, was später Holocaust oder Shoah genannt wurde: »Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.« Wenige Monate später waren es die Nationalsozialisten, die die Welt in einen Weltkrieg stürzten und mit der unbegründeten Drohung ernst machten. Die Passage ist geradezu grotesk. Aber sie zeigt – genau wie die Manifeste der Rechtsterroristen – wie sehr sich hier absichtsvoll in eine Situation der Notwehr argumentiert wird.

Der psychische Mechanismus des Antisemitismus

An den Versuch, Hitler psychologisch zu verstehen, hat sich in den 1990er Jahren der Psychoanalytiker Helm Stierlin gewagt. Hier ist nicht der Platz für psychologische Spekulationen über Hitler. Aber diese Hitler-Passage soll als Aufhänger dienen für eine psychologische Überlegung der Kritischen Theoretiker Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, die auch diese Passage erhellt. In der »Dialektik der Aufklärung« haben die beiden einen psychischen Mechanismus analysiert, der den Antisemitismus ausmacht: die »pathische Projektion«. Dabei wird Ersehntes, das nicht zugelassen werden kann, auf ein Anderes projiziert und gehasst. Ihr Beispiel: Jüdinnen und Juden wird seit jeher ein Leben zugeschrieben, dass »die Beherrschten [...] insgeheim ersehnen«: »des Glückes ohne Macht, des Lohnes ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein, der Religion ohne Mythos«. Diese Zuschreibungen sagen wenig über die Jüdinnen und Juden aus, aber viel über die Antisemit*innen. Die ersehnen ein Leben ohne Arbeit, können sich das aber nicht zugestehen und müssen dieses Verdrängte an einem Anderen, »dem Juden«, durch Hass ausagieren.
In Hitlers Ankündigung der Shoah liegt die Sache vielleicht ähnlich. Ausgesprochen wird, was ersehnt wird, nämlich die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Antisemit*innen erscheint das als notwendig, weil sonst eine angeblich jüdische Weltverschwörung als immerwährende Gefahr drohe. Es ist der Verschwörungsmythos, der zur Tat drängt. Was hier an einem extremen Beispiel argumentiert wird, ließe sich auch auf andere Fälle übertragen.

Die Verbindung zum Kontrollverlust

Leo Löwenthal, ein anderer Vertreter der Kritischen Theorie, brachte den Verschwörungsmythos in seinen »Studien zur faschistischen Agitation« mit dem Titel »Falsche Propheten« nicht zufällig in die Nähe von »Verfolgungswahn« und »Paranoia«. Es ist dieser Wahn, der ermächtigt und aktiviert: »In der Tat, wenn die Leute überleben wollen, müssen sie unverzüglich handeln und diese Verschwörung zerschlagen.« So denken jedenfalls die Verschwörungstheoretiker*innen und ihre Agitator*innen, die falschen Propheten. Hier zeigt sich, so Löwenthal, »wie paranoide Fantasien und die Projektion von Verschwörungsideen mit dem Hinweis auf Gewaltakte enden«.
Denn der Verschwörungsmythos drängt zur Tat. Das kann vielleicht nicht oft genug geschrieben werden; um deutlich zu machen, dass nichts, aber auch gar nichts harmlos an diesen Mythen, Erzählungen und Ideologien ist und dass ihnen begegnet werden muss, wo sie auftauchen: durch Gegenrede, Faktenchecks und Entlarvung. Damit kann zumindest dagegengehalten und zurückgedrängt werden; ganz aus der Welt schaffen wird das die Verschwörungsmythen allerdings nicht. Dazu sind sie zu eng mit dieser Gesellschaft verwoben.
Psychologisch sind Verschwörungsmythen eng mit Kontrollverlust verbunden. Das haben jüngst Nocun und Lamberty betont. In einer gesellschaftlichen Situation des Kontrollverlusts befinden wir uns – nicht erst seit der COVID-19-Pandemie, aber jetzt umso deutlicher. Mit der Kritischen Theorie kann argumentiert werden, dass die Art wie diese Gesellschaft eingerichtet ist, grundsätzlich ein Gefühl von Kontrollverlust vermittelt. Verschwörungsmythen haben deshalb auch einen gesellschaftlichen Grund und es gilt: Es kann keine Analyse von Verschwörungsmythen geben, die nicht auch eine Analyse ihrer gesellschaftlichen Bedingungen ist.

#Einzigartigkeitsbedürfnis

»Es ist höchste Zeit, dieses Phänomen ernst zu nehmen«



Gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurde seit Ende März auf der Straße und im Netz demonstriert. Unter Namen wie »Hygiene-Demos«, »Widerstand2020« versammelte sich eine politisch heterogene Masse, häufig unter Beteiligung von extrem Rechten. Was viele einte, ist der Glaube an verschiedene Verschwörungserzählungen, die im Kontext von COVID-19 und den nachfolgenden staatlichen Maßnahmen verbreitet wurden. Darüber sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« mit den Autorinnen des Buchs »Fake Facts«, Katharina Nocun und Pia Lamberty.

drr: Nahezu zeitgleich mit dem Erscheinen eures Buchs demonstrierten Zehntausende gegen die Maßnahmen der Bundesregierung und eine vermeintliche Corona-Hysterie. Wart ihr überrascht, dass so viele Menschen auf die Straße gingen?

Katharina Nocun: Wir waren vor allem überrascht darüber, wie über das Phänomen berichtet wurde. Im Zuge unserer Recherche haben wir uns auch die Impfgegner-, Alternativmedizin- und Esoterik-Szene intensiv angeschaut. Schon zu Beginn der Pandemie kursierten in diesen Kreisen zahlreiche Verschwörungserzählungen rund um das Coronavirus. Bestehende Mythen wurden um Erzählungen zu Corona erweitert. Viele dieser Gruppen haben später für die Demonstrationen mobilisiert. Trotzdem war zu Beginn in der Berichterstattung häufig die Rede von einem neuen Phänomen und neuen Gruppen, die quasi aus dem Nichts entstanden seien. Das war aus unserer Sicht eine kolossale Fehleinschätzung, weil vielerorts auf bestehende Mobilisierungsstrukturen zurückgegriffen werden konnte.

Die Versammlungen waren durch ein breites politisches Spektrum geprägt – darunter auch extrem rechte Akteur*innen, deren Präsenz anscheinend geduldet wurde. Seht ihr vor diesem Hintergrund ideologische Schnittmengen, die dies erklären würden?

Katharina Nocun: Es gab schon immer Berührungspunkte zwischen Milieus wie etwa der Esoterikszene und der extremen Rechten. So gibt es Verlage, die einerseits Bücher zum Thema übernatürliche Phänomene verlegen und andererseits kein Problem damit haben, wenn rechtsextreme Autoren antisemitische Hetzschriften bei ihnen publizieren. Häufig wird in solchen Kreisen ein sehr traditionelles Frauenbild vertreten, darüber hinaus ist die Rede von einer »natürlichen Ordnung« – so etwas ist sehr anschlussfähig an das Weltbild der extremen Rechten. Eine Abgrenzung nach rechts findet vielerorts nicht statt, da häufig die Haltung vorherrscht, man sei »weder rechts, noch links, sondern frei«. Wenn man in die Geschichte der Esoterik zurückblickt, trifft man zudem auf Autoren, die davon ausgehen, es gäbe unterschiedliche »Menschenrassen«.

Einige prominente Verschwörungserzähler, wie Ken Jebsen oder Jürgen Elsässer, sind keineswegs neu in diesem Geschäft. Welche Rolle spielen die digitalen Plattformen solcher Personen für die Verbreitung solcher Erzählungen?

Pia Lamberty: In Debatten zum Thema stehen oft soziale Medien im Fokus. Es herrscht dann die Vorstellung vor, der Verschwörungsglaube sei erst in den letzten Jahren entstanden. Dabei sind solche Narrative ja teilweise schon Jahrhunderte lang in der Gesellschaft verbreitet. Die antisemitischen »Protokolle der Weisen von Zion« wurden beispielsweise 1903 veröffentlicht, andere Mythen wie die Ritualmordlegende oder der Mythos der Brunnenvergiftungen sind deutlich älter. Trotzdem spielen soziale Medien bei der Verbreitung von Verschwörungserzählungen natürlich auch eine Rolle. Eine Studie aus den USA zeigt beispielsweise, dass alle interviewten »Flat Earther« direkt oder indirekt über YouTube mit dieser Verschwörungserzählung in Kontakt gekommen sind. Andere Studien zeigen, dass eine einmalige Konfrontation mit Verschwörungserzählungen schon einen Effekt haben kann und Menschen dadurch beispielsweise weniger bereit sind, sich impfen zu lassen. Konzerne wie Facebook oder Google haben lange wenig getan, um solchen Tendenzen etwas entgegenzusetzen und teilweise ja die Verbreitung solcher Inhalte durch die Empfehlungs- und Vorschlags-Algorithmen sogar befeuert. In der Krise haben dann viele Anbieter mehr unternom-



Autorinnen des Buchs »Fake Facts«, Pia Lamberty (li.) und Katharina Nocun.

men, was auch die Abwanderung hin zu Telegram erklären kann. Der Messenger-Dienst Telegram stand ja schon länger in der Kritik, da bereits der IS oder Rechtsextreme aus den USA die Plattform für ihre politische Mobilisierung genutzt haben. Durch das Internet können sich einfacher Netzwerke bilden – auch international –, die vorher so nicht möglich gewesen wären. Die aus den USA stammende und auf dem Imageboard »4chan« entstandene Gruppierung »QAnon« beispielsweise erlangt auch in Deutschland immer mehr an Popularität. Zu Beginn der Pandemie waren Aktivitäten der Gruppierung noch vornehmlich online anzutreffen, aber in den letzten Wochen wurde »QAnon« auch auf den Demonstrationen oder durch Graffiti immer sichtbarer im öffentlichen Raum. Diese Verschränkung von einer Online-Mobilisierung, die sich dann auf den Straßen wiederfindet, kennen wir ja von den rassistischen »Nein zum Heim«-Protesten aus den Jahren 2015/2016.

Auffällig war zuletzt, dass vor allem männliche Promis in Erscheinung traten; mal mit steilen Thesen im Internet, mal als selbst inszenierte Widerstandskämpfer auf der Straße. Habt ihr hierfür eine Erklärung?

Pia Lamberty: Das spiegelt auch die empirische Lage wider. Studien wie die sogenannte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass der Verschwörungsglaube bei Männern stärker verbreitet ist als bei Frauen. Woher diese Unterschiede genau kommen, muss aber noch stärker erforscht werden. Wir wissen aus der psychologischen Forschung, dass ein ausgeprägtes Einzigartigkeitsbedürfnis beispielsweise den Glauben an Verschwörungen beeinflussen kann. Man kann sich über die Verbreitung von solchen Mythen selbst aufwerten und vermeintlich über andere stellen, die dann als »Schlafschafe« oder gleich als Teil der Verschwörung diffamiert werden. Dieses Einzigartigkeitsbedürfnis ist bei Männern stärker vorhanden als bei Frauen. Der Kampf gegen den vermeintlichen Verschwörer kann dann als Heldentat inszeniert werden, während sich Maßnahmen gegen die Pandemie weniger gut dazu eignen. Es geht hier also viel um Selbstinszenierung und klassische Männlichkeitsbilder.

Erschreckend häufig tauchten Demonstrierende mit dem »Judenstern« mit der Aufschrift »Ungeimpft« auf. Ist das ein neues Phänomen und wie erklärt ihr euch diese haarsträubende und widerliche Gleichsetzung?

Pia Lamberty: Nein, das ist leider kein neues Phänomen. In der »Impfkritik«-Szene kann man schon länger beobachten, dass der sogenannte »Judenstern« verwendet wird, um die angebliche Opferrolle darzustellen. Diese Szene ist auch vor der Pandemie dadurch aufgefallen, dass sie eine sehr heterogene Gruppe vereint. Da gibt es dann sowohl Menschen aus einem eher links-alternativen oder esoterischen Spektrum und eindeutig Rechtsextreme, die auf diesen Veranstaltungen zusammenkommen. Anti-Impf-Haltungen haben in Deutschland auch eine lange antisemitische Tradition. Bereits im ausklingenden 19. Jahrhundert wurden antisemitische Mythen über das Thema Impfungen verbreitet.

Ihr ratet in eurem Buch davon ab, über die psychologische Verfasstheit der dort Anwesenden zu spekulieren oder diese als »Spinner« abzutun. Ich frage mich, ob sozialpsychologische Ansätze, die beispielsweise zur Analyse des Antisemitismus existieren, weiterführend wären, um die weit verbreitete Anfälligkeit für Verschwörungsdenken zu erklären.

Pia Lamberty: Allgemein gibt es in der Gesellschaft die Tendenz, unliebsame Phänomene als psychisch krank darzustellen und damit zu entpolitisieren. Das passiert auch im Kontext von Verschwörungsdenken. Lange wurde das Thema als nicht relevant dargestellt, weil es ja nur »ein paar Spinner« betreffen würde. Das ändert sich gerade langsam. Zur Analyse ist es natürlich wichtig, sich klar zu machen, dass Verschwörungsdenken und Antisemitismus empirisch und analytisch starke Verschränkungen haben. Vielfach endet Verschwörungsdenken in antisemitischen Welterklärungsmodellen. In einer Studienreihe haben Roland Imhoff und ich uns mit der Frage auseinandergesetzt, in welchem Verhältnis Paranoia und Verschwörungsdenken zueinander stehen. Es zeigte sich, dass – obwohl es auch Überlappungen gibt – diese beiden Konstrukte doch unterschieden werden müssen. Interessanterweise war die paranoide Weltsicht, also das Wahnhafte, relevanter für den Antisemitismus als das Verschwörungsdenken, was uns ehrlich gesagt überrascht hat. Hier braucht es auf jeden Fall noch weiterführende Studien, um auch diese Frage abschließend beantworten zu können.

Mit Blick auf die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und die Gefahren, die – auch im Kontext von COVID-19 – damit einhergehen: Was braucht es, gesellschaftlich betrachtet, im Umgang mit Verschwörungserzählungen?

Katharina Nocun: Das Thema Glaube an Verschwörungen wird oft als lustig und harmlos, ja sogar unterhaltsam abgetan. Gerade in den letzten Wochen und Monaten wurden immer wieder Screenshots aus Telegram-Gruppen bekannter Verschwörungsideologen in Social Media verbreitet, um sich darüber zu belustigen. Dabei wird vergessen, was für gravierende Folgen der Glaube an Verschwörungen sowohl auf der privaten als auch der gesellschaftlichen Ebene nach sich ziehen kann. Wir haben mit Angehörigen gesprochen, die verzweifelt sind angesichts einer Situation, in der Verwandte sich weigern bei schweren Erkrankungen zum Arzt zu gehen, weil sie an eine große Verschwörung in Medizin und Wissenschaft glauben. Viele der rechtsextremen Attentäter der letzten Jahre haben versucht, ihre Morde mit Verschwörungserzählungen zu rechtfertigen. Gerade für die rechtsextreme Szene sind Verschwörungsmythen von »jüdischer Weltverschwörung« über »Systemmedien-Komplott« bis hin zum »großen Austausch« ein zentraler Bestandteil ihrer Radikalisierungsstrategie. Der Glaube an einen übermächtigen äußeren Feind ist der Klebstoff, der Gruppen zusammenhält. Es ist höchste Zeit, dieses Phänomen ernst zu nehmen.

Vielen Dank für das Interview!



#Schnellradikalisierung

Adolf Hitler statt Grundgesetz

Wie geht es mit den Corona-Protesten weiter? Für Analysen und Ausblicke sollte man nicht nur nach Stuttgart und Berlin schauen, sondern auch in die Provinz. Zum Beispiel nach Ostbayern.

von Jan Nowak und Robert Andreasch

8. Juni 2020:
Ein Mann trägt bei einer Kundgebung in Deggendorf eine Hitlermaske

Bei den ehemals großen Corona-Versammlungen in Stuttgart, München oder Berlin sind die Teilnehmendenzahlen mittlerweile zurückgegangen. In ländlich geprägten Regionen wachsen sie dagegen zum Teil noch an. Nicht selten spielt dabei die extreme Rechte eine wichtige Rolle. Weitgehend unbeachtet sind hier neue Allianzen entstanden, wobei teilweise eine ausgeprägte Aggressivität herrscht.

Die Rocker in Cham

Ende Mai mobilisierte der den »Hells Angels« nahestehende »Bikertreff Cham« zur Kundgebung gegen die Gesundheitsschutzmaßnahmen einerseits und drohende Einschränkungen beim Motorradfahren andererseits. Etwa 120 Personen kamen. Neben vielen Rockern zog der Themenmix auch die extreme Rechte an. Die AfD-Kreisrätin Heidi Niebergall und weitere Anhänger*innen der Partei waren darunter, die Vertreter der lokalen subkulturell-rechten »Gemeinschaft der Brüder« sowie Personen in Kleidung des extrem rechten »Wikingerversands«. Robin Siener, einst der führende lokale Kader des 2014 verbotenen »Freien Netzes Süd«, kam in der Kutte des Motorradclubs »Invictus Germanitas«. Der hatte zumindest in der Vergangenheit dem »Stahlpakt MC« nahegestanden – ein wiederholt in Zusammenhang mit der extremen Rechten auffälliger MC aus Thüringen. Auch weitere Neonazis aus der Region bekannten sich auf der Kundgebung zu ihren MCs, so trug beispielsweise der ehemalige Kopf der »Bayerischen Garde« eine Kutte des »Terminators MC Bavaria«.

Als der »Bikertreff« in der darauffolgenden Woche erneut nach Cham mobilisierte, folgten schon 200 Personen dem Aufruf. Die Teilnehmenden reihten ihre schweren Motorräder am Rande der Kundgebung auf und das Personenpotenzial aus Rockern und extremen Rechten gab der Aktion ein martialisches Erscheinungsbild. Diesmal beteiligte sich auch das neonazistische »Aktionsbündnis Niederbayern«, es war einer der ersten öffentlichen Auftritte der Gruppe. Das Label ist neu, doch die dahinterstehenden Akteur*innen sind aus regionalen Neonazistrukturen bekannt. Auf der Chamer Kundgebung trafen sie auf bekannte Gesichter: Zum einen, weil sich auch diejenigen ostbayerischen Neonazis beteiligten, die schon in der Vorwoche teilgenommen hatten. Zum anderen, weil man auch den lokalen »Hells Angels«-Nachwuchs kannte, der die Ordner der Versammlung stellte. Manche der jüngeren Rocker scheinen auch die Weltanschauung der Neonazis zu teilen: Bei einer Corona-Kundgebung Anfang Mai in Regensburg trug einer von ihnen ein T-Shirt des Rechtsrocklabels »PC Records« und in sozialen Netzwerken sind sie mit Neonazis aus ganz Bayern vernetzt beziehungsweise verbreiten entsprechende Inhalte. Nicht zuletzt angesichts der Einbindung solcher Personen in die Organisationsstrukturen wirkte es wenig glaubwürdig, dass sich die Kundgebungsredner*innen in Cham von »jeder Art des Extremismus« distanzierten. Vor ihnen standen dabei ungestört Neonazis in T-Shirts mit großem »The White Race«-Brustdruck im Stil des Outdoorlabels »The North Face« oder mit »White Power«-Schriftzug und zeigten ihre NS-Tätowierungen.

Die »friedlichen Bürger« in Deggendorf

Nachdem die Neonazis des »Aktionsbündnis Niederbayern« am Nachmittag des Pfingstmontags in Cham demonstriert hatten, ging es am Abend in Deggendorf weiter. Wie schon in der Vorwoche beteiligten sie sich dort an einem »Montags-Spaziergang«. Auch die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, tauchte vor Ort auf und stellte anschließend ein Video online, das eine Polizeikontrolle der unangemeldeten Versammlung zeigt. Ebner-Steiner echauffierte sich darüber bei Facebook: »Friedlichen Bürgern wird in Deggendorf ein Spaziergang durch die Stadt verwehrt.« Bei diesen »friedlichen Bürgern« handelt es sich neben Anhänger*innen ihrer eigenen Partei zu einem großen Teil um als solche gut erkennbare Neonazis. Dieses Stelldichein von AfD und Neonazis in Deggendorf setzte sich in den folgenden Wochen an jedem Montag fort. Zum Verständnis: Es beteiligen sich hier nicht Neonazis an Veranstaltungen der AfD, sondern umgekehrt. Am zweiten Montag im Juni nahmen bereits rund 40 Personen an der



22. Juni 2020:
Ein Mann mit tätowierter »Schwarzer Sonne« und einem SA-Dolch in Deggendorf

Corona-Kundgebung teil, Neonazis stellten knapp die Hälfte. Ulrich Pätzold, der früher dem NPD-Bundesvorstand angehörte, trat als Anmelder und Hauptredner auf. Auch der ehemalige Inhaber des mittlerweile eingestellten lokalen neonazistischen Kleidungslabels »Diutisc« hielt eine Ansprache. Der »Ordnerdienst« präsentierte sich selbstbewusst: Ein Ordner trug eine Jacke mit gekreuzten Baseballkeulen, dem Zahlencode 18 und dem Schriftzug der subkulturellen Neonazigruppe »Regiment Deggendorf«. Ein Teilnehmer bekannte sich – von der Polizei ungestört – noch offener zum Nationalsozialismus: mit einem Mundschutz mit dem Gesicht Adolf Hitlers. Die neonazistische Dominanz in den Organisationsstrukturen und unter den Teilnehmer*innen setzte sich auch in den Folgewochen fort. Symbole des historischen Nationalsozialismus, wie eine tätowierte Schwarze Sonne oder ein SA-Dolch, rassistische Bekenntnisse wie »100 % White«, »Love your race« und »White Power« oder das Zitat »Ich bereue nichts« des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß auf einem T-Shirt wurden offen sichtbar getragen. In den Kundgebungspausen spielte man neben Songs von Reinhard Mey auch RechtsRock-Balladen wie »Zeit zu rebellieren« von Annett Müller. Die lokalen Anhänger*innen der AfD ließen sich davon nicht abschrecken. Der AfD-Stadtrat Leo Till und andere kamen auch dann noch, als Aspekte wie die Hitler-Maske lokal bereits öffentlich problematisiert wurden.

Diese Distanzlosigkeit mag erstaunen, zumal der Anteil an Personen jenseits der extremen Rechten bei den Kundgebungen sehr überschaubar ist – neue Milieus kann man sich hier kaum erschließen. Offensichtlich überwiegt der Wille, die mit den Neonazis geteilte Kritik an den Maßnahmen »des Systems« auf die Straße zu tragen. AfD, Neonazis und vermeintlich »Unpolitische« verbindet bei den Kundgebungen auch ihr gemeinsamer Hass auf die Medien: Ein Ordner versuchte mit einem Regenschirm, den die nationalsozialistische Hammer & Schwert-Symbolik zierte, Medienvertreter*innen am Fotografieren zu hindern. Die Neonazis des »Aktionsbündnis Niederbayern« veröffentlichten wiederholt Fotos von Journalist*innen und diffamierten sie auf Facebook. Außerdem wurden Medienvertreter*innen bedroht, angegangen und bis zu ihren Autos verfolgt. Eine AfD-Anhängerin postete derweil bei Telegram Fotos des regionalen DGB-Geschäftsführers, nachdem dieser den extrem rechten Charakter der Proteste öffentlich kritisiert hatte.

Die neuen Strukturen aus den Chatgruppen heraus

Eine soziale Bewegung ist typischerweise durch Auf- und Abschwünge sowie Phasen der Latenz geprägt. Nicht selten bildet sich im Verlauf ein harter Kern aus Aktivist*innen und Anhänger*innen heraus. In den Chatgruppen der bayerischen »Corona-Rebellen« ließ sich in den vergangenen Wochen nicht nur dieses Herausbilden neuer Organisationsstrukturen beobachten, sondern auch eine inhaltliche Schnellradikalisierung. Die anfängliche Wut über die geltenden Kontaktbeschränkungen wurde abgelöst durch die »QAnon«, Blut- und Kindermordmythen sowie andere Verschwörungserzählungen. Wo einst noch – wenn auch selektiv und instrumentell – Grundrechtsartikel zitiert wurden, gibt es nun »Reichsbürger«-Phrasen gegen die »BRD-GmbH«. Statt der anfänglichen Klage über eine »Spaltung des Volkes in links und rechts« regiert der rassistische Hass auf die Black Lives Matter-Bewegung und man schickt munter die seit Jahren in der extremen Rechten kursierenden »Anti-Antifa«-Adresslisten hin und her. Von der »Verteidigung des Grundgesetzes« bis zu »Adolf Hitler in nur zwei Monaten«. Das mag manche abschrecken, aber dennoch sind mehr Ärzt*innen und andere Akademiker*innen bereit, hier als Redner*innen öffentlich aufzutreten, als das bisher rechtsaußen zu beobachten war. Die Corona-Proteste haben der radikalen Rechten so nicht nur manch neue Galionsfigur beschert, sondern auch geholfen, das bisherige Aktionsspektrum um Meditations- und Tanzkundgebungen, Autokorsos und Bundesstraßenproteste zu erweitern. Durch die Ergänzung der Proteste um die Themen Motorradfahrverbote, Kindesmissbrauch und »Impfkritik« könnte in Zukunft auch das Personenpotenzial erweitert werden.

*Bei vielen Demonstrationen von Corona-Leugner*innen oder »Hygienekundgebungen« in ganz Deutschland tauchten immer wieder antisemitische Verschwörungsideologien auf. Bei den Teilnehmer*innen, die sich selbst zum Opfer machen, ist wohl eine der krassesten Formen von Geschichtsumdeutung das Tragen einer Armbinde mit der Aufschrift »Jude«, wie hier in Berlin.*

#Querbeet

Reaktionäres Woodstock in Stuttgart

Zeitweise kamen in der baden-württembergischen Landeshauptstadt bis zu 10.000 Menschen zusammen, um unter dem Label »Querdenken« gegen die Corona-Beschränkungen zu demonstrieren. Ein Blick auf die Inhalte und die Riege der Redner*innen offenbart einen deutlich reaktionären Gehalt.

von Lucius Teidelbaum

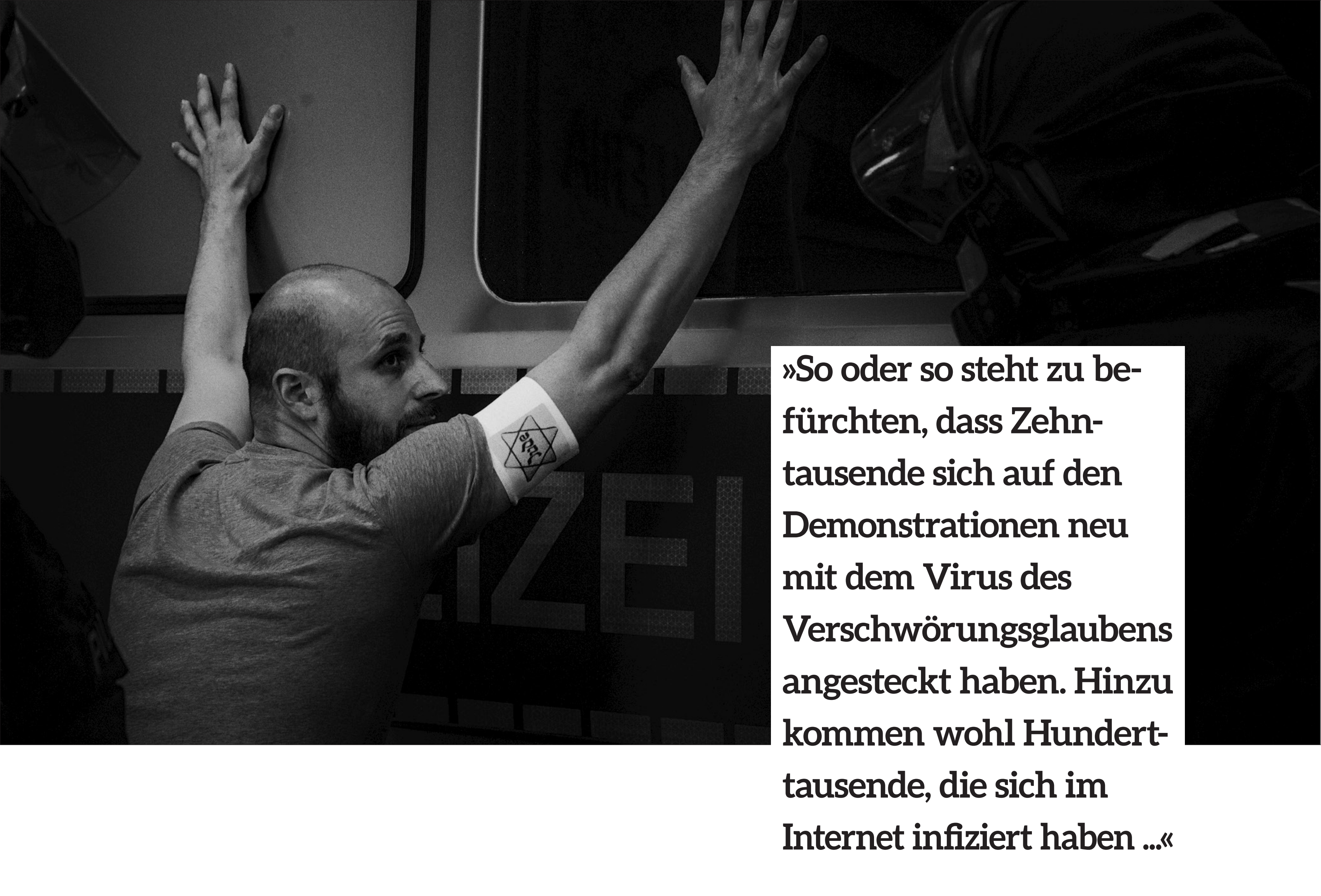
Stuttgart gilt spätestens seit den Auseinandersetzungen um den Umbau des bisherigen Kopfbahnhofs – »Stuttgart 21«, kurz S 21 – als Protest-Hochburg. War das Thema S 21 ein fortschrittlich besetztes, so waren die rechtsklerikalen »Demos für Alle« in Stuttgart 2014 bis 2016 mit bis zu 5.000 teilnehmenden Personen mit ihrer Homophobie und ihrem Antifeminismus deutlich reaktionär.
Nun trieb ein anderes Thema tausende Schwäbinnen und Schwaben auf die Straße: Der Protest unter dem Label »Querdenken« gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Am 2. Mai 2020 waren es 3.000 bis 4.000, am 9. Mai schon 10.000 und am 16. Mai immerhin 5.000 sowie am 31. Mai 2020 noch 1.000 Menschen in Stuttgart, die an »Querdenken«-Demonstrationen teilnahmen. Ein von »Querdenken« veranstaltetes »Fest für Freiheit und Frieden« im benachbarten Leonberg mobilisierte dagegen nur etwa 2.000 Menschen.
Ein buntes Völkchen hatte sich da an den drei Samstagen im Mai auf dem Cannstatter Wasen zusammengefunden – hier findet sonst das zweitgrößte Volksfest der Bundesrepublik statt.
Stellenweise wirkte das Ganze wie eine Neuaufführung des Woodstock-Festivals. Doch die Inhalte waren überwiegend nicht so harmlos wie in Woodstock. Bunte PEACE-Fahnen waren ebenso zu sehen wie schwarz-weiß-rote Reichskriegsflaggen. Die inhaltliche Spannbreite reichte von alternativen Hippies über Esoteriker*innen bis hin zu Reichsbürger*innen und AfD-Mitgliedern.
Die organisierende Gruppe der Groß-Demos in Stuttgart nennt sich »Querdenken 711 – Stuttgart«. Ihr Gesicht und Anmelder ist Michael Ballweg, ein IT-Unternehmer aus Stuttgart, der bisher politisch noch nicht in Erscheinung getreten ist.

Bühne frei für rechte Redner

Inhaltlich sind die Demonstrationen in Stuttgart ein Gemischtwarenladen. Die verbale Abgrenzung von der extremen Rechten und die sehr plakative Pro-Grundgesetz-Attitüde verlieren massiv an Glaubwürdigkeit, wenn gleichzeitig Rechten eine Bühne geboten wird. Sie dürfte aber auch damit zu tun haben, dass hier »rechtsextrem« mit neonazistisch übersetzt wird. Am 9. Mai 2020 durfte der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg – er leitet das Institut für Öffentliche Finanzen der Leibniz Universität Hannover – bei der Kundgebung sprechen. Er war unter anderem 2015 Referent beim Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Bremen und hielt im Berliner Hotel Adlon am 22. Mai 2012 einen kurzen Vortrag zur Buchpräsentation von Thilo Sarrazins neuem Buch »Europa braucht den Euro nicht«. Der rechte Krisenprophet Max Otte, unter anderem Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung«, sprach am 23. Mai 2020 bei »Querdenken« in Darmstadt und am 31. Mai 2020 bei »Querdenken« in Stuttgart. Am 7. Juni 2020 trat Thorsten Schulte in Leonberg an das Mikrofon von »Querdenken«. Schulte ist Buchautor im »Kopp-Verlag« sowie häufiger Referent verschiedener AfD-Gliederungen und trat am 1. Juni 2020 bei PEGIDA in Dresden auf.
Auch der aus Ghana stammende Moderator Nana Domena aus Köln (»Nana Lifestyler«) kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier rechten Akteur*innen eine Bühne geboten wird. Er ist sicherlich selbst kein Rechter, sucht aber den Austausch mit Rechten – er scheint mit allen reden zu wollen. In der Vergangenheit führte das zum Beispiel zu Diskussionen mit Frank Krämer von der RechtsRock-Band »Stahlgewitter«. Ob dahinter Naivität oder ein Aufmerksamkeitsbedürfnis steckt, ist unklar – klar ist, dass dadurch extreme Rechte als »normale Gesprächspartner und Redner« aufgewertet werden.

Vom »Querdenken« zur Querfront?

Inhaltlich boten sich auf den Demonstrationen mehrere thematische Anknüpfungspunkte für rechte Ideologieelemente: Hier kursierten Verschwörungsnarrative mit Erzählungen über angebliche Hintergrundmächte und Pläne der Pandemie, die schnell ins Antisemitische kippen können. Der breite Konsens schien, dass man Opfer einer Verschwörung geworden sei. Redebeiträge und auf den Demos vertretene Plakate und Transparente zeigten, dass die Leerstelle der »Verschwörer« unterschiedlich gefüllt wird. Ganz vorn auf der Besetzungsliste steht Bill Gates. Anwärter sind aber auch ein Pädophilen-Netzwerk satanistischer Eliten, auf das ein ominöser Hinweisgeber namens »Q« angeblich verweist. Aber auch der Holocaust-Überlebende George Soros wird genannt. Die Corona-Verharmlosung bis -Leugnung scheint als Einstiegsdroge in die Welt der Verschwörungsmythen zu funktionieren. Damit verbunden ist die Dichotomie »Volk versus Eliten«, die auch ein Grundschema im Rechtspopulismus ist.



»So oder so steht zu befürchten, dass Zehntausende sich auf den Demonstrationen neu mit dem Virus des Verschwörungsglaubens angesteckt haben. Hinzu kommen wohl Hunderttausende, die sich im Internet infiziert haben ...«

Mit den Verschwörungserzählungen verbunden war auch eine Variante des Feindbildes »Political Correctness«, laut der man bestimmte Dinge nicht mehr sagen dürfe. Auch das Misstrauen, teilweise gesteigert bis zur offenen Feindschaft gegenüber den klassischen Medien wurde thematisiert. Im Gegensatz dazu erfreuten sich rechte und verschwörungsideologische »Alternativmedien« wie »KenFM« oder »Rubikon« starker Beliebtheit.

Die Veranstalter*innen betonten immer wieder, man wolle sich nicht in rechts und links spalten lassen. Als gemeinsames Feindbild müssen auch »Links« beziehungsweise »Antifa« herhalten. Der Angriff auf drei Mitglieder der AfD-nahen Pseudo-Gewerkschaft »Zentrum Automobil«, der Personen aus dem linken Spektrum angelastet wird, führte noch einmal zur Verstärkung dieses Feindbildes. Vor Ort waren auch NS- und Diktatur-Vergleiche anzutreffen, die den Holocaust verharmlosen. Unter den Teilnehmer*innen befanden sich auch Anhänger*innen alternativmedizinischer Ansätze wie zum Beispiel Homöopathie sowie Impf-Gegner*innen, die sich von der sogenannten »Schulmedizin« abgrenzen – Einstellungen, die auch in rechten Milieus beliebt sind.

Der Applaus zu einzelnen Redebeiträgen der Kundgebungen zeigt auch in den YouTube-Aufnahmen die breite Zustimmung. Als der Verschwörungsideologe Ken Jebsen am 9. Mai 2020 in Stuttgart auftrat, wurde er wie ein Popstar bejubelt. Auch als er behauptete, in Deutschland herrsche seit 1949 eine »Demokratie-Simulation«. Dass Rechte von solchen Protestveranstaltungen angezogen werden, verwundert wenig. Sie befanden sich augenscheinlich meist in der Minderheit, wurden aber bis auf wenige Ausnahmen geduldet.

Wachsende Gemeinde der Verschwörungsgläubigen

Die Demonstrationen gegen die Corona-Beschränkungen fanden bundesweit statt. Im Vergleich war Stuttgart zahlenmäßig die Protest-Hochburg. Doch auch anderswo im Ländle wurde demonstriert. Insgesamt lassen sich im Zeitraum vom 1. April bis zum 1. Juli 2020 Ankündigungen für knapp 400 Anti-Corona-Demonstrationen allein in Baden-Württemberg finden. Diese waren sehr unterschiedlicher Art: Von gemeinsamen Meditationen bis zu klassischen Demonstrationen.

Nur bei mindestens 15 Prozent aller angekündigten Demonstrationen lässt sich eindeutig ein extrem rechter Hintergrund bei den Veranstaltenden feststellen, zum Beispiel wenn diese zu AfD oder NPD gehören. Häufiger und zahlreicher besucht sind Demonstrationen wie von »Querdenken 711 – Stuttgart«. Diese waren keine genuin extrem rechten Demonstrationen, aber inhaltlich reaktionär und vom Zugang her rechtsoffen. Sie erinnern damit stark an die Friedensmahnwachen im Jahr 2014. Die Anti-Corona-Demos hatten ihren Höhepunkt Anfang bis Mitte Mai 2020 überschritten. Seitdem sind die Teilnehmendenzahlen stark zurückgegangen. Die Netzwerke bleiben aber bestehen und könnten bei einer zweiten Welle wieder reaktiviert werden. Aus einer auf die Corona-Welle folgende Pleitewelle könnte sich zudem auch eine »Shutdown-Folgeschäden-Bewegung« entwickeln. So oder so steht zu befürchten, dass Zehntausende sich auf den Demonstrationen neu mit dem Virus des Verschwörungsglaubens angesteckt haben. Hinzu kommen wohl Hunderttausende, die sich im Internet infiziert haben. Die gesteigerte Rezeption der Videos von Ken Jebsen und anderer ist ein starker Hinweis darauf.

#Religionsersatz

Promis auf Abwegen

Die Corona-Pandemie hat im Dunstkreis der Rechten Absurditäten offen gelegt. Verschwörungsmythen machen bei esoterischen Impfgegner*innen und veganen Sektierer*innen die Runde. Aber auch einige Promis sind infiziert.

von Sören Frerks



Schon vor COVID-19 war klar, dass Xavier Naidoos Weg »kein leichter« sein wird und seine Statements von politischer Umnachtung zeugen. Während er 2005 noch mit der Band »Söhne Mannheims« gegen Neonazigewalt sang und bei den »Brothers Keepers« der »braunen Scheiße endlich Einhalt« bieten wollte, mauserte er sich in den letzten Jahren zum Produzenten rechter Thesen und Verschwörungsideologien mit Auftritten bei Reichsbürger*innen, Wünschen nach Selbstjustiz gegen Geflüchtete oder der »Entlarvung« von »Fridays for future«, SPD und der Partei »Die Linke« als »die neuen Faschisten«.

Verschwörungsstars

Sein längst überfälliger Rauswurf beim Fernsehsender RTL krönte ihn zum Spiritus Rector einer Promi-Riege, die in der Corona-Krise kein noch so absurdes Gedankenexperiment ausließ. Naidoo glaubt, dass Kinder unterirdisch als Sklaven gefangen und kannibalistisch getötet werden für den Handel mit dem körpereigenen Stoff Adrenochrom und Organen. In diesem Mythos gelten Jüdinnen und Juden gleichsam als blutsaugende Vampire und Parasiten.

Auf Platz zwei der prominenten Verschwörungsfanatiker hat sich Attila Hildmann katapultiert. Vor ein paar Monaten war er nur einer eingefleischten Vegan-Community durch Kochvideos bekannt. Inzwischen hat er es zu zweifelhafter Bekanntheit gebracht. Vor dem Bundestag marschiert er regelmäßig mit einem Milieu aus Reichsbürger*innen, NPD-Resten und Impfgegner*innen auf und verkündet, Microsoft-Chef Bill Gates wolle 7,5 Milliarden Menschen töten und die Maßnahmen gegen Corona seien schlimmer als der Nationalsozialismus. Und überhaupt sei Adolf Hitler im Vergleich zu Bundeskanzlerin Angela Merkel »ein Segen gewesen«. Und weiter sagt er: »Mein Onkel war bei der Wehrmacht. Ich sage Ihnen eine Sache: Ich bin bereit, für dieses Land zu sterben.«

An dritter Stelle folgt der gescheiterte Radio-Moderator Ken Jebsen. Statt im RBB verbreitet er seine Ansprachen nun seit Jahren über den eigenen Online-Kanal »KenFM«. Die aktuelle Krise gibt ihm neues Futter. Bill Gates habe die Weltgesundheitsorganisation übernommen und stecke hinter den Corona-Maßnahmen. Es sei eine weltweite Impfpflicht geplant und Masken seien schädlich, behauptet er. Die jüdische Weltverschwörung habe sich in die Bundesregierung eingekauft. Und auch der bekannte Virologe Christian Drosten vom Berliner Krankenhaus Charité sei von Gates korrumpiert.

Narzissmus

Schaut man sich an, wer aus welchen Gründen Verschwörungsmythen in die Welt setzt, so entspringt das nicht etwa einer überbordenden Kreativität. Vielmehr changiert das Mitteilungsbedürfnis zwischen gekränktem Ehrgefühl und übersteigertem Ego. Jebsen mimt gern das Enfant terrible und labt sich an mehreren Millionen Aufrufen seiner Videos. Da er bei den angeblich gleichgeschalteten Medien nicht landen kann und ihn die – um im Duktus zu bleiben – »Altparteien« ignorieren, lässt er sich von seiner Querfrontgefolgschaft als Star des selbsternannten Widerstands feiern, der den Umsturz schon am Horizont aufkommen sieht. Wie in Stuttgart, wo er auf dem Cannstatter Wasen vor 10.000 Menschen sprach. Im Publikum auch der verurteilte Holocaustleugner Nikolai Nerling alias »Volkslehrer« sowie der baden-württembergische Abgeordnete der »Alternative für Deutschland« Stefan Räpple. Ein ähnliches Bild in Berlin: Auch hier »Promi-Fotos« mit Fans. In der Bundeshauptstadt kamen aber nur ein paar Hundert Verschwörungsanhänger*innen zur sogenannten »Hygienedemo«.

Ähnlich kurios tritt Eva Herman auf. Einst bekanntes Gesicht der Tagesschau; nun seit Jahren der Abstieg in die Drittklassigkeit, um unter anderem die traditionelle Familie vor dem Untergang zu bewahren. In der Ankündigung ihres Buches »Die Wahrheit und ihr Preis. Meinung, Macht und Medien«, das im rechten »Kopp Verlag« mittlerweile für 3,99 Euro verkauft wird, ist ihre Kränkung förmlich zu spüren. Es sei »vor laufenden Kameras und unter den Augen eines Millionenpublikums zu einer Art ›Inquisitionstribunal‹« gekommen. Ihr berufliches Leben sei »zerstört, als Mensch wird sie zur ›Persona non grata‹«. Um ihr Ego wieder aufzupolieren, macht sie seither auch christlich-fundamentalistisches Online-TV. Zu Höherem berufen fühlt sie sich allemal. Denn diese Weihe scheint ihr zumindest in der eigenen Wahrnehmung den Durchblick in der Welt zu verschaffen. Ob angebliche Verschwörung um den Anschlag auf das World Trade Center oder Finanziers, die mit Euro-Einführung und »Flüchtlingskrise« den Untergang des Abendlands planten, sie weiß



Hildmann schafft es, das Grundgesetz zu halten.

es. Statt mit einstigen Kolleg*innen der ARD umgibt sie sich nun mit Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder oder Thilo Sarrazin und deren Denken. Mit Menschen aus diesem Milieu unterzeichnete sie auch die »Gemeinsame Erklärung 2018« gegen »illegale Masseneinwanderung« und den vermeintlichen Zusammenbruch »der staatlichen Ordnung«.
Die Corona-Pandemie gab Eva Herman neues Futter für ihren Medien-Ritt. Die aktuelle Pandemie sei von geheimen Eliten erfunden worden, um eine »Neue Weltordnung« zu errichten und die Macht an sich zu reißen. Wer genau dahinter steckt, diese Antwort bleibt sie aber schuldig. Auch in einem Online-Interview von Herman mit Naidoo gab es dazu keine Antworten, wenngleich der antisemitische Impetus unüberhörbar war.

Echokammer ohne Ausgang

Würde diese verschworene Promi-Gemeinschaft unter sich bleiben, hätte das höchstens Potential für eine dürftige Telenovela mit kurzer Halbwertszeit. Doch YouTube, Facebook und Instagram verschaffen ihnen die Aufmerksamkeit, die ihren Narzissmus nährt. Jebsens Video »Gates kapert Deutschland« wurde in wenigen Tagen über fünf Millionen Mal angeschaut. Naidoos weinerliche Adrenochrom-Erleuchtung bekam rund 1,5 Millionen Klicks. Und sein Zwiegespräch mit Herman brachte es auf 56.000 Aufrufe.
Diese Online-Bühne hat das Zeug zur Immunmachung gegen jedwede Kritik und bringt so manche erstaunliche Schützenhilfe weiterer Prominenter hervor. Da springt ein Til Schweiger nun Naidoo wie in geistiger Umnachtung mit folgenden Worten zur Seite: »Ich mag den Kerl so gern.« Und der Rapper Sido ließ sich ebenso von dessen Aura anstecken und sinnierte in einem Video über reiche Kinderhändler und gleichgeschaltete Medien. Außerdem fütterte er wiederholt antisemitische Mythen um die jüdische Familie Rothschild und meinte, Merkel wolle mit der Corona-Pandemie absichtlich die Risikogruppen »abmurksen«. Seine spätere Distanzierung von Hildmann und Naidoo war genauso wirr wie die Erzählungen selbst.
Und auch C-Promis machten mit. So zum Beispiel Detlef D. Soost: Vor zehn Jahren war er das Gesicht der Fernsehshow »Popstars« und schrieb nun angesichts der durch Hildmann und Co. aufgeheizten Debatte um eine vermeintliche Impfpflicht bei Instagram mit unzähligen Fragezeichen versehen: »Sind wir demokratisch oder diktatorisch?« Danach ruderte er zurück, nicht aber ohne Jebsen aufzuwerten: »KenFM ist jetzt nicht so schlecht. Extrem, aber hat auch den einen oder anderen positiven Ansatz!« Nicht zuletzt schmückt auch der Weltstar Robbie Williams die Promi-Riege auf Abwegen. In einem Interview bestärkt er Mythen der »QAnon«-Bewegung, laut denen die USA von einer Schattenregierung gesteuert werde und Erzählungen von Illuminaten, welche die Weltherrschaft an sich reißen würden. Wer will, kann sich nur noch durch diese Social Media-Echokammer klicken. Die Wahrheit wird selbstreferentiell – für die B- oder C-Promis, Welt-Stars und die Zuschauer*innen.

Vom VIP zum Heiland

Wahlweise stehen der Untergang der Welt, Zwangsimpfungen und Verstrahlung oder die Versklavung durch geheime Mächte unmittelbar bevor. Die einzigen, die da noch helfen können, sind – vorgeblich und wenig überraschend – die Weisheiten der geschassten Promis. Verfolgungswahn wird zum Artikulationsmotor und gepaart mit einem Hyper-Individualismus zur Verschwörungserzählung par excellence. Was hier entsteht, ist ein quasi-religiöses Sektierertum, das eine Gefolgschaft im vorpolitischen Raum erzeugt und sich vom rationalen Diskurs verabschiedet. Die Antwort auf undurchsichtigen Kapitalismus und herrschende Weltdiplomatie sind Scheinerklärungen, die inhaltlich herbeifantasiert und falsch sind. Doch Inszenierung ist alles. Der Contest um den neuen Heiland ist bei Naidoo, Jebsen und Hildmann in vollem Gange.

#NPD

»Deutsche Stimme« immer leiser

Um ihrem anhaltenden Sinkflug entgegen zu wirken, will sich die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« recyceln und erwägt gar einen Namenswechsel. Daneben will die Partei ihr Blatt »Deutsche Stimme« als Magazin neu erfinden, um neue Leser*innen zu gewinnen.

von Kai Budler



»Wohin, deutsche Rechte?«, fragt das NPD-Blatt »Deutsche Stimme« (DS) auf der Titelseite seiner Juni-Ausgabe 2020. Eine Frage, die auch für die NPD gilt: Immer noch hat sie keinen Weg aus ihrer Dauerkrise gefunden, die sich in ihren Wahlergebnissen widerspiegelt. Sachsen galt bisher als die parlamentarische Hochburg der NPD, nachdem sie dort mit 9,2 Prozent bei den Landtagswahlen 2004 das zweithöchste Ergebnis erreicht hatte, das die Partei jemals bei Landtagswahlen erzielen konnte. Knapp zog sie mit 5,6 Prozent auch 2009 wieder in den sächsischen Landtag ein, doch bei der darauffolgenden Wahl war Schluss mit NPD-Landtagsmandaten. Mit dem Aufkommen der »Alternative für Deutschland« (AfD) schrumpfte bei der Landtagswahl 2019 das Ergebnis der ältesten extrem rechten Wahlpartei auf nur noch 0,6 Prozent. Im Nachbarland Thüringen erreichte die NPD gar nur noch 0,5 Prozent – von einem Landtagseinzug kann die Partei im Freistaat weiterhin nur träumen. In Brandenburg trat die Partei gar nicht erst zur Landtagswahl an und nach der Europawahl 2019 war es auch um das Mandat des früheren NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt geschehen.

Die Dauerkrise der NPD manifestiert sich auch in der Zahl ihrer Mitglieder, die sich inzwischen gegenüber dem Höchststand 2007 fast halbiert hat. Bei den NPD-Unterorganisationen wird man auf der Suche nach Aktivitäten lediglich bei den »Jungen Nationalisten« (JN) fündig, auch wenn von »Aktivismus« dort kaum die Rede sein kann. Nichts zu hören ist vom »Ring Nationaler Frauen« (RNF) und der »Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD« (KPV). Bereits 2014 hatte die Krise zu einer »Strategiedebatte« in der DS geführt, die im vergangenen Jahr erneut aufflammte. Auf seiner Klausurtagung im September 2019 in Berlin beriet der Parteivorstand, »wie die Nationaldemokratie wieder Fahrt aufnehmen und an Einfluss gewinnen kann« und der Parteivorsitzende Frank Franz kündigte einen Neustart an für eine »neue NPD mit einem neuen Namen, neuen Ideen und Konzepten«.

»Das Schwert der Nationaldemokratie neu schärfen«

Weil die Partei unter ihrem alten Namen ein Imageproblem habe, solle nun ein neuer Name einen leichteren Zugang zu neuen Zielgruppen ermöglichen, denn die NPD sei für viele »kein lohnenswerter Bündnispartner [...], mit dem man gerne zusammenarbeiten möchte«, sagt Franz im DS-Interview. Eine mögliche Namensänderung sei »eine Art ›Bewerbung‹ an potenzielle Bündnispartner, um zu zeigen, dass wir aus Fehlern gelernt haben. Dass wir bereit sind, echte Politik zu machen«. Von dem im Januar 2018 initiierten »Völkischen Flügel«, der einen Liberalisierungsprozess sowie eine Perspektivlosigkeit und schwindende Moral innerhalb der Partei bemängelt hatte, ist in der Debatte hingegen nichts mehr zu hören. Die parteiinternen Angriffe des Netzwerks um Vizechef Thorsten Heise auf die NPD als »erfolglose Wahlpartei systemaffiner Politikjongleure« sind längst nicht mehr wahrnehmbar. Heises Versuch, die Kooperation mit anderen neonazistischen Spektren wieder herzustellen, erschöpft sich in der Ausrichtung des »Schild und Schwert«-Festivals im sächsischen Ostritz. Stärker aufgreifen will die Partei das Thema Naturschutz und dabei als »Greenpeace von rechts« agieren. Ziel sei es, öffentlichkeitswirksam und aktionsorientiert als »überparteilich anmutende Initiative« und »patriotische NGO« wahrgenommen zu werden. Weil der NPD nach den Stimmverlusten die mit Geldern und Ressourcen verbundenen Mandate im Europaparlament und in den Landtagen fehlen, setzt die Partei auf ihre verbliebenen kommunalen Mandatsträger*innen. Ihre Zahl beläuft sich Schätzungen zufolge auf etwa 200 Politiker*innen auf kommunalpolitischen Ebenen, auf die sich die NPD nun konzentrieren will. Dazu gehöre »die Pflege und Vernetzung der vorhandenen kommunalen Mandatsträger, aber auch die Gewinnung neuer ›Lokalpolitiker‹«. Auf dem Bundesparteitag Ende 2019 beauftragten rund 60 Prozent der Delegierten den Parteivorstand, ein Konzept für die Zukunft der NPD zu erarbeiten. Darin soll auch eine Umbenennung der NPD geprüft werden, um wieder »attraktiver für authentisch-nationale Wähler wie Aktivisten zu werden«. Als Gegner einer möglichen Umbenennung gilt das Lager um den ehemaligen Bundesvorsitzenden und aktuellen Vizechef Udo Voigt. Unter den insgesamt zehn »Prüfsteinen und Elementen des Neustarts« befinden sich auch eine Professionalisierung der Medienarbeit, ein »Newsroom« und neue Sendeformate sowie eine »bessere Positionierung der Deutschen Stimme im parteipolitischen



Der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD und ehemaliges Mitglied des EU-Parlaments, Udo Voigt, mit dem DS-Chefredakteur Peter Schreiber.

Umfeld und vorpolitischen Raum«. Denn die 1976 gegründete NPD-Zeitung konnte sich nach eigenen Angaben zwar wirtschaftlich konsolidieren, kämpft jedoch gegen ein Nischendasein inmitten der inzwischen gewachsenen Zahl rechter Blätter. Damit jedoch die »Werbung für unsere neue NPD nicht zu aufdringlich« werde, soll die ursprünglich auf 24 Seiten im DIN A3-Format veröffentlichte DS »auf dem breiten Feld der konservativen und patriotischen Publikationen« nun als Magazin mit einem »nationaldemokratischen Markenkern« erscheinen.

»Deutsche Stimme« mit Nischendasein

Ohnehin sind die Zeiten längst vorbei, in denen die DS zu einem führenden meinungsbildenden Theorieorgan der extrem rechten Szene gehörte. Stattdessen wurde der Verlag immer wieder von Pleiten und Pannen erschüttert. 2010 musste er sich wegen finanzieller Verluste 140.000 Euro beim sächsischen NPD-Landesverband leihen, woraufhin sich der damalige Bundesvorsitzende Holger Apfel und sein Stellvertreter Udo Pastörs weitreichenden Einfluss sicherten. Drei Jahre später sprach Pastörs von einem diffusen ökonomischen Konzept und forderte ein grundlegendes »Sanierungsprogramm«. Im selben Jahr musste der Verlag seinen Versandhandel abschalten, nachdem die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien den Online-Katalog indiziert hatte. Mit dem Verlust seines Versandhandels verlor der Verlag auch sein Angebot an eine breit orientierte Klientel, die weniger die Zeitung interessiert als die über den Versand vertriebenen Artikel für das extrem rechte subkulturelle Umfeld.
Unvergessen auch der Skandal bei den Leser*innen, als 2005 bekannt wurde, dass die DS in Polen gedruckt wurde, während die NPD im Wahlkampf wieder mit Parolen wie »Grenze dicht für Lohndrücker« die Ängste deutscher Arbeitnehmer*innen schürte. Auch von einer Auflage mit 100.000 Exemplaren zum Start der Zeitung kann die Partei nur träumen, schon 2006 betrug die Auflage nur noch etwa ein Fünftel davon. Zwar ist über die aktuelle Auflage nichts bekannt, sie dürfte jedoch weit entfernt von den pro Monat etwa 40.000 verkauften Exemplaren des rechten Konkurrenten »Compact« liegen. Von Neuerungen ist personell in der DS-Redaktion bislang nichts zu spüren. Chefredakteur ist nach wie vor der seit 2014 amtierende Peter Schreiber, der auch der Geschäftsführer des »Deutsche-Stimme-Verlags« und Vorsitzender des sächsischen Landesverbandes ist. Als stellvertretender Chefredakteur fungiert Jürgen Gansel, zur Redaktion gehören außerdem Arne Schimmer, Safet Babic, Lutz Dessau, Sascha Roßmüller, Michael Mayer, Maik Müller, Ronny Zasowk und Stefan Paasche.

Neuerungen? Fehlanzeige

Offenbar baut die Redaktion beim Versuch des »qualitativen Quantensprung[s]« auf die althergebrachte Männerriege, die wie Roßmüller und Schimmer bereits Anfang der 2000er Jahre an der DS beteiligt war, und andere langjährig aktive Parteikader. Auch die Themenauswahl ihrer Titelschwerpunkte bedient die althergebrachten Punkte der NPD und trägt wenig bis gar nicht dazu bei, die Zielgruppe zu erweitern. Daran ändert der wiederbelebte YouTube-Kanal »DS-TV« wenig, auch wenn Schreiber in einer Folge in den Reihen der Szene um die »Hygiene-Spaziergänge« um Anhänger*innen buhlt. Die interviewten »Lockdown-Kritiker« entpuppen sich bei näherer Betrachtung lediglich als zwei NPD-Kommunalpolitiker aus dem Erzgebirge.
Die Lektüre der ersten Ausgaben in Magazinform zeigt, dass das Parteiblatt viel zu tief im eigenen Milieu verankert ist, um wirklich Leser*innen anderer Spektren erreichen zu können. Der Schwerpunkt in der Juni-Ausgabe umfasst lediglich drei Texte, darunter das Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Franz. Auch das bisherige Redaktionsteam konnte nicht deutlich erneuert oder erweitert werden. Und somit könnte sich die Frage auf dem Titel der Juni-Ausgabe »Wohin, deutsche Rechte?« demnächst selbst beantworten. Mit ihrer lediglich selbstreferentiellen Funktion könnte die DS der »National Zeitung« folgen, die seit Mitte der 1950er Jahre erschien. Wegen des »Medienwandel[s] der letzten 15 Jahre« und des »damit einhergehenden geänderten Nutzerverhalten[s]« hatte der »Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH« mit Sitz in München das älteste Wochenblatt der extrem rechten Szene im Dezember 2019 eingestellt.

#Querfront

»Front Populaire«

Ein Zeitschriftenprojekt macht Furore.

von Volkmar Wölk

Es kann als ungewöhnlich bezeichnet werden, dass eine Zeitschrift bereits vor der ersten Ausgabe 30.000 Abonnent*innen zählen kann. Eigentlich undenkbar. In Deutschland jedenfalls. In Frankreich ist das Realität. Stolze 15 Euro für 160 Seiten im Großformat. Kaum Werbung, lediglich von der rechten Wochenzeitung »Valeurs actuelles« (»Aktuelle Werte«) und dem ebenso rechten Monatsblatt »Le Causeur« (»Der Plauderer«). Beide Zeitschriften machten bereits zuvor Werbung für die neue Konkurrenz, indem sie dem Herausgeber Gelegenheit zur ausführlichen Darstellung in Interviews boten. Rechts will seine Zeitschrift allerdings nicht sein; links aber auch nicht. Oder besser: Das Blatt vereine links und rechts, jedenfalls deren beste Seiten. Die Mischung von Buch und Magazin ist die Idee von Michel Onfray, einem lange der radikalen Linken zugerechneten Philosophen, dessen Einfluss und Medienpräsenz in Frankreich enorm sind. Mehr als 100 Buchveröffentlichungen zählt sein Werk bisher; etliche davon Bestseller. Seine »Gegen-Geschichte der Philosophie« umfasst inzwischen elf Bände. Der letzte davon behandelt vernachlässigte Denker der 68er-Bewegung: Henri Lefebvre, Herbert Marcuse, Guy Debord und Raoul Vaneigem. Begonnen hatte Onfray als »Linksnietzscheaner«, heute bezeichnet er sich als »Postanarchisten«.

Ein lupenreiner Linker also? Keineswegs. Seine Version des Anarchismus fußt wesentlich auf der Gedankenwelt von Pierre-Joseph Proudhon, dessen Antisemitismus, Antifeminismus und Demokratiefeindschaft notorisch sind. Seiner 2019 publizierten »Theorie der Diktatur« stellte er den Essay »Orwell und das Maastricht-Imperium« voran, in dem er die »liberal-nihilistische EU« in die Nähe des Staates von »1984« rückt und in den »Gilets jaunes« (»Gelbwesten«) ein Instrument des Volkszorns gegen die EU sieht. Der Essay endet mit dem von revolutionären Bewegungen häufig zitierten Satz von La Boétie: »Seid entschlossen, nicht mehr zu dienen, und ihr seid frei!«

Genau diesen Satz hat Michel Onfray auch als Motto für seine Zeitschrift gewählt. »Front Populaire«, deutsch: »Volksfront«, heißt sie und weckt damit im Nachbarland historische Assoziationen. Denn eine reale Volksfront hat es bereits gegeben, ab 1936 als Reaktion auf den Aufstieg faschistischer Kräfte in Europa. Die von Sozialist*innen und Radikaldemokrat*innen gestellte und von Kommunist*innen gestützte Regierung brachte für die Lohnabhängigen erhebliche soziale Verbesserungen: Anerkennung der Gewerkschaften, Einrichtung von Betriebsräten, Streikrecht, beträchtliche Lohnerhöhungen sowie Urlaubsanspruch. Das Projekt scheiterte, weil die Kommunist*innen aus Protest gegen die Beendigung der Hilfe für die republikanische spanische Regierung ihre Unterstützung entzogen.

Onfrays »Front populaire« stellt sich damit in die Traditionslinie der Interessenvertretung der aufbegehrenden »Kleinen Leute«. Das Heilmittel gegen deren Misere besteht für ihn jedoch nicht in einem radikalen sozialen Reformprogramm, sondern in einem Begriff, der auch das Motto der ersten Ausgabe seiner Zeitschrift liefert: »Souveränismus«.

Vereinfachen wir den Hauptgedanken hinter dem Begriff: Eine wirksame Sozialpolitik im Sinne der »einfachen Leute« sei nur im Rahmen des Nationalstaates möglich. Eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen könne nur unter der Voraussetzung erlangt werden, dass die »Diktatur des Maastricht-Imperiums« beendet und die Souveränität des Nationalstaates wiedergewonnen werde. Ideengeschichtlich knüpft Onfray damit an ein vor über hundert Jahren entwickeltes Konzept an: den »Cercle Proudhon« (»Proudhon Kreis«).

Diese angestrebte Synthese aus Nationalismus und sozialer Ausrichtung findet in der Zeitschrift »Front Populaire« ihren Niederschlag in den Autor*innen, deren Namen in ihrer Gesamtheit den Anspruch widerspiegeln, das Projekt bewege sich jenseits der herkömmlichen Positionen von »rechts« und »links«. Die Liste der Mitwirkenden reicht politisch vom ehemaligen Trotzkisten Georges Kuzmanovic, der »La France insoumise« (»Das nicht unterwürfige Frankreich«) wegen seiner Forderung nach »Austrocknung der Migrationsströme« verlassen musste und 2019 seine eigene Mini-Partei »République souveraine« gründete, über den ehemaligen sozialdemokratischen Minister und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Chevénement, der sich vom führenden Vertreter des linken Parteiflügels der »Parti socialiste« (»Sozialistische Partei«, PS) zum National-Sozialdemokraten entwickelt hat, und den EU-feindlichen konservativen ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Philippe de Villiers bis hin zu Thibault Isabel, dem langjährigen Chefredakteur des Theorieblatts »Krisis« der »Nouvelle Droite« (»Neue Rechte«). Jenseits von links und rechts? Onfray schreibt in seinem Leitartikel: »Das Problem besteht nicht länger darin, jene, die links wählen, gegen jene zu stellen, die rechts wählen, sondern jene, die an Frankreich glauben, gegen jene, die dies nicht tun.« Und gleich anschließend darf Thibault Isabel begründen, »warum wir eine neue Volksfront gegen die Globalisierung errichten müssen«.

Niemanden in Frankreich würde es erstaunen, wenn rechtzeitig vor der Präsidentschaftswahl aus dem Zeitschriftenprojekt eine politische Bewegung würde. Noch bestreitet Michel Onfray das. Noch.



#Nachruf

Eine Stimme der Vernunft ist verstummt

Zeev Sternhell
(10. April 1935 Przemysl, Polen – 21. Juni 2020 Jerusalem, Israel)

von Volkmar Wölk

»Der Holocaust-Überlebende, Kriegsveteran und revolutionäre Denker veränderte die Sichtweise der Wissenschaft auf die extreme Rechte und warnte vor dem Ende der Demokratie in Israel«, so beginnt die liberale israelische Tageszeitung »Haaretz« ihren Nachruf auf Zeev Sternhell, eine führende Stimme der israelischen Linken und vor allem ein weltweit anerkannter Faschismusforscher. Unermüdlich warnte Sternhell, der Faschismus sei keineswegs mit dem Ende der faschistischen Diktaturen verschwunden, sondern werde immer Teil unserer Welt bleiben.

Sternhell hatte mit seinem 1983 erschienenen Buch »Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France« (»Weder rechts noch links. Die faschistische Ideologie in Frankreich«) gegen mehrere Tabus der französischen Geschichtsschreibung verstoßen. Hier galt es als unumstößliches Dogma, es habe eine »französische Allergie« gegen den Faschismus gegeben und dieser sei nie mehr als ein »marginales Phänomen« gewesen. Er hingegen behauptete, dieser sei natürlich ein Bestandteil des französischen Geisteslebens gewesen, denn: »Der Faschismus ist eine Revolte gegen die Prinzipien der Aufklärung, oder konkreter gegen die Demokratie, den Sozialismus marxistischen Ursprungs und den Liberalismus.« Den deutschen Nationalsozialismus wiederum schloss Sternhell aus dem Idealtypus Faschismus aus, denn »der biologische Determinismus, ohne den es den Nazismus nicht geben kann, ist kein konstitutives Element des Faschismus«. Zwar habe es im Faschismus stets mehr oder minder stark Antisemitismus gegeben, nirgends sonst aber sei wie beim Nazismus ein eliminatorischer Antisemitismus zentraler Ausgangspunkt des Denkens und politischen Handelns gewesen. Der Widerspruch war erwartbar.

Eine revolutionäre Variante der Rechten habe in Frankreich nicht existiert, monierten Sternhells Kontrahent*innen. Dieser widersprach und lieferte Belege. Sogar die Ursprünge des Faschismus lägen in Frankreich. Er sei nicht als Produkt der dem Ersten Weltkrieg folgenden Krise entstanden, sondern seine Ideologie habe schon 1911 zur Gründung einer entsprechenden Gruppierung geführt. Das neue Produkt musste den Zeitgenoss*innen als »Weder rechts noch links« erscheinen, da sie Elemente beider entgegengesetzter Pole enthielt. Gemeint war der »Cercle Proudhon« (»Proudhon Kreis«), benannt nach dem anarchistischen Theoretiker Pierre-Joseph Proudhon, mit dem eine ideologische Synthese bisher als unvereinbar geltender feindlicher Gruppierungen versucht wurde. Auf der einen Seite die »integralen Nationalisten« der »Action française«, der größten antidemokratischen und monarchistischen Organisation, auf der anderen führende Intellektuelle der revolutionären Syndikalisten aus der Gewerkschaft »Confédération générale du travail« («Allgemeiner Gewerkschaftsbund«, CGT). Um die Größe der Nation und Ordnung wieder herzustellen, müssten die unterdrückten und besitzlosen Klassen in die Nation integriert werden. Dafür sei es unerlässlich, die demokratischen Institutionen zu zerstören. Sternhells Grundannahme widerspricht der These von Ernst Nolte und anderen Revisionisten, der Faschismus sei eine Antwort auf den Bolschewismus gewesen.

Zeev Sternhell betreibt Ideengeschichtsschreibung. Er untersucht Faschismus als internationales Phänomen, konzentriert auf dessen Ideologie in der Bewegungsphase. Man könne, so argumentiert er, schließlich auch nicht den Kommunismus mittels der Sowjetunion unter Stalin analysieren, sondern müsse zurück zu den Ursprüngen der Ideologie. Ob man seine Thesen teilt oder nicht, unbestritten ist, dass er die Faschismusforschung erheblich befruchtet hat.

So streitbar wie im Wissenschaftsbetrieb war Sternhell auch als politischer Akteur in Israel. Zeit seines Lebens war er überzeugter Zionist, Zeit seines Lebens war er überzeugter Sozialist. Ein Jahrzehnt gehörte er als Vertreter des linken Parteiflügels dem Zentralkomitee der israelischen Arbeitspartei an. Bis 1982 nahm er als Offizier an allen israelischen Kriegen teil und war zugleich als Mitbegründer der Organisation »Frieden jetzt« Stimme der israelischen Friedensbewegung. Für ihn waren die gültigen Grenzen Israels jene von 1949, die Annexionspolitik kritisierte er immer wieder heftig. Das machte ihn zum Hassobjekt der rechten israelischen Siedler*innen. Ein Kopfgeld wurde auf ihn ausgesetzt, 2008 kam es zu einem Bombenanschlag auf ihn. Bis zuletzt war er heftiger Kritiker der israelischen Rechtsregierung. Diese gefährde die Demokratie, die Israel im Nahen Osten einzigartig mache, und die Zukunft der kommenden Generationen. Sein Credo lautete: »Die Rolle des Intellektuellen, welcher der Gesellschaft über seine Wissenschaft hinaus dienen möchte, besteht darin, das herrschende Regime zu kritisieren und die Schwächen der Gesellschaft aufzuzeigen.«

Möge ihm die Erde leicht sein.



Von »Fake Facts« und Verschwörungserzählungen

von Sascha Schmidt

Eine Veröffentlichung mit perfektem Timing: Nahezu zeitgleich zu den »Hygiene-Demos« erschien »Fake Facts – Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen« von Katharina Nocun und Pia Lamberty. Man könnte fast geneigt sein, die Frage zu stellen, ob die zeitlichen Parallelen dem Zufall geschuldet waren – bis man die ersten Kapitel des Buches gelesen hat. Darin machen die Autorinnen deutlich, dass nur weniges von dem, was sich an Verschwörungserzählungen (VE) im Rahmen der Versammlungen beobachten ließ, wirklich neu ist – weder das Misstrauen gegenüber Wissenschaft und Medien, noch die Mythen über Pandemien und die vermeintlich dahinter stehenden Pläne. Mit dem Verweis auf die in zahlreichen Studien erfassten hohen Zustimmungswerte zu VE verwundert auch die Heterogenität der Teilnehmenden nicht mehr. Wie die Autorinnen betonen, spielen für die Anfälligkeit von VE weder Alter, Bildung, noch Geschlecht oder sonstige soziale Faktoren eine relevante Rolle. Nocun und Lamberty räumen mit gängigen Klischees über Verschwörungsgläubige auf und warnen davor, diese zu pathologisieren. Es gelte stattdessen anzuerkennen, dass »wir alle Eigenschaften in uns tragen, die den Glauben an VE begünstigen«.

Der Schwerpunkt des Buchs liegt jedoch auf der Auseinandersetzung mit – mehr oder weniger bekannten – VE im Kontext von Wahlen, Medien, dem Klimawandel, dem Gesundheitsbereich (auch Impfgegner*innen und »Corona-Skeptiker*innen«) oder »Flat Earth«-Theorien sowie mit klassischen, antisemitischen Erzählungen über »geheime Mächte« und solchen der extremen Rechten. Außerdem widmen die Autorinnen sich der Verbreitung von VE in linken Kreisen und der Esoterikszene. Ihre Darstellungen verknüpfen sie immer wieder mit Verweisen auf die Funktionen und psychischen Effekte von VE. Eindringlich beschreiben sie zudem die häufig zu beobachtende Radikalisierung innerhalb der eigenen Szenen und digitalen Blasen und betonen die daraus resultierenden gesellschaftlichen Gefahren. Abschließend formulieren Nocun und Lamberty Empfehlungen zum Umgang mit Verschwörungsgläubigen im persönlichen Umfeld. Doch sie machen auch deutlich, dass es vor allem einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz im Umgang mit VE braucht: Die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Beratungsstellen sowie das konsequentere Vorgehen gegen Fake News in Social Media. Ein wirklich gelungenes, faktenreiches und unterhaltsames Buch.

Nocun, Katharina / Lamberty, Pia: Fake Facts – wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln 2020, Quadriga Bastei Lübbe, 352 Seiten, 19,90 Euro



Höcke-AfD

von Paul Wellsow

Nimmt man den steilen Aufstieg der rechtsradikalen »Alternative für Deutschland« (AfD) seit ihrer Gründung zum Maßstab, dann waren die letzten Monate für die Partei ein Desaster. Sie stagniert in Umfragen und muss in manchen Ländern fürchten, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Intern eskalieren Flügelkämpfe und in der Corona-Krise ging sie medial unter. Die Neonazi-Anschläge der letzten Monate wurden zu einer Belastung für die Partei, da sie zur »Aufheizung des politischen Klimas« beiträgt. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke hat nun ein fundiertes Buch zum Zustand der Partei vorgelegt. Pointiert beschreibt er ihre »mehrfache Krise« und zeigt, wie der völkische »Flügel« die Organisation übernommen hat. Dabei begeht er nicht den Fehler manch anderer Autor*innen und Journalist*innen, andere Strömungen der Partei reinzuwaschen. Denn Funke zeigt, dass die gesamte Partei rassistisch und nationalistisch war und ist – jedoch anfänglich nur in Teilen faschistisch oder völkisch. Funke blickt auf die Machtkämpfe der letzten Jahre zurück und beschreibt die Ideologie der AfD, unter anderem ihre »aggressiven Verschwörungsideologien«. Er beleuchtet die »ideologischen Speerspitzen und Anführer« der Völkischen – den Kleinverleger Götz Kubitschek sowie die AfD-Politiker Björn Höcke und Andreas Kalbitz. Die Strategien zur Eskalation der gesellschaftlichen Stimmung und die Radikalisierung – auch durch Begriffe und Geschichtsdebatten – analysiert Funke ebenso wie die Verstrickung in Milieus des Neonazismus.

Es mache »sprachlos«, wie »leicht die Berliner Republik – ohne Weimarer Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, der schwachen Verankerung der Demokratie in den Einstellungen ihrer Bevölkerung und der Folgen der Niederlage im Ersten Weltkrieg – durch die Ereignisse in Thüringen aus dem Tritt geraten« sei, schreibt Funke am Ende seines Buches. Die kurzzeitige Wahl eines Ministerpräsidenten der FDP mit den Stimmen von AfD und CDU und die dadurch ausgelösten Turbulenzen der Bundespolitik zeigten, wie schnell das scheinbar stabile System der Bundesrepublik kippen könne. Für Expert*innen bietet das Buch wenig Neues – hier hätten vertiefende Hinweise gut getan, gerade zu Ideologie und Netzwerken der »Neuen Rechten«. Doch wer auf der Suche nach einem aktuellen, fundierten und gut verständlichen Einblick in die AfD im Jahr 2020 ist, wird bei Hajo Funke fündig.

Funke, Hajo: Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen »Flügel«-Partei. Hamburg 2020, VSA Verlag, 128 Seiten, 10 Euro

Landtagsstudie zur AfD Hessen

von Sascha Schmidt



Im Oktober 2018 zog die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit 13,1 Prozent und 19 Sitzen in den Hessischen Landtag ein. Die Erziehungswissenschaftler*innen Benno Hafeneger und Hannah Jestädt haben sich intensiv mit dem ersten Jahr der Landtagsfraktion auseinandergesetzt. Sie untersuchten alle Anträge, die von Januar 2019 bis Januar 2020 von der AfD eingebracht wurden. Darunter Anfragen, Gesetzesentwürfe und Beiträge in »Aktuellen Stunden«. Zudem analysierten sie Redebeiträge und Verhaltensweisen der AfD-Parlamentarier*innen in den Plenarsitzungen sowie den Umgang der anderen Fraktionen mit der AfD. In ihrem jüngst veröffentlichten Buch »AfD im Hessischen Landtag – Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen« geben die Autor*innen zunächst einen Überblick über zahlreiche Forschungsergebnisse zu Geschichte, Sprache, Sozial- und Wähler*innenstruktur der AfD sowie über Wahlergebnisse und Sitze der Partei in den Parlamenten.
In ihrer Analyse resümieren die Autor*innen mit Blick auf die breite Themenpalette der Fraktion, diese sei keineswegs eine Ein-Thema-Partei. Vielmehr versuche sie, alle relevanten Landesthemen aufzugreifen. Gleichwohl liege auch der Schwerpunkt der Wiesbadener Fraktion, analog zur bundesweiten Tendenz, auf Flucht, Migration, Gender und Innerer Sicherheit – stets verbunden mit Versuchen, die Debatten inhaltlich zu »renationalisieren«. Aus Sicht der Wissenschaftler*innen sind viele Reden und Anträge geprägt von suggestiven Unterstellungen und Behauptungen, in denen es darum gehe, den Anschein einer »verfehlten Politik« zu vermitteln, um die »Altparteien« vorzuführen. Im besonderen Fokus der Partei stünden emanzipatorische, demokratie- und menschenrechtsbewusste zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Institutionen. Dabei ginge es der AfD vielfach nicht nur darum, diese in Frage zu stellen oder zu denunzieren, sondern auch darum, eine Kultur der Angst zu erzeugen. Für die Autor*innen ist offensichtlich, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD gerade für solche Akteur*innen fatale Folgen haben – und mindestens das Ende der staatlichen Finanzierung bedeuten – würde.
Diese, auch über Hessen hinaus, lesenswerte Studie vermittelt nicht nur wichtige Einblicke und Analysen, sondern auch Anregungen und Hinweise zur Auseinandersetzung mit der AfD im Parlamentarismus.

Hafeneger, Benno / Jestädt, Hannah: AfD im Hessischen Landtag – Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen. Frankfurt/Main 2020, Wochenschau Verlag. 176 Seiten, 14,90 Euro

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand

Facebook: facebook.com/derrechterand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 3, 5, 8, 10, 13, 15, 18, 30, 32, 42)
Pax Ahimsa Gethen (wikipedia CC BY 4.0) (Seite 6)
Oliver Feldhaus (Seiten 9, 39)
Sascha Schmidt (Seite 16)
NearEMPTiness (wikipedia CC BY 4.0) (Seite 26)
Antifa-Magazin »der rechte rand« Screeshot (Seite 29)
Privat (Seite 34)
Miriam Juschkat (Seite 35)
Jan Nowak (Seiten 36, 37)
Christian Ditsch (Seite 40)
AFP (Seite 45)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.